

# **offen-siv**

---

**Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

**5/2013**

---

**Spendenempfehlung: 3,00 €**

## **Ungarn**

### **Die Widersprüche des Übergangszeitalters und die Kádár-Zeit**

**Von Ervin Rozsnyai und György Tenner**

**Übersetzung aus dem Ungarischen: Eberhard Kornagel**

<b>Redaktionsnotiz</b> .....	3
<b>Ervin Rozsnyai: Die Widersprüche des Übergangszeitalters</b> .....	5
Wovon ist die Rede?.....	5
Wie beurteilen wir in diesem Prozess die Rolle des Verrats?.....	32
Schlussbemerkung.....	35
<b>György Tenner: Die Stolpersteine der Kádár-Zeit (1956-1989)</b> .....	37
1. Die Wirtschaftspolitik.....	41
2. Der wirtschaftliche Mechanismus.....	43
3. Die vom Anfang bis zur Mitte der 70er Jahre entstandenen gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse.....	44
4. Die Verschuldung.....	48
5. Die finanziellen Bedingungen und Möglichkeiten eines neuen Entwicklungsabschnittes in der sich bis 1990 erstreckenden Periode.....	51
5.1. Der Abschnitt zwischen 1984 und 1987.....	52
5.2. Der Abschnitt zwischen 1987 und 1988.....	61
5.3. Der Abschnitt zwischen 1988 und 1990.....	69
6. Die Umgestaltung des Bankensystems.....	75
7. Schlussfolgerungen.....	78
8. Schlusswort.....	80
<b>Interview mit Ervin Rozsnyai über die Lage in Ungarn</b> .....	84

### **Impressum**

#### **offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Postadresse: Redaktion Offensiv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover,

Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782, Mail: [redaktion@offen-siv.com](mailto:redaktion@offen-siv.com), Internet: [www.offen-siv.net](http://www.offen-siv.net)

#### Spendenkonten:

Inland: Konto Frank Flegel, 3090180146 bei der Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80.

Ausland: Konto Frank Flegel, Internat. Kontonummer.(IBAN): DE10 2505 0180 0021 8272 49,

Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Freundeskreis offen-siv: über Redaktionsadresse

## Redaktionsnotiz

Sehr genau kann ich mich noch daran erinnern, wie der Übergang von Walter Ulbricht zu Erich Honecker hier in den westdeutschen Medien kommentiert wurde: mit der großen Hoffnung auf eine gewisse Liberalisierung, auf „Erleichterungen“ für die Bevölkerung in dem Sinne, dass nun doch dem Verbrauchs- und Konsumgütersektor eine größere Aufmerksamkeit zukommen würde und sich die DDR endlich von dem (stalinistischen) Dogma des Primats der Entwicklung der Schwerindustrie befreien könnte. Diejenigen, die weiterhin daran festhielten, zunächst die Produktionsmittel zu entwickeln, bevor man den Konsum steigern könne, wurden schon annähernd wie Volksfeinde dargestellt, als verblendete Ideologen, denen die Interessen der Menschen gleichgültig seien und so weiter. Wie immer ist das in einer Berichterstattung kapitalistischer Länder vollkommen normal, das ist halt Klassenkampf – das Problem war, dass der 20. Parteitag der KPdSU diese Orientierung für das sozialistische Lager herausgab und die KPdSU danach alles dafür tat, die neue Orientierung umzusetzen und die Anhänger des tatsächlichen sozialistischen Aufbaus aus den bisherigen Machtpositionen herausdrängte, fallen ließ und gegen nicht wenige auch Repressionen verhängte.

Das vorliegende Sonderheft zeigt exemplarisch am konkreten Beispiel Ungarns, wohin es führt, wenn man die Grundsätze der Ökonomie des Sozialismus verlässt: Aufgabe des Primats der Entwicklung der Schwerindustrie, Erhöhung des Konsumtionsfonds ohne entsprechende wirtschaftliche Grundlage, um die Bevölkerung „ruhig zu stellen“, als Folge Vernachlässigung der Produktionsmittelentwicklung, Verlangsamung der Produktivitätssteigerung, Verzögerung von Innovationen, darauf folgend Probleme der Devisenbeschaffung auf dem Weltmarkt, parallel dazu Probleme mit dem proletarischen Internationalismus, das Austrocknen des sozialistischen Weltmarktes, Notwendigkeit der Kreditaufnahme, schließlich Probleme mit dem Schuldendienst, deshalb neue Kreditaufnahme zur Bedienung der alten Kredite, - im Resultat eine komplette Abhängigkeit von den internationalen kapitalistischen Kreditgeberorganisationen wie Weltbank und Internationalem Währungsfonds.

Was die Arbeiten von Ervin Rozsnyai und György Tenner so wertvoll macht, ist die Tatsache, dass wir es hier mit einer exemplarischen Situation zu tun haben: Es geht einheitlich um Theorie und Praxis. Wir befinden uns nicht in einem Studierzimmer der Ökonomen, in dem sie polit-ökonomische Debatten ohne reale Bedeutung führen – nein, wir erleben den Niedergang der ungarischen Volkswirtschaft, der mit der Konterrevolution endete; dargestellt von zwei hervorragenden Kommunisten, die alles miterlebt haben, die die Probleme sahen und die Katastrophe verhindern wollten.

Nun einige Daten zu den beiden Autoren:

Ervin Rozsnyai, geb. 1926, gestorben 2012, war Doktor der Philosophie. Seine Bücher erschienen zu Themen der Logik, Ethik, Ästhetik, Literaturtheorie, Geschichte und Wirtschaftslehre. In späteren Jahren beschäftigte er sich mit den Ursachen der Niederlage der sozialistischen Länder. Im Jahre 1941 verlor er seine Eltern. Zur Zeit der deutschen Besatzung befand er sich in der Illegalität. Nach der Befreiung setzte er seine Studien am Budapester Lenin-Institut fort. Anschließend unterrichtete er an der Hochschule für Bildende Kunst, darauf an der volkswirtschaftlichen Universität. Er schrieb auch Verse, welche in mehreren Heften erschienen. Er war Vorsitzender der Karl-Marx-Gesellschaft und Redakteur ihrer Zeitschrift "Dialektika".

György Tenner, geb. 1931, ist Nationalökonom (Ph. D.), einstiger Leiter der kreditpolitischen Hauptabteilung der Ungarischen Nationalbank. Seine Forschungsgebiete waren die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums und die Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung. Gründungsmitglied der Ungarischen Antifaschistischen Liga, ihr Vorsitzender. Gegenwärtig ist er Mitglied ihres geschäftsführenden Ausschusses. Nach dem Tode von Ervin Rozsnyai war er Vorsitzender der Karl-Marx-Gesellschaft, gegenwärtig ist er Chefredakteur der Zeitschrift "Dialektika" der Gesellschaft.

Großer Dank gilt dem Genossen Eberhard Kornagel für die Übersetzung der vorliegenden Arbeiten aus dem Ungarischen.

Zum Schluss dieser Redaktionsnotiz müssen wir daran erinnern, dass Zeitungsmachen Geld kostet. Unsere Finanzen sind knapp, deshalb bitten wir Euch sehr um Spenden.

Frank Flegel

**Spendenkonto Offensiv:**

**Inland: Konto Frank Flegel, Kt.Nr.: 30 90 180 146 bei der Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80, Kennwort: Offensiv**

**Ausland: Konto Frank Flegel,**

**Internat. Kontonummer (IBAN): DE 10 2505 0180 0021 8272 49,**

**Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.**

## **Ervin Rozsnyai: Die Widersprüche des Übergangszeitalters**

Während Jahrzehnten waren und größtenteils auch heute sind die Marxisten davon überzeugt, dass mit der Übernahme der Produktionsmittel in staatlichen und genossenschaftlichen Besitz die Arbeitskraft nicht mehr Ware ist, die bourgeoise Klasse und die Ausbeutung erlöschen, der Sozialismus aber (wie in der Sowjetunion) verwirklicht ist oder verwirklicht wird (wie in den Ländern der Volksdemokratie). Diese Auffassung berief sich mit berechtigtem Stolz auf die weltgeschichtlich beispiellosen Ergebnisse des sozialistischen Aufbaus, aber sie berücksichtigte nicht, dass die Errungenschaften der revolutionären Ordnung und ihr bloße Existenz nicht nur bedroht sind von der kapitalistischen Umgebung und den heimatlichen bourgeoisen Resten, sondern auch von noch gefährlicheren als diese, von den frisch entstehenden bourgeoisen Elementen, welche die widersprüchliche wirtschaftliche Struktur der Ordnung selbst erzeugt und ohne Unterlass nährt.

### **Wovon ist die Rede?**

Die sich zum Staat organisierende sozialistische Revolution erbt eine schwere Last vom Kapitalismus und von den Jahrtausenden der Klassengesellschaften: die Zweiteilung der körperlichen und geistigen Arbeit, welche in ihrem Rahmen die Gesellschaft in hierarchisch gegliederte, bevorrechtigte und unterdrückte Gruppen bricht. Auf den oberen Plätzen der Stufenreihe befinden sich die das Geschick der Wirtschaft bestimmenden Besitzer der Produktionsmittel, auf den unteren Plätzen die Besitzlosen, in den Händen der „Oberen“ sind die Kommandoposten, Sache der „Unteren“ sind die Ausführung des Befohlenen und Gehorsam; Anteil der „Oberen“ sind das Schmarotzertum und der Genuss, der „Unteren“ die qualvolle Arbeit, mit welcher sie die Schmarotzer unterhalten und nähren. Für die Massen ist die Arbeit notgedrungene, unfreiwillige Tätigkeit, selten finden sie in ihr Freude (Die religiöse Sagenwelt verbindet den Ursprung dieser Verhältnisse mit dem Sündenfall). Dieses Bewusstseins – „Stimmungsinervation“ bekommt die sozialistische Revolution als Erbe von der Arbeitsteilungsstruktur der Klassengesellschaften.

Und das ist noch nicht alles. Das Privateigentum hetzt die Menschen aufeinander, und der Kampf des „Jeder-gegen-Jeden“ im Kapitalismus erreicht den Höhepunkt, wo die Aggressivität der Marktkonkurrenz und das Gift „der Mensch ist des Menschen Wolf“ - Verhältnisse die gesamte Gesellschaft durchdringen. Das Ganze wortwörtlich: Der Arbeitsmarkt mit seinen Schwankungen steckt selbst noch die zur Solidarität eher

berete und hauptsächlich auf sie angewiesene Klasse, auch das Proletariat an. Die Konkurrenz und die traditionelle Arbeitsteilung stellen meistens das kurzfristige Privat- oder Gruppeninteresse dem perspektivischen Gesamtinteresse gegenüber; obgleich das Letztere immer in irgendeiner Form und Ausmaß gegenwärtig ist (von der gesellschaftlichen Lebensweise der Menschen notwendigerweise zustande gebracht). Die sozialistische Revolution ist nicht fähig, die gewaltsamen, sich selbst verwirklichenden Bestrebungen des Privatinteresses auf einen Schlag zu beseitigen. Aus Raubtieren, auch wenn sie zivilisiert sind, kann man nicht wie mit einem Zauberstab Gemeinschaftswesen - oder einfacher gesagt - Menschen machen.

Im ersten Abschnitt ihrer Entwicklung gestaltet die sozialistische Revolution das Privateigentum der Produktions- und der grundlegenden Verkehrsmittel in Gemeineigentum um. Durch diese geschichtliche Wandlung ist der durch die Arbeiter erzeugte Mehrwert fürderhin nicht mehr der private Profit des Kapitals, sondern sofort verwendbar für alle Zwecke der gemeinschaftlichen Akkumulation, für die Befriedigung der dringenden Massenbedürfnisse. Das Emanzipationsprogramm der Revolution legt die Grundlagen der freiwilligen gesellschaftlichen Kooperation: Es erscheinen die neuen Formen der Zusammenarbeit, in welchen sich der einzelne Arbeiter ohne Zwang in die gesellschaftliche Gesamtarbeit einbringt, und nach der Art des Gemeinschaftswesens behandelt er das ihm anvertraute Gemeinschaftseigentum mindestens ebenso gewissenhaft wie sein eigenes persönliches Eigentum.

Vorerst ist dies nur die seltene Ausnahme: Für die große Mehrheit ist es weiter weder das von den Neigungen und Fähigkeiten bestimmte innere Bedürfnis, noch ist es die Stimme des Gewissens, welche vom Individuum Rechenschaft verlangt über die Erfüllung seiner gesellschaftlichen Pflichten, sondern es ist der unfreundliche äußere Zwang, das in eigentümlicher Form zur Geltung kommende Gebot der Lebenserhaltung. Was ist die „eigentümliche Form“? Wenn er selbst mit seinen eigenen Produktionsmitteln arbeitet, ist der Bauer bereit, sich vom frühen Morgen bis in die tiefe Nacht abzurackern, weil er darüber verfügt, was erzeugt (vorausgesetzt, das Ergebnis seiner Arbeit wird ihm nicht von den Steuern und den Gläubigern weggenommen). Nicht freiwillig, aber mit ähnlicher Kraftentfaltung arbeitet der Arbeiter unter der Herrschaft des Kapitals (wenn er „Arbeit hat“, d.h. das „Glück“ hat, von den Kapitalbesitzern ausgebeutet zu werden). Komplizierter ist die Sache mit dem Arbeiter des staatlichen Sektors sozialistischer Richtung. In diesem Sektor ist der Arbeiter selbst (als Element des „Gesamtvolkes“) verfassungsgemäßer Besitzer der Produktionsmittel – aber nicht das einzelne Individuum, sondern der kollektive Arbeiter, die Klasse der Arbeiter, in deren Vertretung der Staat das Besitzrecht ausübt. Diese Vertretung ist notwendig wegen der zweifachen Trennung von Individuum und Gesellschaft und ihres Konfliktverhältnisses.

Obwohl der revolutionäre Staat alles ihm Mögliche tut zur Milderung der ererbten Ungleichheiten (er setzt Arbeiter in verantwortliche Stellungen ein, seiner Kraft angemessen, ja noch darüber hinaus nimmt er die Vervielfältigung der Produktivkräfte in Angriff, trägt Sorge für die Hochschulausbildung junger Arbeiter und Bauern, entfaltet die kulturelle Massenrevolution usw.), die Ungleichheit der Arbeiten und die die Schwachen in untergeordnete Lage zwingende Konkurrenz verschwinden auch weiterhin nicht, was mit der Folge verbunden ist, dass die Mehrheit der Arbeiter auch weiterhin als eigennützige Privatperson der Gesellschaft gegenübersteht wie einem gleichgültigen und feindlichen Organ, die allgemeinen gesellschaftlichen Interessen aber verselbstständigen sich zu einer besonderen Einrichtung, zum Staat, Die allgemeine Beschäftigung der Privatpersonen konzentriert sich auf ihre kleine Welt. Die Organisation und Regulierung des gesellschaftlichen Lebens fallen entscheidend dem Staate zu.

Auf jeden Fall muss ein zentrales Organ (wie der Staat) existieren, damit es planmäßig die Gesamttätigkeit der Menschen aufeinander abstimmt, für immer die Krisen, die Kriege, die schrecklichen Katastrophen des Kapitalismus abschafft. Dieses Organ muss jedoch nicht grundsätzlich als Staat funktionieren: Es könnte ebenso gut irgendeine Form einer gesellschaftlichen Selbstverwaltung sein. Allerdings gibt es dafür harte Bedingungen. Solange die direkte Produktion vom arbeitsfähigen Arbeiter seine beste Zeit und Kraft beansprucht, solange ganze Reihen hochgradiger Automatisierung, wissenschaftlich-technischer und kultureller Revolutionen nicht die gesamte Gesellschaft zu einer intellektuell bewussten Gemeinschaft schmieden, bis dahin ist es unvermeidbar, dass sich allgemeine gesellschaftliche Interessen zum Staat verselbstständigend und der als abgesonderte Einrichtung die Sonderinteressen des einzelnen Arbeiters als Privatperson begrenzen muss. Die Schlüsselpositionen in der Produktion und in der Verteilung aber besetzen staatliche Beauftragte, die die Arbeit organisieren und beaufsichtigen, dabei dem verfassungsmäßigen Besitzer (der Arbeiterklasse) den verpflichtenden Willen des eigenen Staates übermitteln (im idealen Falle die den allgemeinen, perspektivischen Interessen des Proletariats entsprechende erkannte Notwendigkeit).

Nehmen wir an, was übrigens im Falle der sich gerade aus dem Kapitalismus erhebenden Gesellschaften naive Utopie wäre, dass dieser Lenkungsapparat sich aus den allerbesten, kundigen, uneigennützigsten und hingebungsvollsten Gemeinschaftswesen zusammensetzt: Selbst dann ist es unvermeidlich, dass von Zeit zu Zeit untereinander Reibungen entstehen. Die Bestimmung des durch den Apparat vertretenen Staates ist, dass er getreu seinem Emanzipationsprogramm kontinuierlich für die Befriedigung der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Massen Sorge trägt; die Durchführung dieses Programms legitimiert vom wirtschaftlichen und politischen, moralischen und rechtlichen Gesichtspunkt aus sowohl den Staat als

auch die Tätigkeit seiner Beauftragten. Die systematisch zunehmende Befriedigung der Bedürfnisse hingegen geht nicht ohne die Vervielfachung der Produktivkräfte, was wiederum erforderlich macht, dass die Akkumulation den Verbrauch übertrifft, und zwar in umso größeren Ausmaßen, je ungünstiger die wirtschaftliche und internationale Lage des revolutionären Staates ist. Durch seine Beauftragten drängt der Staat auf mehr und bessere Arbeit; der Arbeiter wiederum, wenn er als Privatperson sich auf seine eigene kleine Welt konzentriert, bemüht sich darum, möglichst wenig in den gemeinsamen Topf zu werfen und dafür umso mehr zu entnehmen. Für ihn ist das Wichtigste, was im Umschlag ist. Er nimmt kaum etwas wahr, wenn er daraus keinen Nutzen ziehen kann. Das irgendwo eine neue Maschinenfabrik, ein Bewässerungskanal, ein Krankenhaus errichtet wurde, man irgendwo den elektrischen Strom oder fließendes Wasser eingeführt hat – das ist nicht seine Sache. Die Gegenwart zählt und nicht die schwer begreifbare, unbekanntere Zukunft, er selbst und seine unmittelbare Umgebung, nicht das in den Nebeln schwebende Gemeinschaftsinteresse; der Anschein des Augenblicks fällt mehr ins Gewicht als das sich hinter ihm verbergende Wesentliche, welches sich nur aus der Perspektive entfernter Monate oder Jahre abzeichnet. Diese vom Kapitalismus ererbte, aber auch nach der Liquidierung des Privateigentums durch die Arbeitsteilung ständig von neuem reproduzierte Haltung trennt den Arbeiter sowohl von seinem sozialistischen Staat wie von jenen diesen verkörpernden Apparaten - und stellt ihn so dem eigenen Staat entgegen als Eigentümer ohne Eigentum.

Der Arbeiter verfügt über seine Arbeitskraft, aber als Individuum über die Produktionsmittel nicht unmittelbar; der Staat verfügt über die Produktionsmittel, aber der Arbeiter mit seiner Person und seiner Arbeitskraft nicht. Dazu, dass es überhaupt Erzeugung gibt, muss man die Zusammengehörenden vereinigen. Weil unter den Verhältnissen gegenseitiger Entfremdung der Arbeiter nicht bereit ist, seine Arbeitskraft aus bloßer Begeisterung dem Staat (der Gesellschaft) zur Verfügung zu stellen, mietet der Staat sie von ihm - bzw. er „kauft“ sie für bestimmte Zeit und zahlt für ihren Gebrauch Lohn. Die staatliche Produktionseinheit, das Unternehmen, verfügt jetzt schon gemäß der Übereinkunft eine Zeit lang über den Gebrauchswert der Arbeitskraft, also über die Arbeit. Das Produkt der Arbeit jedoch, die persönlichen Verbrauchsgüter auch inbegriffen, wird Eigentum des Staates als Eigentümer des Unternehmens und wenn der Arbeiter ihrer bedarf, muss er sie auf dem Markt kaufen.

Danach müssen wir die Frage stellen: Wird in diesem Abschnitt der Geschichte die Arbeitskraft wirklich von den Warenzeichen befreit?

Die herkömmliche marxistische Auffassung bekennt: Wo es die proletarische Macht gibt, dort kann der Arbeiter seine Arbeitskraft nicht an den Besitzer der in Gemeineigentum übernommenen Produktionsmittel verkaufen, weil er das selbst ist. Aber in

Wirklichkeit ist die sachgemäße Antwort ebenso widersprüchlich wie das Verhältnis, auf welches sie sich bezieht.

Nein, die Arbeitskraft ist in der Tat keine Ware. Ist doch der Arbeiter selbst von Rechts wegen der Besitzer der Produktionsmittel, wenn auch nicht unmittelbar (=direkt), sondern durch die Vermittlung des Staates: Insofern Besitzer, insofern sein Staat zur Vertretung des Gesamtarbeiters berufen ist.

Andererseits: Ja, die Arbeitskraft ist Ware, man kauft und verkauft sie auf dem Arbeitsmarkt, mehr oder weniger wirken die Gesetze des Arbeitsmarktes auf ihren Preis. Für ihren Gebrauch zahlt die den staatlichen Eigentümer vertretende Produktionseinheit (der Betrieb) meistens Geld – allgemeine Ware, welche verkörpert ist durch tauschbare konkrete Waren: Gebrauchsgüter (Konsumgüter) und Dienstleistungen. In diesem Zusammenhang drückt der Arbeitslohn aus, dass infolge der bestehenden Arbeitsteilung der Arbeiter sich nur auf dem Wege staatlichen Vermittlung mit den seinen Eigenbesitz bildenden Produktionsmitteln vereinigen kann; die Verbrauchsgüter und die Warenform der Dienstleistungen bilden aber die Warenzeichen der Arbeitskraft ungefähr ab, sie spiegeln wider, dass die technische und gesellschaftliche Ungleichheit der Arbeiten den einzelnen Arbeiter von seiner eigenen Gesellschaft trennt, und dass diese Entfremdung juristische Formeln nicht abschaffen können.

Die Tatsache, dass die Waren- und Geldverhältnisse auch nach der Abschaffung des Privateigentums fortbestehen, wirft einige theoretische Fragen auf über die Warenproduktion im Allgemeinen, beziehungsweise über die Umgestaltung der Besitzverhältnisse in den Gesellschaften sozialistischer Richtung.

Die Warenproduktion bedeutet ursprünglich soviel, dass die verschiedenen, technisch aufeinander angewiesenen Tätigkeiten der Gesellschaft (nur) durch Marktvermittlung für ihre Erzeugnisse als Verkörperung gleicher Menge abstrakter Arbeiten sich durch Tausch vereinigen können, weil das Privateigentum der produzierenden Einheiten ein Hindernis für ihre direkte Vereinigung bildet. Zwischen zwei Werkstätten einer Fabrik existiert eine direkte technische Produktionsverbindung, es ist nicht erforderlich, dass die Eine das Produkt der Anderen kauft, aber wenn zwei Produktionseinheiten in den Händen verschiedener Besitzer sind, dann muss der Markt die Verbindung zwischen ihnen zustande bringen. Die Verschiedenheit der Besitzer besteht auch dann fort, wenn die Entwicklung in sozialistischer Richtung das Privateigentum aufhebt. Ein Teil der Produktionseinheiten gehört dem Staat, ein anderer Teil gehört den sich in den Genossenschaften zusammengeschlossenen Gruppen. Mit diesem Unterschied (mit der Zweifelt von staatlichen und Gruppeneigentum) erklärt die herkömmliche marxistische Theorie, dass die Vermittlung der Erzeugnisse bzw. der Tätigkeiten durch den Markt auch dann nicht verschwindet, wenn das Privateigentum der Produktionsmittel schon Vergangenheit ist. Ist diese Erklärung richtig? Gewiss.

Aber es begründet nicht, warum der Arbeiter die Industrieartikel auch für Geld kaufen muss, obwohl die Produktionseinheit, in der sie erzeugt wurden, der Verfassung gemäß sein Besitz ist, und es auch vorkommen kann, dass er gerade noch am Produkt arbeitete, für welches er jetzt zahlen muss. Ist dies nicht so, als ob er es von sich selbst kaufte? Es ist natürlich klar, dass die Fabrik kollektives Eigentum ist, Eigentum des „Gesamtvolkes“, nicht Eigentum des einzelnen Arbeiters, aber warum könnte er nicht ohne Marktvermittlung direkt das vom „Gesamtvolk“ erhalten, was er in der Form lebendiger Arbeit ihm selbst übergab?

Eigentlich haben wir die Antwort schon gegeben, jetzt möchten wir nur dies betonen, dass man zur vollständigen Erklärung den Begriff Eigentümerabgesondertheit mit einem erweiterten umfassenderen Begriff, mit wirtschaftlicher Abgesondertheit, ergänzen muss.

Unter wirtschaftlicher Abgesondertheit verstehen wir ein solches Produktionsverhältnis, in welchem sich die freiwillige wirtschaftliche Zusammenarbeit der Menschen aufgelöst hat (oder „zerrüttet ist“), oder sich nicht ungeschmälert verwirklicht. Die gesellschaftliche Gesamttätigkeit ist schon oder noch nicht in der Lage, als einzige aufeinander abgestimmte zusammengewachsene organische Einheit zu funktionieren. Auf diese Erscheinung kann nichts ein so grelles Licht werfen wie ihr Gegensatz, die in verschiedenen geschichtlichen Varianten erscheinende freiwillige Zusammenarbeit. Nehmen wir die Gemeinschaften der Urgesellschaft als Beispiel. Ihre Lebensweise geht aus ihrer altertumswissenschaftlichen und völkerkundlichen Rekonstruktion hervor: Für jeden arbeitsfähigen Erwachsenen war es selbstverständlich, gewissermaßen eine instinktive Handlungsweise, dass er mit Anspannung seiner Kräfte freiwillig teilnimmt an der gemeinsamen Arbeit; Davon hing der Fortbestand der ganzen Gemeinschaft ab, die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft aber oder die mit der Gemeinschaft zusammengewachsene Existenz war für jedes einzelne Mitglied der Gemeinschaft seine elementarste Daseinsbedingung. Die straffe organisatorische Einheit, welche die Knappheit der für den Lebensunterhalt erforderlichen Güter beziehungsweise die niedrige produktive Wirksamkeit der menschlichen Kräfte erzwangen, wurde von der zunehmenden Wirksamkeit dieser Kräfte selbst aufgelöst, nämlich als diese es ermöglichten, dass die herstellbare Produktmenge die Bedürfnisse des einzelnen Menschen übertraf: Es war jetzt schon lohnend, sich Sklaven zu halten, welche ihre Eigentümer und nebenbei auch sich selbst ernähren konnten.

Nach der technischen und wissenschaftlichen Entwicklung unserer Tage, aus welcher ihre gesellschaftlichen Perspektiven aus dem Gang der Wirtschaftsgeschichte und aus ihren Gesetzen auslesbar sind, wurde es nicht nur grundsätzlich möglich, sondern ist es vom Gesichtspunkt vom Fortbestehen der Menschheit unerlässlich, dass der skizzierte Prozess umgekehrt stattfindet, die Wiedervereinigung der zersprengten Indivi-

duen zu einer organischen Gemeinschaft. Das wäre Kommunismus, aber nicht auf der Basis der Knappheit, sondern des Überflusses. Das freiwillige Zusammenwirken verbindet sich dort (Urgesellschaft) mit der Knappheit, hier (Kommunismus) mit dem Überfluss. Der Grundfaktor in dieser Hinsicht ist die geschichtliche Situation der Arbeitsteilung. Die mit der Arbeitsteilung entstehenden Ungleichheiten zersetzen die urkommunistischen Gemeinschaften; der Produktüberfluss des Kommunismus beruht auf der Abschaffung der Ungleichheiten. In der Urform des Kommunismus gab es noch keine, in seiner modernen Form wird es keine Arbeitsteilung (mehr) geben.

In den kommunistischen Gesellschaften haben die einzelnen Menschen keine von den Gemeinschaftsinteressen abweichenden Sonderinteressen, so wie das Herz und die Leber kein anderes „Interesse“ haben wie der Körper als Ganzes. In der gewohnten Bedeutung des Wortes können wir in diesem Zusammenhang auch nicht von Interessen sprechen, von einer an nach Interessen ausgerichteten Handlung: Jeder verrichtet mit der Natürlichkeit des Atemholens die Arbeit für sich selbst und die Gemeinschaft. Nachdem jedoch die Gemeinschaft in gegensätzliche Klassen und in zu sich abgesondert habenden Besitzern gehörende wirtschaftliche Einheiten zerfiel, bedrückten das Verhältnis ihrer Mitglieder zueinander Misstrauen, Argwohn und Feindseligkeit. Dem Wesen nach sind diese Zwiespälte die Produkte der Arbeitsteilung und des Privateigentums. Und wenn sie nicht einmal nach der Abschaffung des Privateigentums verschwinden, dann ist dies dafür der Grund, dass die Arbeitsteilung sich nicht unbedingt mit dem Privateigentum verbindet (obwohl sie ihren Neigungen gemäß in diese Richtung geht), aber sie geht unbedingt zusammen mit der wirtschaftlichen Abgesondertheit, welche bloß die eine (tatsächlich die wichtigere, schärfste Variation) des Privateigentums ist.

Der geschichtliche Höhepunkt der wirtschaftlichen Abgesondertheit ist die Formation des Kapitals: Hier dreht sich mit der höchsten Umdrehungszahl die Zentrifuge der Konkurrenz, die technisch immer enger aufeinander angewiesenen Menschen zerstreud, aufeinander hetzend und übertrieben verzerrend. Die meisten schließen sich an je eine Teiltätigkeit an, welche sie nicht selbst nach ihren Fähigkeiten und Neigungen für sich auswählten, sondern die gleichgültige Zufälle des Marktes ihnen vorbestimmten. Ihr Atomdasein ist ein Spaltprodukt und nicht Bestandteil einer größeren geschaffenen Einheit. „Jeder Mensch ist ein fremder, ferner Planet.“ - schrieb der achtzehn jährige Attila József. In dieser Wüste sind die eigennützige Privatperson und die von gegensätzlichen Interessen zerschnittene Gesellschaft die einander Ergänzenden und ihre Spiegelbilder – bzw. beide sind dasselbe von der Seite des Individuums, das Andere drückt in Bezug auf die Gesamtheit die Absurdität der Verhältnisse aus.

Hier ist der eigentliche Grund dafür, warum auch nach der Abschaffung des Privateigentums im Sozialismus die Waren- und Geldverhältnisse übrig bleiben. Den Besit-

zer zu wechseln ist möglich mit einem einzigen Federstrich, die durch die Arbeitsteilung zerschnittene Gesellschaft miteinander zu einer Gemeinschaft zu verschmelzen, das ist unmöglich. Die die große Mehrheit bildenden eigennützigen Privatpersonen, hinge es von ihnen ab, trügen sie das Allgemeingut auseinander, zwängten die Schwächeren zur Arbeit, würden sich selbst als Ausbeuter betätigen und würden aus Konkurrenzgründen wahrscheinlich kalten Blutes jeden niedermetzeln, welcher ebenso handelt wie sie.

In diesem zur Selbstaflösung neigenden gesellschaftlichen Organismus muss der sozialistische Staat als allgemeine Institution gesellschaftlicher Interessen die Bedingungen der Reproduktion sichern, die Arbeitsfähigen zur Arbeit antreiben (oder zwingen) und die Gesamttätigkeit dabei in Einklang bringen.

Was das Anhalten zur Arbeit betrifft, kann auch die revolutionäre Macht nicht ohne jene Methode auskommen, welche das Kapital gegenüber den Besitzlosen anwendet: Sie können keine Verbrauchsgüter erlangen, wenn sie nicht für den Besitzer – also sich selbst als Klasse - arbeiten. Der sozialistische Staat unterscheidet sich wesentlich vom Kapitalisten und er übt auch nicht eine Art „Staatskapitalismus“ aus: Er verwendet den Ertrag der Arbeit statt für private Zwecke für die Vorbereitung einer solchen Gesellschaft, welche sich (stufenweise) nach und nach in eine Gemeinschaft entwickelt, die die Arbeit aus einer zwangsmäßigen und notgedrungenen Tätigkeit in eine Lebensnotwendigkeit ersten Ranges verwandelt, und die die sinnvollen Bedürfnisse eines jeden Mitglieds befriedigen kann. Die Schlüsselaufgabe ist die Vervielfachung der Produktivkraft der Arbeit. Und: In Wechselwirkung mit den materiellen Produktivkräften muss man die Bewusstheit der Menschen und das System ihrer Verbindungen revolutionieren, damit so jeder seinem besten Können / Wissen gemäß am gesellschaftlichen Arbeitsprozess teilnahme als ob er direkt für sich selbst arbeitete (wie der Bauer auf seinem eigenen Feld, s.o.) Die Frage ist: wie können die Mitglieder der Gesellschaft davon überzeugt werden, dass sorgfältige, gewissenhafte Arbeit in ihrem Interesse ist, obgleich das direkte Ergebnis ihrer Bemühungen dem Staat gehören wird, sie also nicht persönlich darüber verfügen können. Bei einem gegebenen Entwicklungsgrad der Produktivkräfte stellt die durch die Arbeitsteilungsverhältnisse angefachte Konkurrenz unvermeidlich ihre Privatinteressen den durch den Staat vertretenen gemeinschaftlichen Perspektivinteressen gegenüber. Kann man zwei verschiedene Interessen miteinander verbinden, wenn die wirtschaftliche Struktur ohne Pause selbst von neuem die Ursachen ihrer Gegensätze erzeugt?

Für die Lösung, so scheint es, gibt es eine einzige Möglichkeit:

Wenn es gelingt, die Verteilung nach der Arbeit gültig zu machen und dass die Produzenten an dem für den persönlichen Verbrauch vorgesehenen gemeinsamen Grundfonds nach der Maßgabe teilhaben, wie viel und was für Qualitätsarbeit sie für die

Gesellschaft erfüllen – oder anders gesagt: ein Jeder erhält nach dem Abzug der gemeinsamen gesellschaftlichen Kosten soviel vergegenständlichte Arbeit in der Form von Verbrauchsgütern zurück von der Gesellschaft, wie er lebendige Arbeit der Gesellschaft übergab. Natürlich ist nicht davon die Rede, dass die Faulen und Ungeschickten, die langsamer arbeiten, sich damit einen Rechtstitel verschaffen zum Erwerb der größeren Fülle erzeugter Gebrauchsgüter als ihre geschickteren und fleißigeren Genossen: Im Tausch gilt, wer wieviel gesellschaftlich notwendige Arbeit lieferte.

Der Produzent muss also Arbeit für die Verbrauchsgüter liefern, der Staat Verbrauchsgüter für die Arbeit. Wenn der Produzent mehr verbrauchen will, muss er mehr erzeugen. Wenn der Staat bessere und wirksamere Arbeit will, muss er den Produzenten mit größerer Menge von Verbrauchsgütern (= Konsumgütern) belohnen. Wie anders sollte die sich aus Privatpersonen zusammensetzende Mehrheit der Gesellschaft - nachdem die revolutionäre Macht die schonungsloseren Zwangsmethoden des Kapitals abgeschafft hat - sich nun selbst antreiben zu Gunsten der Herstellung solcher Erzeugnisse, über welche sie nicht direkt verfügt?

Die Verteilung nach der Arbeit behindern besondere Interessengegensätze wegen der wirtschaftlichen Abgesondertheit der eigennützigen Privatpersonen und dem im Namen der Gesamtgesellschaft handelnden Staat sowohl von Seiten des Arbeiters als auch des Betriebes. Wenn der Arbeiter zum Beispiel im Leistungslohn arbeitet, bringt er sich mit größerer Leistung selbst in Gefahr, dass man früher oder später seine Norm erhöht – die erwünschte Leistung für ein einheitliches Einkommen – später wird man die neue Norm auch auf andere Arbeiter ausdehnen; häufig geschieht es dann, dass die Übrigen den wirkungsvoller als der Durchschnitt arbeitenden Kollegen mit scheelen Augen ansehen oder eben als Normzerstörer ausschließen. So kann sich das Zurücknehmen der Leistung als vorteilhafter erweisen, als sie zu erhöhen, und größeres Interesse kann sich an die Arbeit unterhalb der eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten knüpfen als an die Arbeit gemäß der jeweils vorhandenen.

Das Kapital selbst verfügt über eigene, schonungslose Mittel, um aus seinen Untergebenen bis zum letzten Tropfen alles herauszupressen, was nur möglich ist; in den Bestrieben eines Staates mit sozialistischer Ausrichtung kann der Arbeiter, wenn er sich als uneigennützig Privatperson verhält, oft verhältnismäßig leicht die Lücken von Organisation und Kontrolle nutzen, um mit möglichst geringer Anstrengung möglichst viel an gesellschaftlichen Ressourcen zu erhalten. Dasselbe bezieht sich auch auf die sozialistischen Betriebe. Aus dem inneren Widerspruch ihrer Lage ergibt sich, dass sie einerseits die Ziele und Interessen ihres Besitzers, des Staates, zur Geltung bringen müssen, andererseits sind ihre Leiter aber Teil und Produkt derselben zwiespältigen Gesellschaft wie jeder andere, und sie sind auch dann nicht vor den Ansteckungen des Privatinteresses gefeit, wenn ihre Herkunft sie an das Proletariat

bindet. Die Tätigkeit der Betriebe bestimmt der staatliche Plan, welcher sich auf die von den Leitern der Betriebe erhaltenen Informationen stützt; die Leiter wiederum erhalten einen Teil ihres Einkommens in Abhängigkeit von der Erfüllung des Planes, und wenn sie sich wie sich absondernde Privatpersonen verhalten, sind sie daran interessiert, die verbindlichen/obligatorischen Plan-Zahlen herunterzuhandeln. Verheimlichte Arbeitsfähigkeit von Seiten des Arbeiters und verheimlichte Produktionskapazitäten von Seiten der Betriebsleiter – in diese Richtung treiben das abgesonderte Privatinteresse und die dazu abgestimmte allgemeine Stimmung. So lässt es sich schwer ermessen, wie viel im Falle eines Produktes die gesellschaftlich notwendige durchschnittliche Arbeitszeit beträgt, nach welcher sich die Verteilung nach der Arbeit richten müsste, die Verschwendung greift um sich, lustig gedeihen die die Gesellschaft zersetzenden wirtschaftlichen und moralischen Viren.

Vergleichen wir diesen Zustand mit der Marxschen Theorie des Sozialismus (der unteren Stufe des Kommunismus). Wirtschaftliche Abgesondertheit existiert nicht mehr: Die Produzenten sind keine eigennützigen Privatpersonen, sondern organische Teile ihrer Gemeinschaft, gewissermaßen natürliche Bestandteile, welche ihre Arbeitskraft ohne allen wirtschaftlichen und übrigen Zwang freiwillig der Gesellschaft zur Verfügung stellen. Das freiwillige Zusammenwirken verknüpft sich mit der Verteilung nach der Arbeit, die zwei Faktoren, welche früher nur als Tendenz zur Geltung kommen konnten, verbinden sich jetzt einander verstärkend, die Gesellschaft zu einer organischen Einheit zusammenschweißend, wo das persönliche Wohl des Einzelmenschen direkt von der Wirksamkeit (vom Erfolg) der vergesellschafteten Arbeit der gesamten Gemeinschaft abhängt. In dieser freiwilligen Ordnung ist es jedermanns objektives Interesse, dass er gemäß seinen Fähigkeiten das Produktionspotential der gesamten Gesellschaft vorwärts bringen will.

Nach der Marxschen Theorie sind nur die Produktivkräfte der höchsten Stufe des Kommunismus genügend dazu entwickelt, dass alle Mitglieder der Gesellschaft nach ihren Bedürfnissen an den erzeugten Gütern teilhaben. Auf der Unterstufe (im Sozialismus) gibt es dafür noch keine Möglichkeit: Das Maß des Anteils wird von der für die Gemeinschaft geleisteten, gesellschaftlich notwendigen Menge der Arbeit bestimmt, diese muss der Produzent eintauschen in eine gleiche Menge sich in Verbrauchsgütern vergegenständlicht habender Arbeit. Nach wie vor bleibt der Tausch der gleichen Arbeitsmengen übrig - das an das Wertgesetz erinnernde „Muttermal“, wie Marx sagt, aber die Verhältnisse haben sich trotzdem verändert: Es gibt eine solche Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, in welcher das Individuum von vornherein Teilbesitzer des gesellschaftlichen Gesamtproduktes ist und im Tausch kein Besitzerwechsel geschieht.

Der Unterschied ist keine Wortklauberei. Die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit macht im Sozialismus die Transparenz der gemeinschaftlichen Verhältnisse für die empirische Beobachtung zugänglich. Den Tausch der lebendigen Arbeit und vergegenständlichten Arbeit regeln jetzt schon ohne Marktvermittlung die bewussten und direkten, die gesellschaftlichen Notwendigkeiten in Betracht ziehenden Überlegungen der gesellschaftlichen Planung. In der Versenkung verschwinden die von den nicht kontrollierbaren Momenten belasteten Waren- und Geldverhältnisse, still stirbt der Wertbegriff; die Verteilung nach der Arbeit und die Planwirtschaft können sich voll entfalten, auch durchkreuzt nicht mehr die private menschliche Abgesondertheit die Allgemeininteressen. Interessant ist, wie Engels diese Umwälzung in einer bunten Schilderung voraussagt: „Sobald die Gesellschaft die Produktionsmittel selbst in Besitz nimmt und sie in direkter Vergesellschaftung zur Produktion benutzt, ist es jedermanns Arbeit, wie verschieden sie selbst ihrem Charakter nach auch sei, sie wird von vornherein gesellschaftliche Arbeit. Die in je einem Produkt verborgene Menge gesellschaftlicher Arbeit muss man dann nicht wie früher auf einem Umweg (mit Vermittlung des Marktes – R.E.) bestimmen; die alltägliche Erfahrung zeigt direkt, dass im Durchschnitt wie viel Zeit davon nötig ist. Die Gesellschaft kann einfach ausrechnen, wie viel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine verborgen sind, in einem Hektoliter Weizen von der letzten Ernte, in einhundert Quadratmeter Tuch einer bestimmten Qualität stecken. Es käme ihr also gar nicht in den Sinn, dass sie die im Produkt vergegenständlichten Arbeitsmengen, welche sie schon auf direkte und absolute Weise kennt, auch weiterhin in einem verhältnismäßig, schwankenden, ungenügenden, mangels Besserem in einem unvermeidlichen Maß, in einem dritten Produkt (in Geld – R.E.) ausdrückt, nicht aber in einem natürlichen, adäquaten, absoluten Maß, in der Zeit. ... Unter den obigen Voraussetzungen misst die Gesellschaft den Produkten auch keinen Wert bei. Jene einfache Tatsache, dass die Herstellung von einhundert Quadratmeter Tuch, sagen wir eintausend Arbeitsstunden erforderte, wird sie nicht auf jene schiefe und unverständliche Weise ausdrücken, dass es eintausend Arbeitsstunden wert ist. Auf jeden Fall wird die Gesellschaft auch dann wissen müssen, wie viel Arbeit zur Herstellung von verschiedenen Gebrauchsgegenständen benötigt wird. Schließlich wird auch der Nutzen der verschiedenen Gebrauchsgegenstände ... den Produktionsplan bestimmen“, nachdem die Gesellschaft die Wichtigkeit dieser Wirkungen erwog und die zu ihrer Erzeugung nötigen Arbeitsmengen. (F. Engels: „Wie revolutionierte Herr Dühring die Wissenschaften?“ Dritte Abteilung. IV. Marx-Engels Werke Band 20, Budapest, 1963, Seiten 302 – 303, Ungarisch )

Die Zusammenfassung des Wesentlichen: In jenen Gesellschaften mit sozialistischer Ausrichtung, wo man das Privateigentum schon liquidiert hat, ist die wirtschaftliche Abgesondertheit entscheidend verantwortlich für das Übrigbleiben der Waren- und Geldverhältnisse; dies erscheint auch in der Spaltung des Gemeineigentums in staatli-

ches und Gruppeneigentum, und erzeugt ohne Unterbrechung von neuem seine eigenen Gründe, die Ungleichheiten der Arbeitsteilung.

Die Frage ist: wie wäre es möglich, die Abgesondertheit aufzulösen? Leider, an Stelle einer Antwort, stießen wir vorerst auf einen wenig befriedigenden Widerspruch: Zur Aufhebung der Abgesondertheit muss man die Verteilung nach der Arbeit verwirklichen, die Verteilung nach der Arbeit aber kann nicht dauernd und universal zustande kommen, solange die wirtschaftliche Abgesondertheit existiert.

In dieser Dialektik drückt sich letzten Endes die von der Arbeiterklasse der sozialistischen Ordnungen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung eingenommene paradoxe Lage aus. Die Klasse erwirbt die politische Macht, danach enteignet sie die industrielle Erzeugung und die Verkehrsmittel, nimmt sie selbst in Besitz, und damit unternimmt sie einen geschichtlichen Schritt in Richtung der Gesellschaft des Sozialismus, die freiwillige Zusammenarbeit und die Verteilung nach der Arbeit. Aber es bleiben Ungleichheiten. Die ungleiche Lage der Klasse und deren Gefahren stellt Gramsci so dar: „In der Geschichte ist es noch nie vorgekommen, dass irgendeine herrschende Klasse in ihrer Gänze auf einen niedrigeren Lebensniveau steht als gewisse Elemente und Schichten der besiegten und unterworfenen Klasse. Diesen unpaarigen Widerspruch hielt die Geschichte für das Proletariat aufrecht ... Das Proletariat aber kann nicht zur herrschenden Klasse werden, wenn es diesen Widerspruch nicht löst; kann es nicht seine führende Rolle bekleiden, ...wenn es seine direkten Interessen nicht aufopfert für die allgemeinen und ständigen Klasseninteressen.“

Die doppelte Lage schürt einen Widerspruch der objektiven Interessen des Proletariats und seinen subjektiven Wertbewusstsein zwischen seinem Verhältnis zum eigenen Staat und seiner wirklichen und erlebten Form. Die allgemeine, grundsätzliche und perspektivische Interessen durchsetzende Staatsmacht ist das Pfand des Aufstiegs der Klasse; der Aufstieg jedoch ist von Natur aus langsam, ungleichmäßig, mit Rückfällen verbunden, und für den einzelnen Produzenten, für die einfachen Menschen der Klasse in ihrem Alltag auch nicht immer sinnlich wahrnehmbar.

Im System der Arbeitsteilung wiederum ist der einzelne Arbeiter direkt zugegen, Tag für Tag nimmt er mit seiner Arbeit daran teil und in diesem Medium trifft er sich auch mit dem Staat, welchen in seinem Auge der ausgehandelte Lohn, die Tätigkeit der örtlichen Leiter, die Preisauszeichnungen der Geschäfte, die Schauplätze des gewohnten öffentlichen Lebens und ihre Ereignisse darstellen. Obwohl er als Mitglied der gesellschaftlichen Gemeinschaft Inhaber der Staatsmacht ist, nimmt er an der Ausübung der Macht kaum oder überhaupt nicht teil, und auf das Niveau der geerbten Arbeitsteilung gedrängt, meist nur als Untergeordneter; vor fertige Tatsachen gestellt, trifft er sich als passiver Ausführender mit seinem eigenen Staat. Die wirkliche Leitung, die tatsächliche (de facto) Verfügung über die Produktionsmittel geschieht auf

höherer Ebene, dort entscheidet man über den Inhalt der Produktion und der Verteilung und deren Dimensionen. Diese Stufenstruktur erhält aufrecht und erzeugt immer wieder aufs neue die Waren- und Geldverhältnisse mit der von ihnen untrennbaren Konkurrenz, welcher beider Zielpunkt das Geld ist – der Rechtstitel zur Inbesitznahme der Verbrauchsgüter ebenso wie die möglichst günstige Wettbewerbsposition in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung auf dem Gebiet der tatsächlich ungleichen Verfügung über Erzeugung und Verteilung.

Zwei gegensätzliche Entwicklungstendenzen stoßen miteinander zusammen: Während die revolutionäre Macht sich darum bemüht, im Zeichen des Emanzipationsprogramms die Gesellschaft stufenweise in die Richtung gemeinschaftlicher Verhältnisse voranzubringen, zersetzt die durch die Struktur der Arbeitsteilung angefachte Konkurrenz ohne Unterbrechung die gemeinschaftlichen Keime, und wenn sie nicht auf Widerstand trifft, dann biegt sie die Geschichte zurück in die restaurative Richtung. Zum Teil verführt selbst das Vorschreiten zur Rückwendung und zum Rückzug. Die revolutionäre Macht bemüht sich nämlich ihrer Schuldigkeit und ihren Möglichkeiten gemäß den Alltag der Massen zu erleichtern, gleichzeitig verengt und erweitert sie den Wirkungskreis des Wertgesetzes (des Marktes). Sie verengt, weil der revolutionäre Staat nicht nur die Masse der Produktionsmittel aus dem Warenverkehr herauszieht, sondern in wachsender Zahl auch die Verbrauchsgüter und Dienstleistungen (sie führt kostenlose ärztliche Versorgung ein, sie gibt Babyartikel billig oder kostenlos, trägt bei zur Kindererziehung, zum Unterricht, zur Verlegung von Büchern, zu den Kosten der Kunst usw.), aber sie erweitert auch, in dem Ausmaße, wie als Ergebnis des sozialistischen Aufbaues die Erzeugung in der Leichtindustrie wächst, den Markt der Bevölkerungsdienstleistungen, besonders aber die landwirtschaftliche Warenproduktion, welche infolge der Organisation der genossenschaftlichen Großproduktion sich nach einer gewissen Zeit zu erhöhen beginnt.

Mit der Erweiterung des Warenangebotes glimmt die Konkurrenz auf. Solange die Entbehrung vorherrscht, geht der Kampf um die elementaren Existenzbedingungen, später um mehr und noch mehr, wenn es nicht gelingt, auf irgendeine Weise den verheerenden Trieb der Konkurrenz zu bremsen, dann wird nicht die größere Menge der Güter die allgemeine Wirtschaft erhöhen, sondern die gesellschaftlichen Ungleichheiten und Widersprüche. Im Wettbewerb genießen die oberen Niveaus der Arbeitsteilung einen klaren Vorteil gegenüber den unteren, die über die Produktionsmittel de facto Verfügenden gegenüber den nominellen Besitzern, und sie können versuchen, die Vorteile ihrer gesellschaftlichen Stellung in materielle umzumünzen. Anfangs ist vielleicht von Kleinigkeiten, Bagatellen die Rede: Ich baue ein kleines Wochenendhaus, auf dem Grundstück würde eine Rolle Draht gebraucht, ein Knierohr zur Heizung, in der Fabrik gibt es so etwas, wenn ich es mitbringe, wird es niemandem fehlen. So wie jedoch dieses Verhalten in breiten Kreisen zur Gewohnheit wird, werden

die gesellschaftlichen Ungleichheiten zu Gunsten des oberen Niveaus zunehmen; es erhöht sich das Misstrauen der Unteren gegenüber den Oberen, das Misstrauen der Produzenten gegenüber den Besitzern der Kommandoposten und dem von ihnen vertretenen Staat.

Weil der Staat der Besitzer des öffentlichen Vermögens ist, ist das Verhältnis zu ihm gleichbedeutend mit dem Verhältnis zum Eigentum. Unter den oben skizzierten Verhältnissen beginnt das öffentliche Vermögen langsam zur öffentlichen Beute zu verkommen.

Die von neuem entstehenden, ja sogar erweiterten Konkurrenzverhältnisse begünstigen die verborgenen, aber objektiv vorhandenen Möglichkeiten der Reichtumsaneignung. Diese besondere Aneignung beruht nicht auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, sondern sie hängt ab von dem Platz, den die Individuen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und in der Hierarchie der Macht einnehmen, und sie wird verwirklicht durch die illegalen (Korruption, Diebstahl) und die legalen (Verflechtungen, es wurden Zuwendungen und Vorrechte nach Sympathie und Gefolgschaft verteilt) Kanäle der Neuverteilung. Es kann sein, dass so etwas vom Geldwerte her unbedeutend ist, aber wesentlich ist, dass ohne Arbeit erworbenes Eigentum gegenübergestellt wird mit jemandes anderen nicht bezahlter Arbeit, - und wenn das als Gewohnheit gewordene Erscheinung im den Alltag vorhanden ist, dann nimmt es Schritt für Schritt immer größere Ausmaße an und ganz „sanft“ zermahlt es den proletarischen Charakter des Staates.

In diesem Zeitabschnitt also - zwischen der Aufhebung des Privateigentums und dem völligen Abbau der von den Klassengesellschaften ererbten Arbeitsteilung – droht die Restauration aus mehreren Richtungen: Einesteils streben die aus der Herrschaft ausgestoßenen Reste der Bourgeoisie und ihre ausländischen Stützen ganz bewusst nach ihr, anderenteils (gewöhnlich nicht bewusst, aber perspektivisch viel gefährlicher) treibt das „sozialistische Kleinbürgertum“, eine Art neuer „Vor-Bourgeoisie“, also frisch auftauchende Elemente, welche die wirtschaftliche Struktur des sozialistischen Systems selbst aus der Arbeiterschaft und den oberen Schichten der Bauernschaft hervorbringt, die Entwicklung in diese Richtung.

Diesen widersprüchlichen Zeitabschnitt pflegen wir „Sozialismus“ zu nennen; er ist in Wirklichkeit natürlich kein Kapitalismus mehr, aber auch noch nicht Sozialismus, sondern der Übergang mit zwei Möglichkeiten, welcher in Richtung Sozialismus fortschreiten kann, aber auch zurück umkehren kann zum Kapitalismus, davon abhängig, welche der beiden gegensätzlichen Tendenzen die andere verdrängt. Aber welche? Die Frage ist nicht und kann auch nicht von vornherein entschieden sein.

Der sozialistischen Richtung hilft die Tatsache, dass mit der Veränderung der Besitzverhältnisse die Revolution mächtige Energien des Volkes frei macht und die Voraussetzungen für den zentralisierten planmäßigen Gebrauch der Kraftquellen schafft: Diese Möglichkeit offenbarte sich in dem beispiellosen Schwung und in den geschichtlichen Errungenschaften der Anfangsperiode der bisherigen Übergangsformationen. Der kapitalistischen Richtung - der Logik des Wertgesetzes folgend - hilft neben ihren internen Anhänger und der feindlichen äußeren Umgebung die Tatsache, dass die durch die Ungleichheiten der Arbeitsteilung veranlassten spartenmäßigen Ungleichheiten der Arbeitskraft und die aus den wirtschaftlichen Abgesondertheiten entspringenden Waren- und Geldverhältnisse die heimlichen Möglichkeiten der Ausbeutung reproduzieren.

Aber welche der beiden Möglichkeiten die andere bezwingt, ist keine logische sondern schlechterdings eine praktische Frage, die Frage des Klassenkampfes zwischen den revolutionären und den bourgeois-restaurativen Kräften. Diese unbestimmte, alternative Entwicklungsmöglichkeit können wir vom politischen Gesichtspunkt aus betrachtet als die Labilität der Arbeitermacht. Eine politische Macht des Ausbeutertyps einer Klassegesellschaft kann als stabil gelten, sobald sie den Apparat des Staates und die zum Schutz der inneren Ordnung geeigneten Macht- und Verwaltungsorgane ausgebaut hat; aber das ist zur Festigung der Arbeitermacht im Übergangsstadium nicht ausreichend, nein: geradezu lebenswichtig für sie ist, dass sie einer solchen Massenbewegung bedarf, welche aktiv den Kampf aufnimmt für eine rationale, planwirtschaftliche Arbeitsorganisation, und sich klar abgrenzt gegen ein ohne Arbeit (d.h. auf Enteignung fremder Arbeit beruhendes) erworbenes Einkommen und darauf beruhender Vorrechte. Es geht darum, die Lobbyisten und Mafiosi, den Bürokratismus, die alten und frisch keimenden Erscheinungen der bourgeoisen Moral und Denkweise zurückzudrängen.

Wenn die sozialistische Demokratie formal wird, wenn die Massen sich nicht aus ihrer eigenen alltäglichen Erfahrung davon überzeugen können, dass ihnen die Macht wirklich gehört, dann wird es gemeinschaftliches und Gemeinbesitzerbewusstsein nicht geben, wird die Arbeitermacht allmählich aufgerieben.

Das sich Herausbilden des Bewusstseins öffentlicher Eigentümer ist nicht einfach eine Veränderung des Überbaus, sondern eine neuartige Produktionsbeziehung des neuen Verhältnisses der Produzenten zueinander und zu ihren Produktionsmitteln/Produktionsinstrumenten. In den früheren Formationen spiegelte das gesellschaftliche Bewusstsein gewisse Produktionsverhältnisse bloß wider, schützte sie oder griff sie an, aber es bestimmte nicht ihre Qualitäten: Die fanatische religiöse Überzeugung der englischen Puritaner, der aufrichtige Glaube der französischen bürgerlichen Revolutionäre an die dreifache Losung Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit, für die Bour-

geoisie war die ganze antifeudale Rüstkammer unverzichtbar, doch sie bestimmte nicht die wirtschaftliche Grundlage der bürgerlichen Einrichtung, das Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit. Im Gegensatz dazu kann die wirtschaftliche Grundlage des Sozialismus nicht verwirklicht werden ohne das kollektive Besitzerbewusstsein der Massen, welches in den unterschiedlichen Formen der demokratischen Kontrolle zur materiellen Kraft werdend dadurch zum bestimmenden Element der Besitzverhältnisse wird; wenn solches Bewusstsein nicht existiert, dann verwandelt sich das öffentliche Eigentum (oder Gemeineigentum) früher oder später in Niemandeseigentum. In der Übergangszeit hängt es also letzten Endes von der Wahl der Massen zwischen dem Verhalten nach gemeinschaftlichen oder privaten Interessen ab, von den Entscheidungen des Klassenbewusstseins hängt der Charakter des Eigentums ab – so auch die darauf beruhende Arbeitermacht und die alternative Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung. Daraus ergibt sich von selbst die Schlussfolgerung: Wenn ohne sozialistisches Bewusstsein sozialistisches Eigentum nicht existieren kann, dann kann man jene Gesellschaft nicht als sozialistisch qualifizieren, wo das Bewusstsein und das Verhalten, die Haltung der großen Mehrheit der Massen das sozialistische Niveau noch nicht erreicht hat.

Die demokratische öffentliche Selbsttätigkeit, besonders die Kontrolle jener Gebiete, in denen die Inhaber kleinerer oder größerer Schlüsselpositionen ihren Platz in der Arbeitsteilung benutzen können, um sich private Vorteile zu verschaffen, löst naturgemäß den Widerstand der „Geschädigten“ aus. Die Erfahrungen beweisen eindeutig, dass es nicht möglich ist, Korruption und Vorteilnahme zu brechen, wenn es keine kraftvolle Unterstützung von oberen Instanzen gibt. Die dann sich selbst überlassenen spontanen örtlichen Initiativen können nichts Positives erwarten, und wenn sie überhaupt entstehen, werden sie nicht lange leben. Andererseits: wenn nicht eine demokratische Massenkontrolle neuen Typs des gesellschaftlichen Lebens ausgebaut wird, dann werden die Apparate bürokratisiert, sie erstarren zur Kaste und sie gehen mit dem ihnen anvertrauten öffentlichen Eigentum um als wäre es ihr eigenes Lehen, dadurch wird die Revolution von ihrer wirklichen und potentiellen Massenbasis entfremdet. Weder die Demokratie neuen Typs kann ohne eine zielbewusste organisierende Zentrale auskommen, welche die Tätigkeit der Massen führt, lenkt, miteinander abstimmt gegen die sich reproduzierenden bourgeoisen Elemente, noch kann die zentrale Macht straflos davonkommen, wenn die Massen der gemeinsamen Sache den Rücken kehren, weil sie die Erfahrung machen, dass sie vergeblich was auch immer ansprechen und trotzdem alles beim Alten bleibt. Sie werden die Leidtragenden sein. Natürlich ist es nicht so, dass die Führung des sogenannten „real existierenden Sozialismus“ sich nicht „grundsätzlich“ über die Notwendigkeit der Massenkontrolle im klaren gewesen wäre. Es gab keinen Mangel an Aufrufen, welche auf die betriebliche Demokratie drangen, zur mutigen Aufdeckung von Missständen ermunterten. Nur

Worte können den systematischen, organisierten Klassenkampf gegen das „sozialistische Kleinbürgertum“ aber nicht ersetzen, und meistens zogen jene den kürzeren, die solcherart Aufrufen Folge leisteten.)

Alles in allem (zusammengefasst), das Eigentum in der Übergangsepoche ist ebenso labil wie seine politische Garantie, die Arbeitermacht; ihren sozialistischen Charakter und die sozialistische Richtung kann nur die enge Kombination von selbsttätiger Massendemokratie und staatlichem Zentralismus gewährleisten, und wenn es nicht gelingt, die beiden zu vereinen, werden sie zu Wassertropfen, die im Sand versickern.

Außer dem Übergang zum Sozialismus gibt es in der Geschichte nicht noch ein Zeitalter, dessen Charakter und Richtung der Entwicklung auch nur annähernd so sehr abhinge von der gegenseitigen Voraussetzung breitester Demokratie und starker Zentralgewalt, von den Massen und der politischen Praxis der leitenden Zentrale. Die Politik bekommt eine neue Funktion, sich in der Qualität davon unterscheidend, was ihr in den bürgerlichen Gesellschaften zukommt. Das Letztere betreffend spricht Marx von den „Wolkenregionen der Politik“: Die Regierungen kommen und gehen, Parteien wechseln einander ab an der Spitze des Staates, aber die ökonomische Basis, das herrschende Eigentumsverhältnis, die bestehende gesellschaftlich-wirtschaftliche Formation verändert sich dem Wesen nach nicht. In der Übergangsgesellschaft wiederum fällt der Politik die Aufgabe zu, dass sie in der Form des Klassenkampfes der Massen die sich reproduzierenden bourgeoisen Elemente zurückdrängt, und damit das einzige geeignete Mittel zur Herausbildung des Gemeineigentümbewusstseins schafft, ohne welches sich weder der sozialistische Charakter des Eigentums, noch das System der sozialistischen Entwicklungsrichtung realisieren kann. Die Übergangsgesellschaft bestimmt folglich ein politischer Prozess, der Klassenkampf der Massen, und die Politik, welche in der kapitalistischen Formation „Wolkenregion“ ist, wächst zusammen mit der wirtschaftlichen Basis. Genauer bedeutet dies soviel, dass die widersprüchliche Struktur des Zeitalters als die alternative Möglichkeit der sozialistischen oder der kapitalistischen Entwicklung den objektiven Spielraum der Politik bestimmt; welche von den beiden Entwicklungsrichtungen verwirklicht werden wird, entscheidet die Politik, nicht die Wirtschaft, in solcher Beziehung bestimmt die Politik die Wirtschaft und wird ihr gegenüber primär, obgleich nur auf dem ihr durch die Wirtschaft bezeichneten Gebiet, sie kann sich nur innerhalb der von der Wirtschaft angebotenen zweifachen Möglichkeit bewegen. In dieser komplizierten Wechselwirkung kann die Vertauschung der dialektisch zusammenhängenden Seiten und Funktionen ernste Konsequenzen haben. Wenn die Leiter nicht erkennen, dass letzten Endes der Wirtschaft ( der objektiven Seite) der Vorrang gehört, dann kann der Voluntarismus die Oberhand gewinnen, wenn sie die Augen davor verschließen, das innerhalb der von der Wirtschaft angebotenen Möglichkeiten (der subjektiven Seite) der Vorrang gehört, dass also nur die Politik entscheiden kann über die sozialistische oder

restaurative Richtung der Entwicklung, dann zerstören die freiwerdenden bourgeoisen Tendenzen von innen die Revolution.

Die neue Rolle der Politik erklärt gerade, dass die wirtschaftliche Natur des Übergangszeitalters direkt von der politischen Massenbewegung gegen die reproduktiven bourgeoisen Tendenzen abhängt. Aber wer organisiert die Massenbewegung? Die Initiative der „Unteren“ misslingt, wenn sie nicht auf das Einverständnis der und die aktive Unterstützung durch die „Oberen“ stößt.

Nun, aber wie unterstützen oder organisieren gerade die „Oberen“ selbst, die Leiter und die bezahlten Apparate, die Massen bei der Ausübung ihrer demokratischen Rechte. Sie – zumindest einen Teil von ihnen – treibt eher das sich absondernde Privat- und Gruppeninteresse, anstatt dass sie sich kontrollieren ließen, schlagen sie etwaige Kritiken zurück und üben Vergeltung.

Wieder gerieten wir in einen fehlerhaften Kreis: Die Leiter selbst müssen die Massenkontrolle der Leiter organisieren, obwohl diese Kontrolle ihren eigenen Separat-Interessen widerspricht. Können denn die Arbeiterorganisationen – die Gewerkschaften und die revolutionäre Avantgarde – den fehlerhaften Kreis nicht durchbrechen? Können sie nicht den ihre Pflicht vergessenden Ämtern und den Beamten auf die Finger sehen?

Und ob – vorausgesetzt, der Bürokratismus, die private menschliche Selbstsucht, Gleichgültigkeit und Arroganz, der tödliches Gift kotzende kleinbürgerliche Geist haben nicht die Gewerkschaften und auch die Partei angesteckt. Sowohl die Gewerkschaften, auch die Partei leben in derselben Welt, ihre Mitgliedschaft und ihre Leiter atmen in derselben verdorbenen Luft der Arbeitsteilung wie jeder andere. Gibt es eine Möglichkeit auszubrechen? Bevor wir eine Antwort versuchen, überlegen wir, was geschieht, wenn die sich der sozialistischen Entwicklung verschrieben habenden keinen Ausweg finden.

Leider, ist es nicht schwer, es genügt unsere eigenen Erfahrungen vom Fall der sozialistischen Ordnungen wachzurufen. Die zum Fall führenden inneren Widersprüche hat die Entwicklung mit sozialistischer Richtung selbst zugespitzt. Sowie die Produktion und die Beschäftigung wuchsen, so wurden die bisherigen Methoden des Wachstums immer ungeeigneter: Die Arbeitskräftereserven versiegt, immer weniger konnte man die Deckung der weiteren Akkumulation anderswoher herbeischaffen als aus der systematischen, ständigen Erhöhung der Produktivität. Die größere Produktivität ist das entscheidende Mittel der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung; ein Land mit sozialistischer Ausrichtung muss die Kosten dafür aus seinen eigenen Quellen erwirtschaften, es kann nicht zu Mitteln wie der Kolonialisierung, dem Ausrauben anderer Völker greifen. Es muss sparen, die Teilnehmer der Wirtschaft zu strenger

Arbeitsorganisation und Arbeitsdisziplin, zu größerer Selbständigkeit und Initiative anspornen, die in der Ortskenntnis der Menschen, in ihren schöpferischen Fähigkeiten, in ihrer Findigkeit verborgenen Reserven befreien. Doch was geschah in der Wirklichkeit? Sich der Vollbeschäftigung nähernd, ließ die alte disziplinierende Kraft der Arbeitsteilung nach, noch bevor sich die neue freiwillige Disziplin hätte herausbilden können. Auf dem Arbeitsmarkt erreichte die Nachfrage das Angebot und übertraf es; die Verhandlungsposition der Arbeiterschaft verstärkte sich, aber die Arbeitsleistung verdarb gefährlich, in der Qualität und in der Menge, als es gerade des Gegenteil bedurfte. Das Wachstum verlangsamte sich, blieb stehen, begann zu gleiten. Es wuchs der Druck nicht nur von den Arbeitern, sondern auch vom Arbeitskräftemangel und auch von Seiten der von den schwächelnden Produktionsergebnissen bedrängten Betriebsleiter, die Löhne zu erhöhen, sich statt nach der Leistung nach der wachsenden Nachfrage nach Arbeit richtend. Die zentralen Apparate, deren Aufgabe „von Amts wegen“ die Geltendmachung des allgemeineren volkswirtschaftlichen Interesses wäre, entfernten sich aus zwei Gründen von den Realitäten des zu ihrer Leitung gehörenden Gebietes: Sie gelangten immer weniger an sachliche Informationen und auch sie selbst ergriff der Drang, ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen. Die Lenker und die Vollstrecker trennten sich gegenseitig voneinander, noch bevor sie ihre Kräfte vereint hätten, die Kapelle spielte etwas anderes, als der Kapellmeister zu dirigieren meinte, die Mitglieder spielten dann, was sie wollten, wozu sie eben gerade Lust hatten. Die von inflatorischen Erscheinungen begleiteten Wirksamkeits- und Gleichgewichtsstörungen stürzten die als sozialistisch und frei von Krisen verkündete Übergangswirtschaft in die Krise.

Der entscheidende Grund für die Krise ist im Kapitalismus wie auch in der Übergangsperiode derselbe: Man wendet mehr gesellschaftliche Arbeit auf als nötig. In beiden Formationen handelt die Geschichte von der Produktivität. Aber der Gang der Ereignisse ist nicht identisch. In den traditionellen Krisen des Kapitals verfallen die Löhne und Preise, das Angebot übertrifft andauernd die Nachfrage sowohl an Arbeitskraft wie auch an Waren auf dem Markt.

In den Krisen des Übergangs sind nach den bisherigen Erfahrungen die Löhne im Verhältnis zur Leistung zu hoch, und sie verursachen eine größere Nachfrage, als sie der produzierte Warenfonds mit der sinkenden Produktivität decken kann. Dort ist „Überproduktion“: „zu viel Ware“ und „zu wenig Geld“; hier ist „Unterproduktion“: Das Geld ist zu viel im Verhältnis zum mangelhaften Warenbestand. Der Kapitalismus löst das Produktivitätsproblem mit seiner ihm eigenen üblichen Brutalität, dabei Millionen ihrer Lebensbedingungen beraubend; etliche Male kann die Übergangsordnung die schweren, schmerzhaften, komplizierten sozialen Probleme nicht beiseite fegen, welche die Modernisierung mit sich bringt. Aber wenn die Lösung nicht stattfindet, wenn die Sicherheitsventile des Kapitalismus schon nicht mehr, die Schutzme-

chanismen des Sozialismus noch nicht funktionieren, dann bringen die chronisch gewordenen Übel mit tödlicher Sicherheit die Uhr der gesellschaftlichen Höllenmaschine zum Ticken.

Die überhandnehmenden Störungen der Wirtschaft beleuchten die gesellschaftliche Struktur und einige wesentlich Probleme der Wirtschaftslenkung, was früher wegen der Verwechslung der Übergangsformation mit dem Sozialismus weder die Politik noch die Theorie zur Kenntnis nahmen oder missdeuteten. Wie ein bekannter ungarischer Soziologe schreibt: Ungeachtet der vielfältigen Gliederung der Interessenverhältnisse des Zeitalters beharrten die Wirtschaftslenker in der Mehrheit auf dem „vereinfachten Sozialismus-Modell“, alle Abweichungen vom einheitlichen gesellschaftlichen Gesamtinteresse schrieben sie entweder der Unwissenheit oder der Bösartigkeit zu; von sich selbst hatten sie die Vorstellung, dass sie „Ziele und Interessen von höherer Ordnung“ vertreten „gegenüber der Partikularität niederer Ordnung der Geleiteten“. (Héthy Lajos: Gazdaságirányítás és érdekeltség / Wirtschaftslenkung und Interesse, Budapest 1983 ) Obwohl die Anschauung der Arbeiter und der gesellschaftlichen Mehrheit sich beinahe ausschließlich um das Geld drehte, war sie doch nicht einfach übrig gebliebener Rest der Vergangenheit, sondern das natürliche Ergebnis der von der Arbeitsteilung aufrecht erhaltenen Waren- und Geldverhältnisse – der Wirksamkeit des Wertgesetzes, welche man nicht zur Kenntnis nehmen oder als nebensächlich behandeln kann, aber man kann sie nicht umgehen, überspringen, vor dem Zustandekommen geeigneter Bedingungen abschaffen. Die Frage ist nicht, benötigt die Wirtschaft der Übergangsperiode das Wertgesetz oder nicht ( wenn du es zur Tür hinauswirfst, kommt es durch das Fenster wieder zurück ), sondern gibt es eine Möglichkeit, dieses Gesetz in den Dienst der sozialistischen Entwicklung zu stellen.

In einem frühen Abschnitt ihrer Geschichte machte die Sowjetunion machte die Sowjetunion einen Versuch: Im Jahre 1921 führte sie die „neue Wirtschaftspolitik“ ein, welche sie gezwungenermaßen aus Not anwendete, sie gab nach den auch mit fehlerhaften Argumenten unterstützten Einschränkungen des „Kriegskommunismus“ den Waren- und Geldbeziehungen wieder Raum, um den durch die Intervention und die Bürgerkriege unterbrochenen Verkehr zwischen Stadt und Dorf, zwischen dem sozialistischen und privaten Sektor wieder herzustellen. Die „neue Wirtschaftspolitik“ (russische Abkürzung: NEP) kann nicht nur deshalb als „neu“ bezeichnet werden, weil sie eine radikale Wendung brachte im Vergleich zur früheren Wirtschaftspolitik im Kriege, sondern auch in jener allgemeineren Bedeutung, dass die ältere marxistische Theorie diese Politik nicht kannte, weil sie die konkreten geschichtlichen Bedingungen nicht kennen konnte. Lenin war es, welcher aus den unbarmherzigen Erfahrungen der Sowjetunion aus Interventionen und Bürgerkriegen, besonders aber aus dem vom Kronstädter Matrosenaufstand wie durch einen Blitzschlag beleuchteten objektiven Klassenbewegungen die notwendigen theoretischen Lehren und die prakti-

schen Schlussfolgerungen zog, genau wissend, dass die Befreiung des Wertgesetzes, so sehr sie unvermeidbar war, auch riskant und gewagt war.

Die NEP ist eine zweiseitige Waffe: Zum Teil legalisiert sie die bourgeoise Selbstsucht und den Geist der Konkurrenz, und nur in jenem Falle kann sie der sozialistischen Entwicklung dienen, wenn der proletarische Staat das Wertgesetz unter strenger Aufsicht hält, zwischen gesetzten Grenzen einschränkt, und die Benutzung als wirtschaftliche Triebkraft verbindet mit dem fortgesetzten Kampf der Massen gegen die schmarotzenden Nutznießer der Marktverhältnisse. Diese widersprüchliche Einheit - die Freiheit des Wertgesetzes in gewissem Grade und die methodische Kontrolle seiner Schranken - war in der Auffassung Lenins von der NEP akzentuiert gegenwärtig, aber in den sowjetischen Reformen nach 1953 oder in der gewinnorientierten Praxis des ungarischen „neuen wirtschaftlichen Mechanismus“ fehlte sie. Lenin betrachtete die NEP, die größere Freiheit des Marktes, als einen notwendigen Rückzug, als Rückzug in kapitalistische Richtung, aber zugleich auch als Vorrücken in Richtung marktloser sozialistischer Verhältnisse; im Gegensatz dazu wurde bei uns ebenso wie in den sowjetischen, tschechoslowakischen und in den übrigen „Reform“-Ideologien für den Markt als heilendes Wundermittel Reklame gemacht, der angeblichen „sozialistischen Warenproduktion“ schrieb man die „angeborene Krisenlosigkeit“ zu. Ob man die Illusionen gutgläubig streute oder bewusst in - anfangs noch verschleierte - restaurativer Absicht, vom Gesichtspunkt des Endergebnisses läuft beides auf dasselbe hinaus; auf jedem Fall hat man die Gegner der Illusionen als „Dogmatiker“ abgestempelt, oder man übte an ihnen auch härtere Vergeltung. Das Wesentliche ist, dass die das ungebundeneren Funktionieren des Wertgesetzes bezweckenden Reformen, welche die wirtschaftliche Struktur der Übergangsperiode prinzipiell tatsächlich nötig machten, nicht verbunden wurden mit der sich auf die gesteigerte Aktivität der Massen stützende Kontrolle von Einkommen, Wirtschaft, gesellschaftlichen Leben; so aber ist die sozialistische Richtung nur ein Sand-in-die-Augen-Streuen und hohles Geschwätz, keine Vorbereitung auf das spätere Vorrücken, sondern das Waffenstrecken vor den instinktiv erstarkenden bourgeoisen Bestrebungen.

Dies ist die Kapitulationslinie welche ab 1956 nach Chruschtschows denkwürdiger „geheimer“ Rede zur herrschenden Strömung der internationalen Arbeiterbewegung wurde. Bot sich denn kein anderer Weg an? Ja, im Prinzip wäre es möglich gewesen, dass die Revolution mit entschlossenen sich ihr verpflichtet fühlenden Führern an der Spitze die bewussten Abteilungen der Massen mobilisiert (es gab sie überall, wenn auch in den Hintergrund gedrängt, solche Führer und die Massen! ), sich auf sie stützend am Arbeitsplatz die Disziplin wiederherstellt, ohne Arbeit erworbenes Einkommen unmöglich macht, mit harter Hand die politischen Bedingungen schafft für die Lösung der Produktivitätsprobleme. Natürlich wäre dieser Weg riskant gewesen, fordert er doch sofort den Widerstand der privilegierten Kasten wie der zurückgeblie-

benen Arbeiterschichten heraus, die Kräfteverhältnisse aber begünstigten nicht gerade die Revolution. Die Besitzer der Schlüsselpositionen waren in der Mehrheit nicht daran interessiert, dass die Massen ihre Tätigkeit beaufsichtigen; was auch immer ihre öffentlich geäußerte Meinung war von der Demokratie, von der demokratischen Art und Weise der Machtausübung, in Wirklichkeit standen sie der Demokratie im Wege, welche in der haarscharfen Formulierung von Kautsky nichts anderes ist als „die Herrschaft der Massen über ihre Beauftragten.“ Die Massen und ihre Beauftragten hatten sich weit voneinander entfernt: Ihr Bruch zeigte sich auch schon in der bloßen Tatsache der Krise (Ohne aktive Massenbewegung erfriert die Planwirtschaft früher oder später), und die für die Lösung in Betracht zu ziehenden Mittel verengte das Wertgesetz von Anfang an auf seine instinktiven Mechanismen, von vornherein schloss es die demokratische Massenbewegung aus dem Blickfeld aus. In dieser Grundposition drückte sich zwar das reale Bedürfnis aus, dass man die Erneuerung des Wachstums dem Wertgesetz größere Freiheit ermöglichen muss – aber es kam auf perverse Weise zum Ausdruck, weil ohne ständige demokratische Massenkontrolle die instinktiven Mechanismen sich dem Plan widersetzen, die beiderseitige Bedingtheit von Markt und Plan, die für die Entwicklung unentbehrlich sind, werden zu einer einander ausschließenden falschen Alternative „Entweder – Oder“ verzerrt. Die beiden Elemente - der Plan und der Markt - ergänzen einander nicht, sondern sie bringen einander zu Fall. Künstlich aneinander gekettet strampeln sie gelähmt in jener Grube, was die ungarischen „Reform“-Volkswirtschaftler seinerzeit so umschrieben „weder Plan, noch Markt“.

In welche Richtung die „Reformatoren“ - im untersuchten Zeitalter das „sozialistische Kleinbürgertum“ und die bewussten Nationalökonomien der kapitalistischen Restauration - die Wirtschaftspolitik lenkten, und wohin der von ihnen herausgeforderte Weg führte, dies möchten wir mit einigen ungarischen Beispielen veranschaulichen.

Die ungarische Reform von 1968 machte den Gewinn zum Hauptkriterium des Unternehmenserfolges, als „synthetischste“ Kennziffer, und im Wettbewerb auf dem Markt meinte sie den Schlüssel zur Lösung der Probleme der Wirtschaftlichkeit gefunden zu haben. Im Zeichen dieser Anschauung erhöhten die Unternehmen die Preise ohne die Verbesserung der Qualität und der Auswahl; ihre Kooperation, welche bis dahin schon öfters stockte, hörte jetzt endgültig auf, und einerseits war man gezwungen, große Materialvorräte anzuhäufen, andererseits war man etliche Male dazu gezwungen, heimatliche Erzeugnisse aus dem Ausland zu hohen Konjunkturpreisen für Devisen zu beschaffen, wohin sie der heimatliche Hersteller exportiert hatte, um des größeren Gewinnes wegen sich um die eigene Verpflichtung zur (gegenseitigen) Kooperation nicht mehr kümmernd. Es wuchs der Mangel an Arbeitskräften, der Mangel an Bearbeitungskapazität, der den Inflationsdruck steigernde Investitionsappetit; schnell vermehrten sich die Kreditansprüche, und die Geldinstitute stuften diese nach

dem ihrer Rangordnung entsprechenden nächstliegendem Kriterium ein, auf Grundlage der „Kreditfähigkeit“ des Unternehmens, welche selten die volkswirtschaftlichen oder die Wirtschaftszweiginteressen widerspiegelt. Die moderneren Unternehmen erlitten Nachteile gegenüber den zurückgebliebenen, zum Teil wegen der sich aus ihrer höheren organischen Zusammensetzung ergebenden niedrigeren Profitrate, zum Teil deshalb, weil an den technisch zurückgebliebenen Arbeitsplätzen die Löhne besser waren. Allgemein löste sich die Arbeitsdisziplin auf, nicht nur in den Betrieben sondern auch in den Forschungsinstituten, welche ihre Kraftquellen zersplitterten und ihre Forschungen der Nachfrage des Marktes unterordneten. Die technologische Lücke zwischen unserem Vaterland und den entwickelten Industrieländern wuchs, und die voneinander isolierten, beziehungsweise die miteinander wetteifernden Unternehmen waren immer weniger geeignet, den objektiven Anforderungen der modernen technischen Entwicklung zu entsprechen (Vergleiche Ferenc Bíró : Einige aktuelle Fragen der Leitung der Unternehmen des Maschinenbaus in den sozialistischen Ländern. Budapest, 1975, Handschrift – Ungarisch). Und dies, so pflegte man zuzusagen, war nur die Spitze des Eisbergs.

Mangels entsprechender Gegenkräfte beginnt der Markt zu wuchern - so ist seine Natur! - er greift die Planwirtschaft an, entblättert die zarten gemeinschaftlichen Triebe. Die Abgesondertheit privater Interessen erstarkt wieder; neben der verfallenden Leistung steigen die Löhne, der Verbrauch übersteigt die schrumpfende Akkumulation. Das wirtschaftliche Gesicht des Systems nimmt zunehmend die Züge eines eigenartigen Staatskapitalismus an. Bezogen auf Gesellschaften mit sozialistischer Ausrichtung bezeichnet der Begriff „Staatskapitalismus“ im allgemeinen gemischte Besitzverhältnisse: Die dem ausländischen Kapital gegebenen Konzessionen, die Miete staatlicher Betriebe durch privates Kapital usw. ;das ist wiederum die Grundlage jener versteckten „sozialistischen“ Formen der Ausbeutung, welche nicht auf dem Privatbesitz an Produktionsmitteln beruht, sondern mittels der tatsächlichen Verfügung über das (sozialistische) Gemeineigentum dieses dazu benutzen, sich durch Arbeit nicht gedecktes Einkommen und Privilegien (Vorrechte) zu verschaffen. Am Anfang der Übergangsepoche in sozialistischer Richtung ist diese Erscheinung noch vereinzelt, ihr Ertrag ist im allgemeinen nicht beträchtlich, und auf keinen Fall verwandelt sie die wirtschaftliche Struktur der Epoche in eine „staatskapitalistische“ ; aber wenn das Gemeineigentum zum ständigen Vermittler privater Enteignung fremder Arbeit wird, ebenfalls zur Quelle bezogener Mehreinkommen wird für ganze gesellschaftliche Schichten, dann ist die Bezeichnung „Staatskapitalismus“ schon berechtigt – weil jenes im gegebenen Fall darauf hindeutet, dass die vorgerückten bourgeoisen Elemente sich zur Klasse organisieren und den Staat beinahe unbemerkt vor den Karren der „sozialistischen“ Mehrwertenteignung spannen.

Nach dem 20. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion erstarkten in der Mehrheit der sozialistisch genannten Länder stürmisch die staatskapitalistischen Züge der Übergangsepoche, davon abhängig, wie sehr die verheerende Wirkung der Politik Chruschtschows das betreffende Land schädigte. Das charakteristische Beispiel dieses Prozesses ist Ungarn, wo sich konzentriert und anschaulich zeigte, wie sich in der Struktur der Gesellschaft die restaurativen Elemente ansammelten. Die tiefe Krise, welche die 1956er Explosion krönte, konnte man auf Dauer nur auf eine Weise überwinden: Mit einer umfassenden Lösung des Problems der Produktivität; dies hätte die aktive sozialistische Teilnahme der Massen am öffentlichen Leben vorausgesetzt, in erster Linie aber die demokratische Kontrolle der Leiter. Unmittelbar nach 1956 jedoch waren die Massen im allgemeinen feindselig, zu mindestens misstrauisch und ablehnend gegenüber der Macht, und die Kádár-Regierung, welcher die Aufgabe der Konsolidierung zufiel, wusste, dass sie nicht einen einzigen Schritt tun kann, solange es nicht gelingt zu irgend einer Art Übereinstimmung, zu einem Konsens zu gelangen mit den Massen. Man muss spürbar die materiellen Lebensumstände der Bevölkerung verbessern – dies ist das Erste, und die Möglichkeit gaben die hauptsächlich aus den befreundeten Ländern eintreffenden Waren- und Geldunterstützungen, später die aufgenommenen Kredite aus dem Ausland. So wie sich die Lebensbedingungen besserten, war es innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit so, dass die Feindseligkeit in politischen Gleichmut abstumpfte, die Stimmen des Widerstandes leiser wurden. Es schien so als sei zwischen den Gruppen der Gesellschaft mit entgegengesetzter Stimmung die gewünschte Konfliktfreiheit zustande gekommen – nicht zu einer wirklichen Übereinstimmung, eher unter der Losung „Leben und Leben lassen“, dank der gekauften Passivität der sich mit ihrem Privatleben befassenden Massen. Die Regierung stellte die Bevölkerung nicht vor bestimmte Forderungen (obwohl man ohne die Beseitigung der Lockerheit am Arbeitsplatz mit nüchternem Verstand nicht einmal hoffen konnte auf die Lösung des Produktivitätsproblems), die in Frieden gelassenen Massen lärmten nicht, sie mischten sich nicht in öffentliche Angelegenheiten und ließen die Regierung in Frieden. Die eine Seite tat der anderen nichts zuleide, an der Oberfläche war Stille, die Stille eines stinkenden Tümpels. Unsere Heimat verdiente sich von der westlichen Presse das schmückende Attribut „lustigste Baracke des sozialistischen Lagers“.

In diesen verhältnismäßig ruhigen Jahren verwechselte die führende Elite die politische Gleichgültigkeit der Massen mit aktiver Unterstützung der Ordnung („Wer nicht gegen uns ist, ist mit uns“); Kádár selbst konnte mit seiner puritanen, „volksnahen“ Persönlichkeit auf die Sympathie der gewisse materielle Sicherheit genießenden werktätigen Schichten, sogar meistens auch auf die Unterstützung der Marxisten zählen, die - obwohl sie Gegner des gekauften „Konsenses“ und jeder Art Opportunismus waren - trotzdem in Reih und Glied antraten für die Regierungspolitik, nicht

bloß der verinnerlichten Parteidisziplin wegen, sondern hauptsächlich deshalb, weil die Regierung das Gemeineigentum vor restaurativen Angriffen schützte (welches zugleich das Pfand für die sozialistische Entwicklung war und die Quelle der staatskapitalistischen Privilegien). Die von Seiten dieser Marxisten genossene Unterstützung ist schon deshalb der Beachtung wert, weil die Unterstützer die Unterstützten wegen ihrer prinzipienlosen zentristischen Zugeständnisse an rechte Kräfte verurteilten, die Unterstützten wiederum ihre Unterstützer als „linke Dogmatiker“ abstempelten und sie mit den sogenannten „Stalinisten“ in die gemeinsame Schachtel stopften. Schließlich stießen sie sie aus dem öffentlichen Leben, und zeitweise machten sie mit ihnen noch härter kurzen Prozess.

Die zentristische Stille hatte natürlich ihren Preis: Die Kosten des Konsenses verschlangen die Akkumulation, die „in der lustigsten Baracke“ produzierte Produktivität blieb in wachsendem Ausmaße hinter den Einkommen zurück. Die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft verfiel weiter, schon zum Bewahren des Niveaus, zur einfachen Reproduktion, waren ausländische Kredite nötig. Infolge der zwei Ölpreisexplosionen und des Verfalls des internationalen Tauschverhältnisses erschallten bald die Alarmglocken der Finanzen. Die ungarische Führung meinte, dass im Falle der Ölpreise es sich nur um eine vorübergehende Marktschwankung handele, und wenn die Preiswelle vorbei sei, könne alles wieder seinen normalen Gang gehen. Es geschah nicht so. Hinterher natürlich kann man leicht klug sein, um dann festzustellen, dass die damaligen Preisveränderungen Vorboten einer außerordentlich tiefen Krise und der umfassenden strukturellen Erneuerung der kapitalistischen Produktion waren. Aber soviel konnte man wissen, auch ohne die gründliche Kenntnis des Marxismus, dass der Wettbewerb und die unvermeidlichen zeitweiligen Rückfälle das Kapital zur systematischen Erhöhung der Produktivität zwangen; wenn wir also dem Lebensniveau zu Liebe die Produktivität vernachlässigen, dann trifft früher oder später unvermeidlich der Verfall des Tauschverhältnisses ein. Es ist nicht schwer einzusehen, dass unter solchen Umständen die Zukunft nichts anderes bringen kann als Stagnation, sich verengende Reproduktion und schließlich den Zusammenbruch der Wirtschaft.

Wahrscheinlich hätte man doch auch noch im vorletzten Augenblick einen Ausweg finden können: Mit strenger Disziplin und Sparsamkeit, mit zusammengebissenen Zähnen die zum Überleben notwendigen Quellen herauszuwirtschaften. Aber gerade die Politik des „Konsenses“ war der schwerste Schadenverursacher, dass man während Jahrzehnten die Massen für ihre Passivität belohnte, sie praktisch aus dem öffentlichen Leben ausschloss, die sozialistische Demokratie zu einer leeren Phrase degradierte. Diese Ereignisse hatten die unvermeidliche Folge, dass die „Oberen“, die Leiter ohne Massenkontrolle blieben und ungeeignet wurden für die Erfüllung ihrer Aufgaben. Sie wären dazu berufen gewesen, die Lösung des Produktivitätsproblems zu organisieren und zu lenken, die sozialistische Entwicklungsrichtung durchzuset-

zen; jedoch mangels Massenkontrolle – ich zitiere aus der Schrift von György Tenner – schufen sie im großen Ganzen einen einheitlichen Interessenbund, und sie wehrten erfolgreich alles ab, was ihre Vorrechte oder Bequemlichkeit gefährdete. Obgleich die Produktion stockte oder sank, zwang keinerlei politische Kraft diese Gruppen dazu, dass sie ihre Sonderinteressen den allgemeinen Gemeinschaftsinteressen unterordnen; die Machtelite, welche sich aus den einflussreicheren praktischen Leitern der Wirtschaft und der Politik zusammensetzte, „korrigierte den staatlichen Willen zu ihren eigenen Gunsten“. Es ist nicht davon die Rede, dass jedes Mitglied dieser herrschenden Elite verkleinbürgerlichte, Snob, Gewinnstreber geworden wäre. Sie konnten sogar erprobte, überzeugte Revolutionäre sein, die aufrichtig glaubten, dass der von ihnen geführte politische Kurs der zweckmäßigste ist – trotzdem trugen sie entgegen ihrer besten Absicht zur Untergrabung der Ordnung bei, letztlich zu deren Sturz. Nicht die Absicht zählte: Im gegebenen Organ mussten auch die Besten ebenso handeln und sich ebenso betragen, dieselben Methoden anwenden, auch noch in ihren Privatleben denselben Norm-Lebensstil fortsetzen wie die übrigen Mitglieder ihrer gesellschaftlichen Gruppe (wie einst die Bourgeoisie die gestürzte Aristokratie nachmachte, so formte sich das sozialistische Kleinbürgertum seine Verhaltensweisen in Anlehnung an die gestürzte Bourgeoisie); wenn aber der Eine oder Andere unter ihnen, die verhängnisvolle Fehlerhaftigkeit der Politik des gekauften „Konsenses“ erkennend, die Probleme zur Sprache brachte oder einzelne ihrer Schritte kritisierte, wurde er aus den „maßgebenden“ Kreisen herausgekegelt, aus seiner Funktion entfernt. Das Organ zählte, es wählte aus, bog sie für sich zurecht.

Weil das Problem der Produktivität ungelöst blieb, wuchsen die Störungen der Wirtschaft und Versorgung; die offen revisionistische Opposition aber machte - nicht ganz unbegründet - die zentristischen Inhaber der Schlüsselpositionen verantwortlich für den Verfall. Die allgemeine Stimmung garte – und wurde von rechts aufgepeitscht.

Die „Liberalen“ verdrängten die Vertreter des Zentrums aus der Führung. Am Anfang forderte man bloß einen „erneuerten“, „demokratischen“ Sozialismus mit Menschen gesicht, weiter größere Selbständigkeit für die Unternehmen, für den Markt größeren Raum, Sicherheit vor Bürokratie, Korruption und Gesetzlosigkeit. Ihre Forderungen verbanden sie mit der Kritik an den bestehenden Verhältnissen, welche oft berechtigt und erfahrungsmäßig überprüfbar war. Die Krisenzeichen nahmen zu, immer öfter und stärker waren Berufungen auf die Überlegenheit der kapitalistischen Wirtschaft zu hören, während die Kritiker meistens verschwiegen, dass das Kapital seine bewunderten Ergebnisse vermittels Ausplünderung der ärmeren Volksschichten und Länder erreichte.

Die sich neu organisierende Bourgeoisie zeigte mit Fingern auf das Gemeineigentum als die Quelle der wirtschaftlichen Misserfolge, dabei schwieg sie taktvoll über die

kapitalistischen Diskriminierungen und Sabotagen; zäh und methodisch besetzte sie die Presse, die Nervenzentren der Revolution, die Gefühle und Gedanken. So konnte sie auf immer neuen Gebieten ihre restaurativen „Reformen“ verwirklichen: Die sich beschleunigende Ausbreitung des Marktes in der Wirtschaft, die Stärkung der bourgeois Interessenvertretung in der Politik. Neben der durch Rechtsnormen legalisierten Gewinnsucht wurde praktisch auch die Mafia legal, und dieser Prozess erreichte Stufe für Stufe jenen Punkt, wo die Quantität in Qualität umschlägt. Das sich anhäufende Privateigentum schwingt sich aus dem Konsum hinüber in den Umlauf, danach in die Produktion, in herkömmlicher Bedeutung sich in Kapital verwandelnd, vermehrt es sich, nunmehr „verfassungsgemäß“ geheiligt, selbst mit Mehrwertaneignung. Der mehrere Abschnitte umfassende Prozess des Macht- und Systemwechsels erreichte reibungslos das Ziel.

Revolutionäre oder konterrevolutionäre Veränderungen in der Geschichte gehen gewöhnlich so vonstatten, dass eine andere Klasse die Macht der herrschenden Klasse an sich reißt, etliche Male in einem blutigen Bürgerkrieg; die Gewalt ist meistens unvermeidbar, weil herrschende Klassen kaum freiwillig die Macht aus ihren Händen geben. Dieses Mal, in den Gesellschaften mit sozialistischer Richtung (mit Ausnahme Rumäniens) verlief der Machtwechsel der konterrevolutionären Wendungen auf eine andere Art: Ohne größere Zusammenstöße, fast so wie in den parlamentarischen Systemen ein einfacher Regierungswechsel. Nicht eine neue Klasse entriß der alten die Macht, sondern die an der Macht befindliche Klasse selbst, beziehungsweise ihre führende Elite und ihre oberen Schichten, wechselten ihre bisherigen proletarischen Gesichter (oder ihre Masken) in bourgeoise Gesichter, veränderten damit den Charakter der Macht. Wenn wir eine geschichtliche Analogie zu einem Machtwechsel solchen Typs suchen, bietet sich als naheliegende Parallele der frühe italienische Kapitalismus an. Die Besitzer des Handels- und Bankkapitals, aus welchem sich zu einem guten Teil das Bürgertum der italienischen Renaissance zusammensetzte, waren nicht interessiert am Zustandbringen von die Produktionsweise revolutionierenden neuen wirtschaftlichen Formen, eher wollten sie sich in feudale Landbesitzer verwandeln, sich als Aristokratie organisieren oder mit dem alten Adel verschmelzen. Das Sich-Umwandeln des Bürgertums in Venedig, Florenz, Mailand und in anderen italienischen Städten des 16. und 17. Jahrhunderts in die Aristokratie refeudalisierte Italien, führte den in die Richtung des Kapitalismus begonnenen revolutionären Übergang zurück zu feudalen Verhältnissen.

Solcherart Richtungswechsel vollzog sich auch in den einstigen Ländern mit sozialistischer Zielstellung, wo ebenfalls die Änderung des Klassengesichts der die Macht ausübenden Schicht die begonnene revolutionäre Entwicklung zurückdrängte in das Stadium der früheren Formation.

## Wie beurteilen wir in diesem Prozess die Rolle des Verrats?

Ohne Zweifel: Er ist zunehmend wichtig, schließlich war diese Rolle schon einmal entscheidend. Wiederum wäre es ein Fehler, den Fall samt und sonders und in erster Linie der Tätigkeit der Verräter zuzuschreiben. Obgleich Gorbatschow und Chruschtschow das Ihrige taten, steht die Frage doch nicht so, dass, wenn es keine Verräter gäbe, es keinen Fall gäbe. Der Verrat ist nicht aus dem Nichts entstanden: Er war die Folge, bevor er zur Ursache geworden wäre. Die Folge des wirtschaftlichen und moralischen Verfalls der Revolution, des sich in den gesellschaftlichen Verhältnissen und in der Ideologie breitmachenden Privatgeistes; mit einem Wort, dass die Marxisten im Klassenkampf gegenüber dem „sozialistischen“ Kleinbürgertum unterlagen. Wenn es nicht gelingt das Kleinbürgertum, dieses Ungeheuer mit Millionen Köpfen, welches Tag für Tag neu geboren wird aus den Widersprüchen der Übergangszeit, mit alltäglich organisiertem Massenkampf zurückzudrängen, dann spuckt das Privatinteresse aus Millionen Mündern, und der Verrat zerbeißt von innen die auf den Sozialismus ausgerichtete Ordnung, die Revolution, welche während Jahrzehnten mit den unmöglichsten Schwierigkeiten rang.

Fassen wir die wichtigsten Gedanken zusammen.

Wenn die Gesellschaften mit sozialistischer Richtung das Privateigentum auflösen, schaffen sie mit diesem ihren Schritt nur die Grundlagen des Sozialismus, aber den Sozialismus selbst noch nicht; aber solange sie nicht die geerbte Arbeitsteilung und ihren unzertrennlichen Begleiter, die Konkurrenz, aufheben, befinden sie sich nur im Abschnitt des Übergangs, von dort kann der Weg ebenso vorwärts in Richtung Sozialismus führen, wie rückwärts in Richtung Kapitalismus. Die Übergangsgesellschaft, von ihrer wirtschaftlichen Struktur bis zu ihrer Ideologie, durchdringt kreuz und quer die gegenseitige Bedingtheit und den Kampf auf Leben und Tod der kapitalistischen und sozialistischen Elemente. Wer besiegt wen? Die Marktkonkurrenz begünstigt die Stärkeren, die in der Pyramide der Arbeitsteilung die höheren Stufen einnehmen; und wenn diese ungleiche Tendenz nicht zusammenstößt mit organisierten Gegentendenzen, dann reproduziert sie erweitert und erhöht fortlaufend das Übergewicht der oberen Stufen, ihre Möglichkeit, das faktische Recht zur Verfügung über die Produktionsmittel missbrauchend, fremde Arbeit anzueignen. Die Übergangszeit also, deren geschichtliche Aufgabe der Aufbau sozialistischer Verhältnisse ist, bringt ohne Unterbrechung selbst neue und aber neue Keime des aufgelösten Kapitalverhältnisses hervor, die eigennützige Anschauungsweise der entmachteten Bourgeoisie, Elemente ihrer Formen gesellschaftlichen Verhaltens. Die Entwicklung dieser restaurativen

Richtung kann nichts anderes zunichtemachen, die sozialistische Entwicklung kann nichts anderes sichern als der ständige Kampf um die Verteilung nach der Leistung.

Schon früher haben wir die Frage gestellt, aber nicht beantwortet: Wem fällt die Aufgabe zu, den Kampf der Massen zu organisieren und zu leiten? Die spontanen Initiativen der „Unteren“ (es gab sie!) konnten kaum mit Erfolg rechnen, wenn sie nicht die Unterstützung von der Partei bekamen. (Man bringt sie einfach zum Schweigen.) „Im Prinzip“ ist die Partei der Sammelplatz der bewussten, entschlossensten Abteilungen, aber als Teil der Übergangsgesellschaft selbst nicht frei von den teuflischen Versuchungen, und wenn sie der Versuchung nachgibt, was könnte sie zwingen, eine Massenbewegung zu organisieren gegen die auch von ihr selbst genossenen Privilegien?

Ogleich die Frage sich „auf den ersten Blick“ logisch im Kreise dreht, zeigen unsere Forschungen von Anfang an dies, dass es einen Ausbruchspunkt gibt, und wenn wir ihn finden wollen, müssen wir ebendort suchen, wo der fehlerhafte Kreis entstand: Die Übergangsperiode hat eine Doppelnatur: Ihre emanzipatorische Tätigkeit begründet gemeinschaftliche Verhältnisse, die ererbte Arbeitsteilung und die privatemenschlichen Verhältnisse der Konkurrenz; die Erste erweitert mit neuen Massen das revolutionäre Lager, mit dem Gift des „Jeder gegen Jeden“ zerrüttet die Zweite die Revolution. Weiter kompliziert die Sache, dass in der Atmosphäre der Konkurrenz die Emanzipation auch selbst in ihr Gegenteil umschlagen kann: Zur Erleichterung des Lebens der Massen erweitert die Revolution die Erzeugung von Konsumgütern, damit jedoch verstärkt sich auch der Geist des Ergattern („das Sich-Etwas-Verschaffen, Sich-Etwas-Organisieren“), das heißt, der sozialistische Fortschritt stellt sich selbst Hindernisse in seinen Weg. Andererseits geht auch das Umgekehrte vorstatten: Die Machtelite schützt wirklich und unterstützt mit ihrer Propaganda das öffentliche Eigentum, teils aus Überzeugung und Legitimationsgründen, teils als die Quelle der eigenen Vorrechte. (Also: sie unterstützt ihre staatskapitalistischen Bestrebungen auch mit sozialistischen Argumenten, und damit wirbt sie, entgegen ihrer egoistischen Absichten, neue Anhänger und Sympathisanten für die Revolution.) Und diese Vertracktheit ist weiter deklinierbar: Sobald die Anhänger und Sympathisanten aber den immer auffälligeren Konflikt zwischen den verkündeten Ideen und der Wirklichkeit bemerken, wendet sich der große Teil von ihnen enttäuscht ab. Im Gegensatz dazu fordert ein kleiner Teil, der sich als überzeugte Anhänger der Revolution versteht, anschließend Rechenschaft über die fehlende Übereinstimmung von Wort und Tat. Das Wesentliche ist die folgende Einsicht: die Übergangsperiode erzeugt gleichzeitig aus sich selbst heraus zerrüttende Tendenzen, aber auch Gegenkräfte, um den Verfall zu bremsen; die beiden entgegengesetzten Kräfte sind immer gegenwärtig, und ihr Klassenkampf entscheidet – nichts anderes kann entscheiden – das Schicksal der Übergangszeit, ihre sozialistische oder kapitalistisch-restaurative Richtung.

Wer organisiert diesen Kampf? Die Lebensfrage ist: gibt es eine revolutionäre Führung oder keine? Gibt es eine Partei, welche fähig ist, eine abgestimmte Massentätigkeit zu organisieren gegen die notwendigerweise zersetzenden Tendenzen der Arbeitsteilung? Es kann nämlich sein, dass diese die ganze Gesellschaft, die Partei einbegriffen, verseuchen. Die Lösung der widersprüchlichen Aufgabe erfordert offenbar eine starke theoretische und praktische Vorbereitung, maximale Bewusstheit. Ohne diese gibt es keine taugliche Führung, ohne Führung gibt es keinen Massenkampf, ohne Massenkampf aber wird die sozialistische Entwicklung von den aufschießenden Privatinteressen mitgerissen, von den Sturmwinden des Marktes.

Aus Spontanität wird kein Sozialismus, zu den gemeinschaftlichen Verhältnissen führen keine stillen, schattigen Alleen. Die reformistische Losung „Wer nicht gegen uns ist, ist mit uns“, das „friedliche Hineinwachsen“, ist die Erneuerung des modrigen Opportunismus – auf täuschende Weise zeigt er in die Richtung des Sozialismus, in Wirklichkeit lockt er den arglosen Reisenden in den Untergang. Dazu, dass eine Partei die richtige Richtung von der falschen unterscheiden kann, muss sie sich immer im Klaren sein über die Natur des Übergangszeitalters, und sie muss in ihren eigenen Reihen zäh immer wieder aufs neue die Frage „Wer besiegt wen?“ zur positiven Entscheidung bringen.

So ist es nicht geschehen. Aber was geschah, das war nicht der Konkurs des Sozialismus, sondern der kleinbürgerliche Gesichtswechsel der führenden Partei und ihr Waffenstrecken vor der wieder erwachenden Bourgeoisie.

\*

Nach meiner Kenntnis ist die Schrift von György Tenner die erste Arbeit, welche im Lichte der Eigenheiten der Übergangsformation nach meiner Meinung in der einzig möglichen wissenschaftlichen Annäherung die Kádár-Zeit präsentiert: Glaubwürdig und sachlich, so wie es wirklich gewesen ist. Seine Glaubwürdigkeit ist in erster Linie zwei Faktoren zu verdanken: Tenner konnte die Geschichte der Zeit nicht nur in der „Draufsicht“ oder „Untersicht“, sondern in der „Innenansicht“ beobachten. Ungeachtet seiner hohen staatlichen Stellung nahm seine Anschauung keinen Schaden, vielmehr schärfte sich seine proletarische Anschauungsweise sogar. Die direkten Erlebnisse und die ihm bei ihrer Verallgemeinerung leitende Betrachtungsweise – diese Faktoren machen Tenners Schrift zu einem solchen Quellenwerk, welches in unvoreingenommenen Zeiten nach meiner Überzeugung unersetzbar sein wird.

Ogleich die Schrift heimatliche Geschehnisse behandelt, weist sie doch weit über rein ungarische Belange hinaus, sie wirft ein Licht auf die Niederlage der internationalen Arbeiterbewegung, auf die aus der Sowjetunion Chruschtschows in Gang ge-

setzten Prozesse; sie hilft bei der Klärung unserer Vergangenheit, ohne welche es keine ideologische Einheit und Wiedergeburt gibt.

Er macht die Leser bekannt mit konkreten Prozessen und lebendigen Personen, gewissermaßen knüpft er für sie persönliche Bekanntschaft mit ihnen. „Ein spannender Film“ würde ich sagen - wenn ich bloß Zuschauer wäre, nicht aber auch Betroffener dieser Katastrophe.

## **Schlussbemerkung**

Ein wenig verspätet, nach Beendigung der vorstehenden Zeilen, gelangt der Vortrag von Inge Viett in meine Hände, der auf einer antifaschistischen Versammlung gehalten wurde mit dem Titel „Was war die DDR?“ Er erschien im linken deutschen Tageblatt „Junge Welt“ in der Nummer vom 26. Januar 2010. Die Verfasserin, die in den 1980-er Jahren aus der BRD in die DDR emigrierte, machte in vielerlei Hinsicht in Honeckers Deutschland ähnliche Erfahrungen wie György Tenner hier zu Hause. Alle beide beurteilen in überwiegend übereinstimmender Weise den Charakter der Epoche (Es war kein Sozialismus, sondern eine Übergangsformation), und voneinander völlig unabhängig gelangten sie zu übereinstimmenden Schlussfolgerungen. Eine ausführliche Besprechung des Artikels ist hier nicht möglich, aber einige ihrer Gedanken, glaube ich, lohnt es aus mehreren Gesichtspunkten zusammenzufassen. Sie zeugen davon, dass die Beurteilung des untersuchten Zeitabschnitts als Übergangsformation langsam beginnt Wurzeln zu schlagen unter den Marxisten (Obgleich die große Mehrheit auch heute noch sich dagegen sträubt), und dass die von Tenner dargestellten Prozesse inhaltlich international gültig sind.

Was versteht Inge Viett darunter, dass die DDR „Übergangsgesellschaft“ war, ein Hybridgebilde, welches nicht mehr kapitalistisch, und auch noch nicht wirklich sozialistisch war? Unter anderem denkt sie an das Folgende: „Die Lohnarbeit ist übrig geblieben, der Mehrwert aber wurde zum Eigentum der Gesamtgesellschaft“; „die Entfremdung der Arbeit hörte damit nicht auf, aber sie stumpfte sich ab“. Die Bourgeoisie „verlor zwar die Macht, aber ihre Werte, ihre Ideologie, ihre Verbindungen waren noch aktiv“, „die neue Lage der Arbeiterklasse nivellierte die gesellschaftlichen Hierarchien, die Arbeitsteilung jedoch, welche noch nicht aufgehoben war, brachte neue Vorrechte zustande.“ „Obgleich die antagonistischen Klassenwidersprüche liquidiert wurden, gebar die weiterlebende Arbeitsteilung neue Schichten – die miteinander streitenden Schichten der Intelligenz, der Ökonomen, Techniker und Funktionäre.“ Die Interessenunterschiede aber „können sich im Falle der Stagnation der gesellschaftlichen Entwicklung zu Antagonismen verschärfen.“ Und diese Stagnation trat ein. Entscheidender Grund war, „dass die maßgebenden gesellschaftlichen Entscheidungen während 40 Jahren eine kleine führende Gruppe traf“, welche nicht

fähig war, die Produktivität anzuspornen, weil „sie die Arbeiterklasse der Möglichkeit beraubt hat, die Selbstverwaltung zu entfalten“ und die Verantwortung für das Gemeineigentum zu übernehmen.

Obwohl immer wieder neue Kampagnen begannen, um die Teilnahme der Bevölkerung am gesellschaftlichen Leben („Plane mit, arbeite mit, regiere mit“ usw.) zu ermuntern, gab es keine wirkliche Teilnahme. Es geschahen Initiativen zur Geltendmachung der direkten Demokratie. Aber sie konnten sich nur soweit entfalten, dass durch sie die entscheidende Hierarchie nicht verletzt wird. Strategische Entscheidungen diskutierte man nicht öffentlich. So empfanden weder die die Bevölkerung noch die Mehrheit der Mitglieder der führenden Partei Verantwortung dafür, wie sich das Schicksal des Sozialismus im Lande gestaltet.

Inge Viett kann glaubwürdig urteilen, über ihre kommunistische Anschauung besteht kein Zweifel. „Das man nach dem Krieg im östlichen Teil Deutschlands den Kapitalismus beseitigte, war leider nicht das Werk der revolutionären Arbeiterklasse oder einer Massenbewegung.“ „Der Aufbau der neuen Gesellschaft wurde ohne blutige Zusammenstöße durchgesetzt unter ständigem Druck auf eine sich sträubende, vom Faschismus verblendete Bevölkerungsmehrheit, eine Widerstand leistende, enteignete, mit dem kapitalistischen Westen kollaborierende Bourgeoisie - in einem im Kriege niedergehenden, hungernden, die Hoffnung verloren habenden, zurückgebliebenen Land, wo man die Arbeiterbewegung zerschlagen hatte, die Bevölkerung demoralisiert und zum Teil feindselig war, die einheitliche Front des Kapitalismus vor der Haustür, und ein Atomkrieg drohte. In diesem Licht muss man die nach dem Krieg unternommenen riesigen Anstrengungen und die außerordentlichen Ergebnisse des sozialistischen Aufbaus ermessen.“ „Wer sagt, dass die DDR eine Mangelwirtschaft war, der hat sich in der Welt nicht umgesehen, und misst mit dem Maße der kapitalistischen Verschwendung, ohne von den Weltausmaßen des Mangels Kenntnis zu nehmen, und den von der Verschwendung hervorgerufenen unermesslichen Schäden.“ Alles zusammengenommen viel wichtiger als die unangenehmen und problematischen Erscheinungen sind die sich entfaltenden Ergebnisse der Solidarität. Deshalb fühlen die Bewohner Ostdeutschlands Zuneigung für die DDR.

Die Feststellungen der deutschen Verfasserin sind nicht Eins zu Eins auf Ungarn anwendbar. Auf jeden Fall lohnt es sich darüber nachzudenken.

Ervin Rozsnyai

## **György Tenner: Die Stolpersteine der Kádár-Zeit (1956-1989)**

In dieser kurzen Studie unternehme ich den Versuch, meine persönlichen Erfahrungen und direkten Informationen über die politische und wirtschaftspolitische Arbeitsweise zur Kádár-Zeit zusammenzufassen. Auch strebe ich danach - innerhalb meiner begrenzten Kenntnisse und Fähigkeiten - allgemeine Schlussfolgerungen zu ziehen. Wenn auch nicht in anderer Hinsicht, so hoffe ich doch hier darauf, dass es mir vielleicht gelingt, sinnvolle, auf Antwort wartende Fragen zu stellen.

\*

Stalins Tod erschütterte mich, die 1956 gehaltene Rede Chruschtschows überraschte mich, die Auflösung der PdUW und die Gründung der USAP verletzten mich tief.

Drei-vier Tage vor der Bekanntgabe von Stalins Tod erschienen Meldungen über seine Krankheit. Als er starb, bezeichnete eine ärztliche Mitteilung Herzmuskelinfarkt als den Grund des Todes. (Damals hörte ich zum ersten Male in meinem Leben dieses Wort. Bis dahin hatte ich nur von Herzanfall, Herzthrombose, Herzschlag gehört. Seitdem erweckte das Infarkt-Wort in mir Beklemmung, aber nach dem vierten eigenen konnte ich mich schon daran gewöhnen.) Als ich am Abend nach Hause kam, fragte mich meine Mutter: „Was wird nun geschehen?“ Ich konnte nur soviel sagen, „dass irgendjemand oder vielleicht ein Gremium seinen Platz einnehmen wird, und wir so weitermachen wie bisher.“ Danach wurde die Aufmerksamkeit durch die Bilder des Begräbnisses in andere Richtung abgelenkt, der Abschied Hunderttausender vielleicht von Millionen, die den Aufgebahrten noch einmal sehen wollten, das Begräbnis selbst, die mächtige militärische Prachtentfaltung, die mich seltsam anmutende griechisch-orthodoxe Tradition des offenen Sarges.

Nach Stalins Tod trat dann das Triumvirat Chruschtschow-Malenkow-Bulganin hervor.

Nicht ganz drei Jahre nach Stalins Tod – im Februar 1956 – hielt Chruschtschow die „geheime“ Rede, deren vollen Wortlaut die Weltpresse sofort mitteilte. Nicht viel später wurde sie auf allen Mitgliederversammlungen der Partei vorgelesen. Über die Bestürzung der Zuhörenden hinaus überraschte in der Rede der unbarmherzig höhnische Tonfall und ihre vollkommene Einseitigkeit. Mit keinem einzigen Wort wurden Stalins Verdienste erwähnt. Demgegenüber konnte man beschämende Bemerkungen lesen zum Beispiel über Woroschilow („Schaut mal, Genossen, hier sitzt er wie je-

mand, der eins auf den Schädel bekommen hat.“) und andere. Und dies sagte Chruschtschow so (!), welcher seit 1939 Mitglied der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion war, der sich offenbar als hingebungsvoller Anhänger Stalins ausgab und auch selbst Mitbeteiligter war (Mitbeteiligter sein musste!) an allen von ihm angeführten Fehlern. Das Auftreten Chruschtschows hielt ich einfach für unanständig.

Damals fünfundzwanzigjährig und noch viele, viele Jahre später konnte ich meine Abneigung nicht ausdrücken. Die Literatur nach Stalins Tod beeindruckte mich (Ehrenburg: „Taufwetter“, Rybakow: „Die Kinder des Arbat“ usw. Aber nicht weniger beeindruckten mich die vom Großen Vaterländischen Krieg handelnden Werke, die Trilogie Simonows, Beks Roman: „Die Wolokolamsker Chaussee“. Heute (leider recht spät) bin ich mir darüber im Klaren, dass das Durchfallen des großen und erfolgreichen Versuches des Sozialismus damit begann, dass Chruschtschow und seine Anhänger Stalins vermutete oder tatsächliche Fehler (die geschichtlichen Umstände beinahe völlig außer Acht lassend mit Übertreibungen, Fälschungen) kriminalisierten. Damit griffen sie den Marxismus- Leninismus, seine humanste, demokratischste Idee, die moralischen Grundlagen des Kommunismus an.

Mit der Vereinigung der zwei großen Arbeiterparteien, der Ungarischen Kommunistischen Partei (UKP) und der Sozialdemokratischen Partei (SP) entstand im Jahre 1948 die Partei der Ungarischen Werktätigen (PdUW), deren Mitglied ich 1947 als 16-jähriger wurde. Ende Oktober 1956 löste man die PdUW auf. An ihre Stelle setzte man die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (USAP). Die Parteiauflösung hat mich tief empört. Ich hielt es für unverzeihlich, dass man die gesamte Millionen zählende Mitgliedschaft der PdUW mit den vermuteten oder tatsächlichen Fehlern, Verbrechen der Rákosi-Periode identifizierte. Eigentlich verneinte man damit den Wiederaufbau, die Ergebnisse von geschichtlichen Ausmaßen der mächtigen gesellschaftlichen Umgestaltung. Gerade jene taten dies, die mitbeteiligt waren an Fehlern und Verbrechen wie zum Beispiel János Kádár, der zwischen 1948 und 1950 in der Zeit des Rajk-Prozesses Innenminister war. Ich habe noch die Großkundgebung vor Augen, auf welcher Rákosi von „seinen schlaflosen Nächten“ sprach, die „Wachsamkeit der Sicherheitsorgane“ lobte. Die Masse aber ließ Kádár im Takt hochleben. Auf mich bezogen hielt ich die Auflösung der PdUW für eine Beleidigung. Wahrscheinlich bat ich deshalb nicht um meine Aufnahme in die USAP.

Nach meinem Gefühl starb Kádár, als er am 12. April 1989 seine letzte Rede auf der Sitzung des ZK hielt. Bereits am folgenden Tage hatte ich Gelegenheit, die Tonaufnahme zu hören. Mir wurde es eng ums Herz. Der kranke alte Mann, schon nicht mehr fähig, seine Gedanken zu beherrschen, rang mit den schweren und unlösbaren Widersprüchen seines Lebens vor einer teilnahmslosen, stummen, gleichgültigen

Zuhörerschaft. Zwei Monate später, am 6. Juli, starb János Kádár, am 14. Juli begruben wir ihn. Zusammen mit Zehntausenden verabschiedete ich mich von ihm an der Bahre und begleitete ihn auf seinem letzten Weg zum Friedhof. Nyers hielt eine „maßvolle“ Rede. Beschämender, schrecklicher Epilog: Die das finsterste Mittelalter heraufbeschwörende Verwüstung seines Grabes. Der sowjetischen Führung, obgleich sie ihn an die Spitze des Landes stellte, „schwebte“ trotzdem eine Zeit lang die Rückkehr von Rákosi vor Augen. Sehr wahrscheinlich ist, dass mindestens bis zum Anfang der sechziger Jahre seine Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt waren. Allgemein bekannt ist sein gutes Verhältnis zu Chruschtschow. Ganz sicher hat jedoch seine Position die kurze Stellungnahme geschwächt, die er auf dem Westbahnhof zum Zeitpunkt der Ablösung Chruschtschows machte.

Die 1957-er Parlamentsrede von Révai nicht mitgezählt, traf Kádár 1962 der erste Angriff. Marosán wollte erreichen, dass Kádár und „die alte Garnitur“ abtreten und ihren Platz jenen Jungen übergeben, die eine „makellose“ Vergangenheit haben. Ich habe mich mehrmals mit Marosán unterhalten - was nur soviel bedeutete, dass er ohne Unterbrechung sprach, manchmal fragte er mich: „Verstehen Sie ...?“ und setzte fort. Er war ein Mensch mit verletztem Ehrgefühl. Er konnte es nicht überwinden, dass er erst im Jahre 1956 freikam, obwohl fast jeder, darunter auch Kádár, bereits im Jahre 1954 wieder frei war. (Eigentlich muss man hier noch die 1962-er Boldóczy-Affäre erwähnen: Der frühere Außenminister, damals schon Moskauer Botschafter, blieb in „geheimem“ Kontakt mit dem sich in Moskau aufhaltenden Rákosi. Als dies herauskam, verbannte man ihn nach Kirgisien unter unwürdigen Umständen. Ich denke, auf ungarische Bitte hin.)

Als Kádár 60 wurde, im Jahre 1972, begann sich eine Gruppe von Mitgliedern des ZK in ernsthafter Form zu organisieren mit der Begründung, dass man eine organisatorische und politische Planung, Schritte entwickeln müsse für den Fall, dass „der Alte“ in Rente geht. Wenn ich mich gut erinnere, gehörten dieser Gruppe Biszku, Pullai, Komócsin, Berecz, Grósz und noch andere an. Kádár hatte überhaupt nicht im Sinn, sich zurückzuziehen. „Die Verschwörer“ räumte er aus dem Weg. Mit Sicherheit weiß ich, dass er Grósz verzieh, weil er ihm über die Vorbereitungen informierte. Beziehungsweise - wie der Alte formulierte - „er wurde kein Verräter“. Ab der zweiten Hälfte der 60-er Jahre erreichten ihn ständig Kritiken, nicht nur von Seiten sowjetischer, sondern auch von Seiten anderer sozialistischer Leiter (Honecker, Husak).

In dieser Schrift, mehr als 20 Jahre nach dem Tode Kádárs und der seinen Namen tragenden Periode, versuche ich meine Erfahrungen zusammen zu fassen – jetzt, da sich im - in die Reihe mit Halbkolonien gestoßenen - Ungarn die faschistische Ordnung entfaltet, sich die „Wolfsgedanken“ in „materielle Kraft“ verwandeln, die Irre-

führung der Massen und die Folgen der Verdummung sich dem tragischen Ausgang nähern.

A.) János Kádár war ein „Schwerstarbeiter der Kompromisse“, alle seine Gesten und Entschlüsse, seine Schritte in der Wirtschaftspolitik waren darauf gerichtet, wenigstens an der Oberfläche den sogenannten gesellschaftlichen Frieden - „die Ruhe“ - zu sichern. Diesen äußerlich störungsfreien Zustand erkaufte Kádár mit einem solchen Lebensstandard, welcher zwar bescheiden war, aber dennoch der breiten Bevölkerung die Existenzsicherheit gewährte. Er verbesserte sich auch kontinuierlich ein wenig. Nur die Forderung nach höherer Arbeitsleistung war damit nicht verbunden. Offensichtlich konnte man den Preis für diesen Zustand nur mit Hilfe ausländischer Kredite abgelten.

B.) Die schwerste und im alltäglichen Leben spürbarste Erscheinung war das Stagnieren der wirtschaftlichen Effizienz, ihr wachsender Verfall. Die Investitionen machten jahraus jahrein einen immer kleineren Teil der Verwendung des Nationaleinkommens aus, ja es gab Jahre, in denen sich selbst das absolute Ausmaß der Akkumulationsrate verringerte. Das Verfallen, die Alterung der produktiven Fonds (Maschinen und Einrichtungen) erreichten ihren Höhepunkt mit der äußeren Verschuldung. Der Ausfall von Erneuerungen, notwendiger Austausch, technischer Entwicklungen schufen eine immer unhaltbarere Situation und lasteten eigentlich als innere Schuld auf dem Land.

C.) Im zur Verwirklichung des Sozialismus führenden Umwandlungsprozess, welcher ein ganzes geschichtliches Zeitalter umfasst, trat ein verhängnisvoller Bruch ein. Die Übernahme der Produktionsmittel in Gemeineigentum, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, wurde in Form der Verstaatlichung und Vergenossenschaftlichung verwirklicht. Aber die Entwicklung führte nicht in Richtung der Vergesellschaftung. Eine enge Elite ( bestehend aus den Leitern der bedeutenderen staatlichen Unternehmen und der Staatsgüter beziehungsweise großen landwirtschaftlichen Genossenschaften, aus den Bezirksparteisekretären und Ratsvorsitzenden, und einer Gruppe, die sich aus verschiedenen leitenden staatlichen Funktionären zusammensetzte) riss das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel an sich. Ihren inneren Konflikten zum Trotz bildete sie eine einheitliche Clique um das Zentralkomitee der Partei unterzukriegen, den staatlichen Willen zu ihren Gunsten zu korrigieren. Als die ausländischen Quellen sichtbar versiegt, konnte man die innere Verschuldung nicht weiter anhäufen, die im freien Fall befindliche ungarische Wirtschaft und die sich verbürgerlichende Gesellschaft, die nie mit den Anforderungen der sozialistischen Entwicklung konfrontiert wurden, das versteht sich von selbst, trieben hilflos ohne Steuermann auf die Krise zu. Die an das behagliche Leben ohne Anforderungen gewöhnte (oder grob gesagt: so rein gerutschte) Partei- und Staatsführung, nicht minder im weitesten Sinne

die Wirtschaftsleitung (oder wenigstens ihr überwiegender Teil) (1)<sup>1</sup> wollten nicht, beziehungsweise waren unfähig, überhaupt zu erkennen, was zu tun nötig war.

D.) Es ist meine entschiedene Überzeugung, dass das mit den Namen Chruschtschow, Gorbatschow, Jelzin, beziehungsweise Imre Nagy, Kádár, Grósz, Németh verbundene Geschehen beziehungsweise ihre tragischen Folgen auf keinen Fall eine Absage an die Notwendigkeit des Sozialismus bedeuten. Es ist nur davon die Rede, dass in der zum Sozialismus führenden Übergangsperiode von Schritten geschichtlichen Ausmaßes infolge von Mangel an festen Grundsätzen, Opportunismus, Verrat, die Gesellschaft, wir können auch sagen die Menschheit, vom Wege abgekommen ist. Dies geschah nicht zum ersten Male, und es wird auch nicht zum letzten Male in der Geschichte vorkommen. Wie schwer auch unsere Lage ist, noch schwerer wird, was uns bevorsteht. Um so sicherer ist: zum endgültigen Untergang der Menschheit existiert nur eine einzige Alternative: der Sozialismus, der Kommunismus.

## 1. Die Wirtschaftspolitik

Anfang der 1960-er Jahre konnte man die Zunahme der wirtschaftlichen Schwierigkeiten erfahren. In der sozialistischen Industrie überholten Löhne und Einkommen das Wachstum der Produktivität. Zur selben Zeit erörterten gewisse Kreise der Gewerkschaften und der Partei vor einer breiten Öffentlichkeit den Unterschied in der Höhe des Lebensstandards zwischen den Bauern und der Arbeiterklasse. Die politische Atmosphäre wurde gereizt. Parallel dazu verschlechterte sich die industrielle Leistung des Landes. Die Lebensmittelversorgung, verglichen mit den übrigen sozialistischen Ländern, konnte man als gut einschätzen, aber was das Angebot an Industrieartikeln betrifft, überholten uns die Tschechoslowakei, die DDR und vor allem Jugoslawien. Während die Ressourcen anwuchsen, zeigte sich parallel dazu mit wechselnder Intensität Warenmangel. Auch im Wohnungsbau waren wir nicht gut. Damals formulierte man dies so: „Die Reserven für das System der zentralen Planungsanweisung haben sich erschöpft.“ (2)

Die auf die Schwierigkeiten gegebenen Antworten, die sich ad hoc gestaltenden gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen erwiesen sich als ungeeignet. Es wurden nicht einmal blasse Versuche unternommen, den theoretischen Hintergrund der Probleme aufzuklären. Die mittelfristigen Auswirkungen der zu ihrer Lösung getroffenen Maßnahmen analysierte man ebenfalls nicht. Wenn wir es hart formulieren, müssen wir feststellen: Ab 1953 entfernte sich die Politik, insbesondere die

---

<sup>1</sup> Die Anmerkungen findet Ihr am Ende des Textes ab Seite 82

Wirtschaftspolitik, beschleunigt von den wissenschaftlichen, theoretischen Grundlagen, ein instinktives, unkontrolliertes Sich-Treiben-Lassen war charakteristisch.

Der nach Stalins Tod hervortretende Imre Nagy und sein Programm stellten mit der Begründung, früher begangene Fehler zu berichtigen, die Verbesserung des Angebotes von Konsumgütern in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik. (Infolge der 1952-er Fünfjahresplanerhöhung verschlechterte sich die Versorgung der Bevölkerung spürbar, es herrschte ein ganz allgemeiner Warenmangel, leider auch in Hinblick auf die Grundnahrungsmittel. Wegen des schnellen Anstieges der Preise des freien Marktes war das Maß der Minderung des Lebensniveaus im zweistelligen Prozentbereich. Dem musste abgeholfen werden.) Eine schlechte Antwort war jedoch, dass man eine Art Gegnerschaft zur Schwerindustrie entstehen ließ und diejenigen hart kritisierte, welche damit nicht einverstanden waren. Auf der zeitgenössischen Titelseite von „Szabad Nép“ (Freies Volk) erschienen mit Fotos illustrierte begeisterte Artikel darüber, wie man in Csepel, in Diósgyőr (*in Hüttenwerken, E.Ko.*) Kanapees herstellt.

Bis 1955 - nach der Ablösung von Imre Nagy - wurde diese Propaganda beendet, und eigentlich trat nichts an ihre Stelle. An der Erörterung des Volkswirtschaftsplanes für 1957 (in den Monaten August und September) nahm ich schon selbst teil, und ich machte die Erfahrung, dass man darauf drang, die Produktion der Leichtindustrie, Auswahl und Menge industrieller Dienstleistungen, stark zu erhöhen.

Im großen und ganzen verkündete auch Chruschtschow eine ähnliche Wirtschaftspolitik. Er verneinte das Primat der Produktion von Produktionsmitteln, obwohl die Ergebnisse der Wirtschaftsentwicklung der Sowjetunion die Richtigkeit diese Rangordnung vielmals bestätigten. Gerade sie war das Pfand für das unglaublich schnelle Aufholen des zurückgebliebenen Zarenrußlands bis zum Sieg der UdSSR im II. Weltkrieg. Für die Gegenprobe steht die Tatsache, dass nach Stalins Tod, als man den Vorrang der Entwicklung der Schwerindustrie beseitigte, für die spätere Sowjetunion die Stagnation charakteristisch war.

Die auf 1956 folgende Konsolidierung hatte das grundlegende gesellschafts- und wirtschaftspolitische Ziel, die Lebensmittelversorgung zu verbessern. Ein Teil der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften löste sich auf, ein anderer übriggebliebener Teil fristete mehr oder minder gelähmt sein Dasein. Gleichzeitig wuchs die Kaufkraft der Bevölkerung infolge der völlig unbegründeten Lohnerhöhungen vom Dezember 1956 und Januar 1957. Die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion wurde zur Schlüsselfrage. Zum Teil auf der Basis der übriggebliebenen Genossenschaften begann Ende der 50-er Jahre die Kollektivierung von neuem, die bis 1961 praktisch auch vollendet wurde. Von den Grundsätzen Lenins (Freiwilligkeit, Stufenfolge, staatliche Unterstützung) wurde in der Wirklichkeit nur der dritte durchgesetzt, die großmütige staatliche Unterstützung, offen und ausgeprägt.

Gegen Ende der 60-er Jahre erstarkten die Genossenschaften, und was ihren Charakter betrifft, machten sie strukturelle Veränderungen durch. Die frühere strenge Begrenzung der individuellen Hauswirtschaft wurde gemildert. Andererseits wurde die individuelle Hauswirtschaft auf jede mögliche Weise durch die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft unterstützt. Die Genossenschaften stellten extra sogenannte Hauswirtschaftsagronomen an und organisierten die Versorgung der Hauswirtschaften mit Saatgut, Zuchttieren, Kunstdünger und Futter, beziehungsweise den Verkauf der Produkte. Mit der grenzenlosen Unterstützung der Hauswirtschaften förderte die Agrarpolitik eigentlich die „Wiederverkleinbürgerlichung“ der Bauernschaft. Die ungarische Landwirtschaft war „sozialistisch“ in der Bedeutung, dass die Bodenfläche sich überwiegend im Besitz der Produktionsgenossenschaft befand. Wenn wir jedoch die Produktion, den Ausstoß in Betracht ziehen, erzeugten die Hauswirtschaften beinahe die Hälfte der landwirtschaftlichen Produktion. Was die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft betrifft, wurde sie nur zur Hälfte verwirklicht. Es ist unbezweifelbar, dass zwischen „gemeinsamen“ und „individuellen“ Wirtschaften eine Wechselbeziehung bestand, die Einen waren ohne die Anderen nicht lebensfähig. Im Laufe der Zeit gründeten die Genossenschaften Nebenbetriebzweige in großer Zahl, in welchen industrielle Produktion stattfand. Die so erzielten Einkommen finanzierten zum Teil die Verluste in der Produktion der landwirtschaftlichen Großbetriebe. Die Einkünfte der Bauernschaft wuchsen bedeutend, so sehr, dass sie damit Aufsehen und Anstoß erregte. Der Prestigeverbrauch in diesen Kreisen wurde allgemein (mehrstöckige „Paläste“, auffallend teure Einzäunungen, Familienkrypten). Es öffnete sich die Schere auf der einen Seite zwischen Löhnen und Gehältern - und den bäuerlichen Einkünften auf der anderen Seite. Das Lebensniveau der Arbeiter und Angestellten blieb immer mehr hinter dem der Bauernschaft zurück.

## **2. Der wirtschaftliche Mechanismus**

Mit dem Gedanken der Reform des wirtschaftlichen Mechanismus trat Rezsö Nyers hervor, welcher zu jener Zeit Vorsitzender des SZÖVOSZ (Landesrat der Verbrauchergenossenschaften) war. Das Wesentliche der Reform war, wie ich es damals für mich formulierte: „Zukünftig die Verwirklichung der Ziele des Volkswirtschaftsplanes nicht mit direkten Planungsanweisungen zu sichern, sondern durch das Gewinninteresse, mittels kombinierter Anwendung der volkswirtschaftlichen Regulatoren und der Wirkungen des Marktes. Das Ausmaß der Regulierung aber muss den Planungszielen entsprechend kalibriert werden.“ Dies erschien so einfach, und vielleicht auch glaubhaft, die Zustimmung in der Öffentlichkeit war beinahe übereinstimmend respektive fand in begeisterter Unterstützung ihren Ausdruck. Skeptische Meinungen wurden nur im engen Freundeskreis und im Privatverkehr hörbar. Die Reformvorstellungen trafen auf die scharfe Kritik sowohl der Sowjetunion als auch einzelner sozia-

listischer Länder (DDR, Bulgarien). Nach den 68-er tschechoslowakischen Ereignissen kam der Reformprozess praktisch zum Stillstand. Vorbereitende weitere Schritte zur Verwirklichung der Reform (die Preis-, Lohn-, und Steuerreform) unterblieben.

Als man die Reform verkündete, war ein Argument, dass jetzt endlich das endlose Feilschen beim Aushandeln der Planung ein Ende findet. Aber sehr bald musste man die Erfahrung machen, dass das Feilschen um die Planung abgelöst wurde vom Feilschen um die Ausmaße der Regulatoren und ihre Methoden, wobei die wirtschaftsleitenden beziehungsweise die zentralen Planungsorgane regelmäßig unterlagen. Erst viele Jahre später verstand ich den Begriff „maßgebende öffentliche Meinung“: So nannte ich in meiner hier folgenden Schrift „Beitrag ...“ jene Schicht, welche die wirtschaftlichen und politischen Schlüsselpositionen in solchem Ausmaß in den Händen hält, dass von ihrem Verhalten das Gebiet, ja das ganze Land betreffend eigentlich alles abhängt. Diese mehr oder weniger einheitliche „öffentliche Meinung“ bildete ein Interessenbündnis, welches sich aus den Leitern der Partei im Komitat, den Leitern staatlicher Organe, den die Interessen verschiedener Zweige verkörpernden oberen Leitern (Generaldirektoren industrieller und landwirtschaftlicher Großbetriebe beziehungsweise ihren Vorsitzenden) zusammensetzte.

### **3. Die vom Anfang bis zur Mitte der 70er Jahre entstandenen gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse**

Nach meinen Erfahrungen hat die einflussreichste Schicht der wirtschaftlichen, staatlichen, massenorganisations- und Parteileiter, die „maßgebende öffentliche Meinung“, den Vorteil ihrer Position missbrauchend die Sonderinteressen einzelner Zweige, Unternehmen, Gruppen, letzten Endes ihre eigenen Privatinteressen auf Kosten des gesellschaftlichen Gesamtinteresses zur Geltung gebracht. (Zum Beispiel so, dass im Verlaufe des Aushandelns des normativen Systems der Planwirtschaft unter Ausnutzung ihrer Beziehungen und der für sie günstigen Kräfteverhältnisse Einkommen, die eigentlich in den Staatshaushalt gehören würden, in Unternehmenseinkommen umgewandelt wurden.) Die sich Zankenden schlossen sich in Cliques und Lobbys zusammen, um einen größeren Anteil für sich herauszureißen aus dem von den direkten Produzenten mit in Gemeineigentum befindlichen Produktionsmitteln erzeugten Einkommen. Eigentlich war das eine Keimform der Ausbeutung, die eigentümliche, verschleierte Art der Aneignung fremder Arbeit, welche sich nicht auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln gründet, sondern auf die tatsächliche praktische Verfügung über die Produktionsmittel im Staatsbesitz. Das Staatseigentum wurde zum Teil - der Tendenz nach in wachsendem Maße - zu einer Art rechtlicher „spanischen Wand“. Hinter ihr vollzog sich die Aufteilung eines Teiles der von den direkten Produzenten hergestellten Werte zwischen „intimen Insidern“.

Diese vermittels des Staatseigentums absolvierte versteckte Ausbeutung macht nicht sofort Schluss mit der Entwicklung in sozialistischer Richtung. Aber von Anfang an zeigten sich in ihr staatskapitalistische Tendenzen, dann später, es fehlte jeglicher Widerstand, verdrängten sie Schritt für Schritt die sozialistischen Elemente der Übergangsperiode, und unrettbar endete sie mit der Wiederherstellung der Herrschaft des Kapitals. (Ich möchte betonen: In diesem und nur in diesem Zusammenhang halte ich die Anwendung des Begriffs „Staatskapitalismus“ in der Übergangsepoche für die in hundert Prozent staatlichem Eigentum produzierenden Einheiten für berechtigt. Im ganzen genommen ist die Epoche keinesfalls als „Staatskapitalismus“, ebenso wenig als „Staatssozialismus“ zu qualifizieren - wenn man dies trotzdem tut, dann um die wirtschaftliche und gesellschaftliche leitende Rolle des Staates für den Zusammenbruch verantwortlich zu machen und um für die anarchistischen Varianten der „Selbstverwaltung“ als alleinig selig machende, in Wahrheit aber rein kleinbürgerliche Varianten des Sozialismus Reklame zu machen – Wolkenkuckucksheime, die niemals real d können.)

Der andere damit zusammenhängende Zug lässt sich mit dem die Reproduktion der Arbeitskraft nicht mehr garantierenden Lohnniveau festmachen, zumal die produktive Sphäre die Sorge für die Sicherung des dafür notwendigen Einkommensniveaus auf das komplizierte, vielstufige System der Unterstützungsleistungen des Staatshaushalts überträgt. Wegen des niedrigen Lohnniveaus mussten Preisunterstützungen gewährt werden für grundlegende Verbrauchsartikel, Wohnung, Haushaltsenergie usw. Das niedrige Lohnniveau schließt praktisch die Geltendmachung des Prinzips der Verteilung nach der Arbeit aus, weil die Einkommensdifferenzierung entsprechend der Menge und der Qualität der vollendeten Arbeit unter solchen Umständen unmöglich ist.

Die große Industrialisierung der fünfziger Jahre löste die industrielle Reservearmee auf. Sie beendete auch die verhüllte Arbeitslosigkeit unter der Landbevölkerung. Der Arbeitskräftemangel war charakteristisch für das gesamte Wirtschaftssystem fast im gesamten Zeitabschnitt seiner Geschichte. Der Arbeitskräftemangel und der niedrige Wirkungsgrad des Gebrauchs der beschäftigten Arbeitskraft wurde zu einem einander verstärkenden Prozess. Die Arbeitsmoral, die Arbeitsdisziplin lockerten sich und waren unbehandelbar. Die bewusste Haltung des Arbeiters für den Sozialismus war nur noch schwach. Das niedrige Niveau der Arbeitsverrichtung wurde allseits schweigend akzeptiert.

Der Übergang vom Kapitalismus in den Sozialismus vollzieht sich innerhalb eines langen geschichtlichen Zeitraumes, welcher vom Erwerb der Macht bis zur Schaffung der sozialistischen Produktionsverhältnisse dauert, der Klassenkampf hört nicht auf, sondern er setzt sich fort inmitten neuer Umstände, an vielen Fronten in sich zuspit-

zenden Formen. Die fortbestehenden Waren- und Geldverhältnisse und die mit ihnen zusammenhängenden Ungleichheiten „gebären von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde den Kapitalismus“, und es ist im Vorhinein die Frage nicht entschieden: Wer besiegt wen?

Nach dem Jahr der revolutionären Umgestaltung (1948) erreichten die aufeinander folgenden Verstaatlichungen auch die Einzelkapitalisten, die Kleingewerbetreibenden und die Kleinhändler. Von Seiten der USA und Großbritanniens drohte ein neuer Weltkrieg. Von 1951/52 an zwangen die Ereignisse die sozialistischen Länder, auch unsere Heimat, zur Aufrüstung und zur forcierten, beschleunigten Industrialisierung. Die Regierung war gezwungen, das Fünfjahresplansoll der Schwerindustrie zu erhöhen, was den Absturz des Lebensniveaus verursachte und die Einführung des Lebensmittelkartensystems unvermeidlich machte. Der parallel zum Kartensystem entstandene Schwarzhandel quirlte die vom Mangel verursachten inflationären Prozesse auf. Die abschreckende Wirkung mit drakonischer Strenge gefällter Urteile (zuweilen Todesurteile) wiederum reichte nicht aus, weil sie die Ursache der Missbräuche, den Warenmangel, nicht behob.

Nach Stalins Tod gewann die Konzeption des Imre Nagy (die Abschaffung der Pflichtablieferung, die hier offene, da verhüllte Schwerindustrie Feindlichkeit, die Erhöhung des Verbrauchs auf Kosten der Akkumulation) in den Jahren nach 1956 die Oberhand. Der vom Kapitalismus zum Sozialismus führende Übergang verwandelte sich zu dieser Zeit in das Gegenteil, steuerte auf die eigentümliche Restauration des Kapitalismus zu.

Die direkten Lenker der Wirtschaft erkannten früh diese Lage, und darauf schnitten sie ihre Strategie und Taktik zu. Sie erkannten, dass János Kádár und hinterdrein die gesamte Parteileitung unbedingt an der Vermeidung, Abwehr von Widersprüchen und scharfen Konflikten interessiert waren. Dieses Bedürfnis wurde durch Abmachungen mit den oberen Parteiorganen beziehungsweise mit ihren Leitern und mittels Schutz- und Trutzbündnissen befriedigt.

Natürlich gab es auch solche, die sich ihre eigene Rolle, ihre Aufgaben anders vorstellten, in denen das Bewusstsein ihres Berufes und die politische Verpflichtung nicht ausgestorben waren. Diese Persönlichkeiten jedoch wurden vom System „zermahlen“. Ich hatte das Glück, viele freundschaftliche Gespräche mit dem einstigen Generaldirektor des Unternehmens Medicor, István Martos, zu führen. Er bekannte sich zur wirtschaftlichen Rationalität, zum unbedingten Primat einer wirksamen Betätigung des Unternehmens. Und wenn er die entgegengesetzte Erfahrung machte, diskutierte er hart in beide Richtungen (nach oben und auch nach unten), versuchte er Widerstand zu leisten. Aber schließlich musste auch er nachgeben, die Macht der Umstände erwies sich immer als stärker. Martos wurde zur gerade noch geduldeten

Person. (Seine Chefs hielten ihn sich für ein Komissbrot, sie zeichneten ihn nicht aus, er erhielt keine moralische und materielle Anerkennung, welche andere mit viel weniger Arbeit, viel weniger Ergebnissen leicht erhielten.) Ähnlich war auch die Lage für den Leiter der Arzneimittelfabrik Egisz, Generaldirektor István Orbán, den am auf seine Pensionierung folgenden Tage der Infarkt wegtrug. Mátyás Timár, der Präsident der Ungarischen Nationalbank, blieb, nachdem er auf dem Kongress der Partei das Wort ergriff und die Verschuldungspolitik mit harten Worten kritisierte, draußen vor der Tür des Zentralkomitees und auch der wirtschaftspolitischen Kommission der Partei. Ein engagierter und redlich denkender Mann war auch Attila Madarassy, „ewiger“ Staatssekretär des Finanzministeriums, seine Prinzipientreue war der Grund dafür, dass er nie Minister werden konnte. Und viele andere. Und natürlich traf ich sehr oft solche, die sich entweder ihrer Unwissenheit oder ihrer Prinzipienlosigkeit wegen bemühten, sich der Elite anzudienen. Die Lage selbst war ihnen gleichgültig. Ihr persönliches Wohlergehen nicht: sie gingen jagen, erwarben sich einen Tennisarm, sie skateten und tranken, sie sorgten für die Wiederbelebung der Haltung und der Lebensart der einstigen Herrenklasse. Ich halte dafür, es waren nicht wenige.

Allen Fehlern und Widersprüchen zum Trotz war die Qualität des Lebens für die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft unvergleichlich besser als in der Zeit der Horthy-Herrschaft. Die Qualität des Lebens hält den Vergleich mit den heutigen Verhältnissen reichlich aus. Die Sozialversicherung, die Rentenberechtigung (auch für die Bevölkerung in der Landwirtschaft) wurden Allgemeingut. Die Gesundheitsversorgung und der Unterricht waren unentgeltlich. Praktisch erlosch der Pauperismus (auch im Kreise der Allerärmsten der Zigeunerbevölkerung). Mehr oder weniger wurde die Wohnungsfrage gelöst. Die Unterschiede zwischen den individuellen Einkommen verringerten sich bedeutend: Wenn ich mich gut erinnere überschritt der Multiplikator zwischen dem unteren und oberen Viertel kaum den Wert Fünf.

Die Übergangsgesellschaft war also nicht im entferntesten kapitalistische Ordnung, nur ihre sozialistischen Züge erstarkten nicht, die kapitalistischen Charakteristika jedoch wurden nicht im für die Weiterentwicklung notwendigen Umfang schwächer. Obgleich die Produktionsverhältnisse – besonders auf das Jahr des revolutionären Umbruchs folgend – sich vom Grund auf änderten, hielt die Entwicklung nach 1954 – 1956 plötzlich inne, in gewissem Maße trat eine Rückentwicklung ein. Die Tendenz der Entwicklungen zeigte eher in die Richtung der Wiederherstellung des Kapitalismus.

## 4. Die Verschuldung

Ab Mitte der 70er Jahre wurde es immer klarer, dass die Wirtschaft des Landes sich auf die Handlungsunfähigkeit hin zu bewegt. Der ständige Verfall der äußeren Bedingungen geriet schärferen Gegensatz mit der Unveränderlichkeit der inneren Verhältnisse. Diesen Widerspruch löste die Führung des Landes auf mit der Aufnahme westlicher Kredite, solange ihr dies möglich war.

Zur Ölpreisexplosion des Jahres 1974 war es der feste und damals unwiderlegbar scheinende Standpunkt der ungarischen politischen und wirtschaftlichen Führung - obgleich die Fachleute und Analytiker des Marktes zu Hause und im Ausland das Gegenteil behaupteten - dass nur von den im Kapitalismus üblichen, spekulativen Preismanipulationen die Rede sein kann. Man muss sich also deshalb nicht weiter darum kümmern, weil innerhalb kurzer Zeit die Preise zurückfallen würden auf das ursprüngliche Niveau. Das auftretende Ungleichgewicht, das versteht sich von selbst, muss man mit der Aufnahme ausländischer Kredite ausbalancieren, umso eher, weil man leicht und annähernd unbegrenzt an Krediten niedriger Verzinsung mit mittlerer und langer Laufzeit gelangen könne.

Im darauffolgenden Jahr (1975) löste György Lázár Jenő Fock auf dem Sessel des Ministerpräsidenten ab, und es geschah eine ziemlich umfangreiche Wachablösung innerhalb der Regierung. Nach der fachlichen und breiteren politischen öffentlichen Meinung bedeuten die Personalveränderungen den „Sturz“ von so oder so engagierten Reformern. Erst viele Jahre später, irgendwann in der Mitte der achtziger Jahre, verstand ich, dass ungefähr damals die industrielle und landwirtschaftliche Lobby ihre Macht festigte. Fock, der sich nie als eifriger Reformler zeigte, interessierte sich sichtbar wenig für diverse Reformstudien, aber er forderte im Gegensatz zu den Interessen von Unternehmen und Geschäftsbereichen der Ministerien den Dienst an den Interessen der Volkswirtschaft - und er erlitt damit eine Niederlage. Man machte Fock vor allem zwei Dinge zum Vorwurf, erstens, seine politische Ausrichtung sei „unvereinbar“ mit seinem Amt, und zweitens die Tatsache, dass er in den Verhandlungen über den Plan gegenseitiger Warenlieferungen im Außenhandel ständig mit der sowjetischen Seite in Widerspruch gerate. Fock scheute sich nicht, auf dem Kongress der Partei die Minister hart zu kritisieren: „An der Spitze ihres Ministeriums dienen sie nicht dem Interesse der Volkswirtschaft, sondern sie vertreten das Interesse des Geschäftsbereiches ihres Ministeriums innerhalb der Regierung.“ Dass die Wahl dann auf György Lázár fiel, einen Mann mit leiser, sanfter Stimme und ohne besondere politische Vergangenheit, erweckte bei vielen Unverständnis. Aus authentischer Quelle erfuhr ich, dass man den Alten (also Kádár) fragte, warum gerade Lázár: „Er ist so ein schöner, stattlicher ungarischer Mann“- war die Antwort. Es ging das Gerücht um, dass Kádár und seine Frau Mária Tamáska (Tante Maria), welche in Personalangele-

genheiten seine Haupttrageberin war, Persönlichkeiten nicht liebten, lieber blasse Mitläufer. Deshalb war es ratsam, in ihrer Gesellschaft wenig zu sprechen und nur eine sich an die allgemeine Stimmung anschmiegende Meinung zu sagen.

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre entstanden die mit dem Namen János Kádárs verbundenen Bezeichnungen „Gulaschkommunismus“ und „lustigste Baracke“. Durch die Aufnahme von Krediten ergab sich eine Fülle von Quellen, die es auch ermöglichten, dass für gewisse Gruppen von Angestellten zentrale Lohnkorrekturen vorgenommen wurden. Damals begann die Errichtung kleiner Holzhäuser auf handbreiten, handlangen Grundstücken, der Trabant-Kult. Den allgemeinen Prozess der Verkleinbürgerlichung begründete János Kádárs berühmter Satz „Wer nicht gegen uns ist, ist mit uns“ und die mit dem Namen von György Áczél verbundene Kulturpolitik. Der Inbegriff letzterer waren die berühmten „drei T“, das Programm von „támogatni, tűrni, tiltani“ = „unterstützen, dulden, verbieten.“ In die Kategorie „verbieten“ gelangten überwiegend die linken Kritiker des Systems. ( 1 )

Es erschienen hin und wieder Schriften und soziologische Reportagen über die Armut, Arbeiterwohnheime, über das Volk der „schwarzen (Eisenbahn-) Züge“. Wenn ich mich richtig erinnere veröffentlichte István Huszár Ende der siebziger oder vielleicht Anfang der achtziger Jahre sich auf die Armut beziehende Daten gemeinsam mit Zsuzsa Ferge. Diese Mitteilungen nahm die Partei milde ausgedrückt nicht gern entgegen, weil es „im Sozialismus keine Armut geben kann.“ Wenn dies aber trotzdem so ist, dann sei dies nicht der Fehler des Systems. (7)

Die zweite Ölpreisexlosion zerstörte jene Illusionen - wenn es überhaupt noch welche gab -, die darauf vertrauten, dass die Erhöhung der Ölpreise nur eine vorübergehende Schwankung war. Die 1980er Jahresplanung sah empfindliche Preiserhöhungen vor, welche mit einer mäßigen (1-2 prozentigen) Minderung des Lebensstandards verbunden waren, sie stoppten zumindest die Erhöhung des Verbrauchs. Diese schmerzhaften Schritte belasteten kinderreiche Familien, Menschen mit niedrigem Einkommen und die Rentner. Im Verbrauch dieser Schichten haben die Grundnahrungsmittel die größte Dimension. (8)

Es änderte sich auch die weltpolitische Lage. Die Intervention der Roten Armee in Afghanistan berührte ungewöhnlich stark die Geldmärkte, das Kreditangebot verengte sich, die Zinsen kletterten in die Höhe. Eigentlich reifte schon damals sichtbar die Lage heran, welche später zur Liquiditätskrise, zum IMF, beziehungsweise zum Anschluss an die Weltbank führten. Der Satz des Romanhelden von Tomasi di Lampedusa lautet: „Man muss dazu alles verändern, damit alles unverändert bleiben kann.“ Daran dachte ich in der ersten Hälfte der achtziger Jahre, und ich spürte, dass die Sache auch umgekehrt wahr sein kann: wenn wir nicht endlich solche wahrnehmbaren Schritte ausführen, die geeignet sind, die beträchtliche Steigerung der Effektivität der

betrieblichen und genossenschaftlichen Wirtschaften zu erzwingen, dann wird ein wirtschaftlicher Zusammenbruch alles verändern. (Noch nicht einmal der blasse Verdacht eines Systemwechsels kam mir damals in den Sinn.)

Das Wachstum des Bestandes an im Ausland aufgenommenen Krediten (die fällige Tilgung und die Zinsen zahlten wir aus immer wieder neuen Krediten, und für das inländische Defizit nahmen wir weitere Kredite auf), ebenso die Anhäufung der inneren Schuld (der schrumpfende Anteil der Investitionen, der absolute Rückgang von Erneuerungen) machten den von Kádár so vorgestellten „gesellschaftlichen Frieden“ möglich, die Elemente des mit dem Volk geschlossenen Geschäfts, natürlich nur für eine begrenzte Zeit.

Für die Geltendmachung der Interessen der wirtschaftlichen Elite gab es praktisch keine Grenze. Die Elemente des wirtschaftlichen Regulierungssystems und das Feilschen um ihre Ausmaße beseitigten erfolgreich alle solche Bestrebungen, welche für die Verbesserung der wirtschaftlichen Effektivität, die Erhöhung der gesellschaftlichen Produktivität irgendeinen ausgeübten Zwang bedeutet hätten.

Die in Betrieben und landwirtschaftlichen Genossenschaften geleistete Arbeit entwertete sich. Die Scheinbeschäftigung wurde allgemeine Praxis, die tatsächliche Arbeitslosigkeit wurde virtuell zur innerbetrieblichen Arbeitslosigkeit. Die Arbeiter und die in der Landwirtschaft Arbeitenden setzten ihre tatsächliche, wesentliche Arbeitskraft vor allem in der Betrieblichen Wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft und in der individuellen Hauswirtschaft ein. Die sozialistische Arbeit hörte auf, eine Sache der Ehre und des Ruhmes zu sein. Die von der Parteipropaganda routinemäßig geförderte sozialistische Brigadebewegung veränderte sich im Laufe der Zeiten zu einer schlecht gemachten staubigen Dekoration.

Man zeigte nicht die geringste Bereitschaft, die unerlässlichen Schritte zu tun, obgleich noch in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ein sicherlich nur noch sehr schmaler Pfad, aber immerhin ein Pfad sichtbar war, auf welchem voranschreitend man den Bankrott, den Zusammenbruch hätte vermeiden können. Darüber fertigte ich für das Gesellschaftswissenschaftliche Institut des ZK der USAP eine Studie an. Daraus teile ich im Folgenden einige Abschnitte mit.

## **5. Die finanziellen Bedingungen und Möglichkeiten eines neuen Entwicklungsabschnittes in der sich bis 1990 erstreckenden Periode (9)**

Die außenwirtschaftliche Lage änderte sich dramatisch, die erste und zweite Ölpreisexplosion, die Zinspreisexplosion fanden statt, die internationalen Tauschverhältnisse veränderten sich zu unseren Ungunsten. Die Rezession auf dem Weltmarkt verursachte Absatzschwierigkeiten. Es verhärteten sich die Beziehungen im RGW, man ging zum Teil zur Zahlung in Valuta zwischen den RGW-Staaten über usw. Auf die nachteiligen Ereignisse reagierten wir spät und ungenügend. Es entstand eine kritische Lage, deren wichtigste Faktoren im Folgenden zusammengefasst werden können:

Der Schuldenstand des Landes ist verhältnismäßig hoch, der Schuldendienst (Tilgung und Zinszahlung) ist ebenfalls hoch und bedeutet eine ungleichmäßige zeitliche Belastung. In den Jahren zwischen 1984–1986 wird die Fälligkeitszusammensetzung des Schuldenstandes laufend ungünstiger, es meldet sich ein Tilgungsgipfel: Die Tilgungsverpflichtung in diesen 3 Jahren wird um 40-50% höher werden, als sie es im Jahre 1982 und 1983 war. Der bis zu drei Jahre dauernde Tilgungsgipfel lindert sich im Jahre 1987 einigermaßen, aber erst im Jahre 1988 ist eine Tilgungsverpflichtung eines wieder wirklich geringeren Ausmaßes, dessen Größe dem der Jahre 1982 – 83 entspricht, zu erwarten. In der Planung der zu erwartenden Tilgungsgröße gibt es Unsicherheiten: Die heutigen Kenntnisse können nur das mögliche Minimum der Tilgungsverpflichtungen bestimmen. Es ist aber durchaus nicht unvorstellbar, dass wir in naher Zukunft zur Aufnahme von Krediten mit ungünstiger Fälligkeit gezwungen sind, dann verlängert sich das charakteristische Zeitintervall mit hoher Tilgungspflicht eventuell um Jahre.

Die Kreditmärkte werden auch weiterhin unsicher sein; vermutlich muss man auf lange Zeit damit rechnen, dass das Kreditangebot, beziehungsweise mit diesem gleichwertig die Kreditaufnahmemöglichkeiten, sich nach unserem Gesichtspunkt stark beschränken. In den folgenden Jahren wird es ein objektiver Zwang für uns sein, dass wir unseren bestehenden Schuldenstand vermindern, unsere früher aufgenommenen Kredite kontinuierlich tilgen. Die zwangsmäßige Tilgung des bestehenden Schuldenstandes tritt nämlich auch dann ein, wenn die Kreditaufnahmemöglichkeit unter der Tilgungsverpflichtung bleibt. Vom Gesichtspunkt der auf das Land drückenden Last aus gesehen bedeutet dies, dass wir von Jahr zu Jahr ein Aktivum in solcher Größe produzieren müssen, das Deckung schafft für die Zinszahlung und für die Verminderung des Schuldenstandes.

Wegen der Guthabenforderung muss die Inlandsproduktion höher liegen als der inländische Endverbrauch, als die gemeinsame Größe von Verbrauch und Akkumulati-

on. Die Differenz schafft Deckung für die Finanzierung der Guthabenforderung. Die heutigen Erkenntnisse deuten darauf, dass wir in den folgenden Jahren sich aus der Verschlechterung unserer internationalen Tauschverhältnisse sich ergebende Verluste erleiden werden. (Tauschverhältnisverlust ist auch in der Dollarrelation zu erwarten, bedeutender jedoch ist dieser in der Rubelrelation.)

Die langsamere Entwicklung der Produktionsstruktur, was auch in der Erschwerung des produktiven Modernisierungsprozesses zum Ausdruck kommt, macht die Verschlechterung unserer Tauschverhältnisse vermutlich zu einer dauernden Tendenz. In Kenntnis der Daten ist es offensichtlich, dass die sich bis 1990 erstreckende Periode in zwei scharf voneinander abgrenzbare Abschnitte gegliedert werden kann. Der eine Abschnitt umfasst jene Periode, in der unsere Tilgungsverpflichtungen sich anhäufen und wenn wir diese bewältigt haben werden, wird es eine Senkung des Schuldenstandes geben.

Die erste Periode, der Überlebensabschnitt, erstreckt sich im günstigen Fall auf 1984, 1985, 1986, was darauf folgt ist das etwas mildere Bedingungen hervorrufende, aber noch zu dieser Periode gehörende 1987er Jahr.

Der Charakter der darauf folgenden Periode hängt davon ab, wie es gelang, die Schwierigkeiten des vorangegangenen Abschnittes zu überstehen. Vernünftige Alternativen für den zweiten Abschnitt kann man nur dann aufzeichnen, wenn der vorherige Überlebensabschnitt erfolgreich war.

### **5.1. Der Abschnitt zwischen 1984 und 1987**

Die wirtschaftliche Entwicklung der sich bis Anfang der 80er Jahre erstreckenden Periode muss man als einen langen Zeitabschnitt der Konsolidierung begreifen, welcher als Folge des 1978er Dezemberbeschlusses des ZK begann und in der Verbesserung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes kontinuierlich Ergebnisse brachte. Obgleich die Erfolge des bis dahin abgelaufenen Zeitraumes groß waren, muss man trotzdem feststellen, dass sie unter den sich verschlechternden Bedingungen nicht genügten. Der bedeutende Teil der erreichten Ergebnisse ergab sich aus dem einmaligen, nicht wiederholbaren Verbrauch unserer vorhandenen Reserven. Folglich sind die Aufgaben der Periode 1984-87 außerordentlich groß, die Umstände der Erfüllung dieser Aufgaben über alle Maßen schwer.

Wegen der Anhäufungen der Tilgungsverpflichtungen ist es von besonderem Gewicht, mit den getroffenen Maßnahmen und ihren Ergebnissen nachweislich eine das Gleichgewicht anstrebende wirtschaftspolitische Linienführung zur Geltung zu bringen, in erster Linie, um damit die Möglichkeiten der internationalen Kreditaufnahme zu verbreitern. Die Größe der sich gegenüber der Wirtschaft entwickelnden Sollforde-

rung bestimmt in den folgenden 3 – 4 Jahren, in welchem Ausmaße wir mit Kreditaufnahmen rechnen können. Wenn die Kreditaufnahmemöglichkeit auf dem bisherigen Niveau bleibt oder sich vielleicht sogar weiter verknappt, dann entsteht daraus eine Sollforderung eines sehr gefährlichen Ausmaßes, weil sie die gegebene Leistungsfähigkeit der Wirtschaft weit überschreitet, so dass wir entweder gezwungen sein werden, aus eigenem Entschluss mit einer Serie schwerer Maßnahmen die wirtschaftlichen Prozesse im Grunde in Unordnung zu bringen, oder wir werden innerhalb kurzer Zeit zahlungsunfähig sein, werden zu Verhandlungen über den Zahlungsaufschub (oder Stundung) gezwungen und müssen alle nachteiligen Folgen derselben übernehmen. Wenn es wiederum gelingt, die Möglichkeiten der Kreditaufnahme zu erweitern, dann kann man vielleicht die Sollforderung gegenüber der Wirtschaft innerhalb der Grenzen der Realität halten, was ermöglichen würde, ohne schwerere Brüche diese Periode zu überstehen. In diesem ebenfalls mit Opfern verbundenen, aber trotzdem günstigeren Falle gelangten wir ohne übermäßig schwere Verluste und Schäden bis zu den Jahren 1987-88, wo unsere Tilgungsverbindlichkeiten sich mildern. In der Tat, es stehen vor uns zwei mögliche Wege. Der eine Weg ist das bewusste und gezielte Bringen von Opfern, welcher das Überleben bedeuten kann, der andere aber ist jener, dass wir unberechenbaren Prozessen Raum geben und uns auf lange und harte Verhandlungen über Zahlungsaufschub einlassen, dabei die heute nicht einmal ausrechenbaren Konsequenzen tragend. Zur Wahrheit gehört: wir sind in der Wahl der beiden möglichen Wege nicht selbständig. Es ist möglich, dass allen unseren darauf gerichteten Bestrebungen und Absichten zum Trotz die Verwirklichung nicht gelingt und damit nicht die Vermeidung eines schwereren Bruches. Eines ist sicher: das Versäumen oder Aufschieben der das Überleben ermöglichenden Entscheidungen kann früher oder später schon mit nicht wieder gut zu machenden Folgen verbunden sein.

**a) Der Abbruch des bisherigen Weges**

Verhältnismäßig einfacher ist es, die mit außerordentlich nachteiligen Folgen verbundenen und große Probleme hervorrufende negativste Variante zu skizzieren: Wenn es nicht gelingt, die Möglichkeiten der Kreditaufnahme zu erweitern, das heißt den sich wegen der steigenden Größenordnung der Tilgungen entstehenden Mehrbelastungen durch gleichzeitige Erweiterung der Kreditaufnahme entgegenwirken zu können. Würde sich eine außerordentlich hohe, im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Landes kaum erfüllbare Außenhandelssollforderung ergeben, die man dann ohne ganz drastische Verminderung des inländischen Endverbrauches nicht erfüllen kann. Die Lage ist nämlich die: wir können kaum auf dem Weg der Erweiterung des Exports ein höheres Außenhandelsaktivum produzieren als das gegenwärtige. Es ist dann die Verbesserung des Außenhandelsaldos in erster Linie durch die drastische Rücknah-

me des inländischen Endverbrauches und des Imports erreichbar. Die Folge wäre auf jeden Fall der Rückgang der Produktion.

All dies würde sich einander gegenseitig verstärkende Prozesse anregen, welche im Endergebnis das in historischen Schritten messbare Zurückgleiten des Landes ausdrückten. Der Rückgang der Erzeugung verringerte die Exportleistungsfähigkeit des Landes. Es würde deshalb als Folge der weiteren zwangsweisen Importbeschränkung zu immer neuen Produktionsrückgängen kommen, was zur breiten Nichtauslastung von Kapazitäten und zur Arbeitslosigkeit führt. Da es in jedem Zustand der Wirtschaft eine Forderung ist, dass der inländische Endverbrauch geringer als das produzierte Nationaleinkommen sein soll, erforderte der nach der zwangsweisen Importeinschränkung eintretende Produktionsrückgang die weitere Verminderung des inländischen Endverbrauches. Da aber heute die Akkumulation kaum 13% an der Verwendung des nationalen Einkommens beträgt, wäre die Verminderung des Endverbrauches nur erreichbar mit der Senkung des Lebensniveaus. Eine Krisenlage entstünde.

Die drastische Verschlechterung der Lebenslage verringerte die Ersparnisse der Bevölkerung. Sie würde vielleicht mit ihren Spareinlagen, die eingetretenen Preiserhöhungen ausgleichend, versuchen, den Verbrauch auf dem früheren Niveau zu bewahren. Die sich aus den Einkommens- und Vermögensunterschieden ergebenden gesellschaftlichen Spannungen würden sich verschärfen. Mangels Warenfonds würde das Gleichgewicht von Kaufkraft und Warenfonds in ein großes Ungleichgewicht geraten. Von neuem bildeten sich Schlangen, und es würde unvermeidlich, im Falle gewisser Erzeugnisse das Kartensystem wieder einzuführen. Spontan verschärfte sich der Inflationsprozess, welcher zentral kaum zu beeinflussen ist. Über längere Zeit würde es unmöglich, die Grundfonds zu erneuern und zu modernisieren, unser verhältnismäßiges Zurückbleiben beschleunigte sich dann. Wir fielen zurück in der Rangfolge der Nationen, wir gerieten in eine beinahe aussichtslose Lage. Nach der Wirtschaftskrise entstünde voraussichtlich die politische Krise. Als sicher kann angenommen werden, dass kurz- und mittelfristig die wirtschaftliche und politische Krise sich gegenseitig verstärken würden.

In Anbetracht der skizzierten Fragen muss man den Irrglauben zerstreuen, dass die Umschuldung unsere Lage mildern würde. Die Erfahrungen der bisherigen Fälle von Umschuldungen in Polen, Rumänien und Jugoslawien zeigen, dass die Bedingungen der Umschuldung im Endeffekt mit der plötzlichen Verminderung von Verbrauch und Lebensniveau um 15 – 25% verbunden sind. Für uns wären die Konsequenzen der Umschuldung besonders schwer, weil in unserem Falle nicht von einem einjährigen Tilgungsmehrbetrag die Rede ist, sondern von einem 3 – 4 Jahre dauernden Zeitraum, in welchem unsere Tilgungsverpflichtungen praktisch gleichermaßen groß sind. Sie sind ohne die erweiterte Einbeziehung äußerer Kreditquellen – im üblichen Mecha-

nismus – von uns nicht erfüllbar. Wenn wir also jenen Weg finden können, durch den der Verbrauch in seiner Gesamtheit auf dem Niveau von minus 1-2% im Intervall gehalten werden kann, dann muss man diesen auf jedem Fall gegenüber den anderen zum Zusammenbruch führenden Weg bevorzugen.

#### **b) Die Überlebensstrategie**

Viel komplizierter und unsicherer ist es für jenen Weg ein Ziel zu bestimmen, welcher es uns ermöglichte, dass wir in dem sich bis 1987- 88 erstreckenden Zeitraum (also dem unmittelbar vor uns stehenden) die Lebensgemeinschaft mit unseren Spannungen ohne schwerere Brüche verwirklichen. In der Bestimmung dieses Weges, ich erwähnte es, sind wir nicht autonom, weil wir letzten Endes abhängen – unter anderen – von den westlichen Handelsbanken beziehungsweise vom Internationalen Währungsfonds. Heute kann man nur erahnen und nicht mit Gewissheit wissen, wie die Bedingungen in 3 – 4 Jahren sein werden, welche ergänzende Kreditquelle man einbeziehen kann mit welcher Summe. Die auf die Leistungsentwicklung des Landes wirkenden inneren und äußeren Umstände lassen sich in den Tendenzen ihrer Veränderungen nicht leicht ermessen.

All das verlangt, dass wir die praktische Wirtschaftslenkung einem mehr oder wenig genauen und eindeutig formulierten strategischen Ziel, dem Überleben unterordnen. Man muss sich davor hüten, dass wir gleichzeitig und nebeneinander solche Prioritäten betreiben, welche die allein vernünftige Bestrebung für das Überleben behindern können. Dazu ist ein einheitliches Aktionsprogramm nötig, das in erster Linie die politische und wirtschaftliche Lenkung in den Dienst des strategischen Ziels stellt und in möglichst weitem Kreise die Massen mobilisiert, das das sich aus der Lage ergebende Anforderungssystem erklärt und verständlich macht.

Die Frage des Überlebens stellt die Formung des Bewusstseins in den Vordergrund; all dies aber erfordert qualitativ andere als die zur Gewohnheit gewordenen Mittel.

#### **c) Der allgemeine Zustand der Wirtschaft**

Ab Mitte der 1970er Jahre, nach dem dynamischen Wachstum des vorangegangenen Zeitraumes, wurde die ungarische Erzeugungs- und Verwertungsstruktur außerordentlich abhängig vom Import. Gegen Ende der 1970er Jahre engten die Importmöglichkeiten sich ein, die Importzurückhaltung selbst wurde zu einem das Wachstum dämpfenden Faktor. Wenigstens auf kürzere, sogar auf mittlere Distanz schloss die ungarische Erzeugungs- und Verwertungsstruktur die Möglichkeit aus, dass wir eine bedeutende Ausweitung des Exportes verwirklichen konnten und wir damit die Möglichkeit schaffen konnten zur Aufrechterhaltung oder Erweiterung des früheren Importniveaus, zur Aufrechterhaltung des früheren dynamischen Wachstums. Das wirtschaftliche Wachstum musste man also dem außenwirtschaftlichem Gleichgewicht

unterordnen. Der schnell ansteigende Schuldendienst erforderte, dass der inländische Endverbrauch dauerhaft und wesentlich unter dem Nationaleinkommen bleibt. Dies erwogen wir zuerst nur in Bezug auf die Zuwächse, schließlich führte der stagnierende Zustand der Wirtschaft dahin, dass der inländische Endverbrauch absolut geringer wurde als er es früher war. Es ist die Rede davon, dass wir den abzubauenen ausländischen Schuldenbestand durch „innere Schuld“ ersetzen, die man im Verlaufe der späteren Jahre tilgen würde. Diese Schuld, von der im Weiteren die Rede sein wird, tritt einesteils auf in Bezug auf den Bevölkerungsverbrauch, anderenteils in Bezug auf die Möglichkeiten der Grundmitterneuerung.

#### **d) Die Lage der Produktionsfonds des Landes**

Im Jahre 1979 begann der allgemeine Verfall der Grundfonds des Landes, er hält an seitdem und wird noch Jahre andauern. Innerhalb des Bestandes der Maschinen und Anlagen wächst stark der Anteil der auf den Wert „0“ abgeschriebenen Produktionsmittel. Es ist klar: das Land war auf den absteigenden Ast gelangt, und noch heute Mitte der 80er Jahre) bewegt es sich auf einen nicht bestimmaren Tiefpunkt zu. Als Folge des Verfalls der Grundfonds des Landes ist zu erwarten, dass schon in den nächsten Jahren große Spannungen und Schwierigkeiten auftreten werden. Die notwendige Steigerung der Exportmenge wird in immer schärferen Gegensatz geraten zu unserer wenig zeitgemäßen und zunehmend verbrauchten Technik und Technologie. Heute können wir noch nicht wissen, wann sich eine Möglichkeit zur Erhöhung des Exportumsatzes ergibt, soviel ist gewiss, die Aussichten für Ausnutzung der entstehenden Möglichkeiten sind durch den engen technischen Hintergrund begrenzt. Zur gleichen Zeit muss man mit einem immer öfteren Schadhaftwerden der produzierenden Einrichtungen, mit Produktionsstörungen, entstehenden Staus, Engpässen und letzten Endes auch mit dem Verschleiß der Grundfonds rechnen.

#### **e) Die Materialversorgung der Erzeugung**

Die Erfahrung des vergangenen aber besonders die des laufenden Jahres ist, dass wir im wachsenden Maße unsere kurrenten (= laufenden) Vorräte, Importwarenbestände aufbrauchen, wegen der Einschränkungen des Imports. Obgleich der Vorratsbestand sehr hoch ist, sind die für die kontinuierliche Produktion und den Absatz erforderlichen Vorräte mit Sicherheit stark vermindert worden. Ohne Unterbrechung verschlechtern sich Material – und Ersatzteilversorgung, welche die Grundlage für Erzeugung und Absatz bilden. Diesem Übelstand können wir auch in den folgenden Jahren nicht abhelfen, wir müssen sogar mit weiteren unangenehmen Entwicklungen rechnen. Dieser Umstand kann auch Unsicherheiten, kürzere oder längere Zeit andauernde Störungen im Produktions – und Absatzprozess verursachen.

#### **f) Das Lebensniveau**

Der Reallohn des laufenden Jahres der von Lohn und Gehalt Lebenden wird ungefähr auf jenem Niveau sein, wie er es im Jahre 1975 war. Nach den Entwicklungen der vergangenen Jahre häuften sich verschiedenartige Spannungen an. Vom Gesichtspunkt der Entwicklung des Lebensniveaus der vergangenen Jahre waren die Rentner bzw. die von Lohn und Gehalt Lebenden, unter Letzteren aber besonders die kinderreichen Familien, die Verlierer. Im Falle beider bzw. dreier Kategorien ertrugen und ertragen das Gros der Nachteile die städtische, in erster Linie die hauptstädtische Bevölkerung. Der reale Wert der individuellen Renten und der Familienzuschläge nahm ab und nimmt ständig ab. Die Preiserhöhungen für Waren des täglichen Bedarfs bedeuten in erster Linie für die hauptstädtische von Lohn und Gehalt lebende Bevölkerung nicht überwindbare Belastungen. Die Fähigkeit der erwähnten Schichten, dies zu erdulden, wird also auf die Probe gestellt.

Ganz gewiss ist es eine besondere Spannungsquelle, dass in erster Linie die großindustrielle Arbeiterschaft und gewisse Schichten der Intelligenz und der Angestellten im Allgemeinen keine Möglichkeit haben zum Erwerb besonderer Nominaleinkommen. So bremst das die Kaufkraft einschränkende starre System der Regulierung von Lohn und Einkommen in erster Linie das Nominaleinkommen. Der sinkende Reallohn gerade im Falle der wichtigsten Klasse bzw. Schicht entwertet die Arbeit und führt zum moralischen Verfall. Man muss deutlich sehen, dass wir im Interesse der Verminderung des ausländischen Schuldenbestandes Spannungen übernehmen und schon erreichte Ergebnisse aufgeben, was später zu einem Hindernis weiteren Voranschreitens werden wird.

Im Zusammenhang mit der Abnahme des Lebensniveaus lässt sich die Schmerzgrenze der Bevölkerung nicht bestimmen. Es kann sein, dass die notwendigen Maßnahmen der kommenden Jahre an die Schmerzgrenze der Bevölkerung stoßen werden. Eins aber ist gewiss und macht die Lage so kompliziert: wenn wir die internationale Zahlungsfähigkeit verlören, dann würden die Zwangsmaßnahmen der darauffolgenden Lage, bzw. ihre spontanen Folgen die Schmerzgrenze mit dramatischer Schnelligkeit durchbrechen. Man kann also nichts tun, man muss darauf vertrauen, dass die im Interesse des Überlebens auszuführende Aufgaben, diese unbeliebten, einschränkenden Maßnahmen, innerhalb der Grenzen des Erträglichen bleiben, man muss wissen, dass man die Schmerzgrenze mit nüchterner verständlicher Erklärung und ausgleichenden Maßnahmen ausdehnen, erweitern kann. Man muss für gewisse Schritte einleuchtende Gründe anführen, um sie so der öffentlichen Meinung des Landes begreiflich zu machen, wenn wir offen einen Vergleich damit ziehen, was der wirtschaftliche Zusammenbruch, die Entstehung der Krisensituation zur Folge haben würden.

### **g) Die möglichen Schritte**

Die zum Ende des 1983er Jahres entstandene Lage gibt kaum Grund zur Hoffnung. Trotzdem haben wir Möglichkeiten, dass wir die Überlebensstrategie zum Erfolg führen. Vom Gesichtspunkt der lebensnotwendigen Frage muss man die möglichen Schritte überschauen. Zuerst muss man prüfen, welche Vorbedingungen man im ersten Abschnitt für die Verwirklichung des internationalen Kreditaufnahmeprogrammes verwirklichen muss. Weil die Tilgungsverpflichtungen bereits im Jahre 1984 plötzlich anwachsen, kann es nicht realer Ausgangspunkt sein, dass wir die Leistung der ungarischen Wirtschaft, konkreter ihre sich im Wachstum des Exports in kapitalistische Länder ausdrückende Leistung so erhöhen, dass dies (ohne Wachstum der Importansprüche) die Deckung schafft für die lückenlose, vollständige Erfüllung der Verpflichtungen. Dies würde verlangen, dass wir bei unveränderten Devisenausgaben unsere Exportpreiseinnahmen fast um 15 % erhöhen und dieses gewachsene Exportniveau neben dem nicht veränderten Niveau des Imports über Jahre aufrecht erhalten. Wie sehr eine solche Lösung nicht real ist, dies wird zum Beispiel dadurch sichtbar, dass unser Außenhandelsverkehr sich in diesem Jahre verengt, folglich das Aktivum, das wir erreichen werden dadurch entsteht, dass wir die Importausgaben stark vermindern, so wie sich unsere aus dem Export stammenden Einnahmen vermindern.

Nüchterne Überlegung diktiert uns keine Papierpläne anzufertigen. Wir müssen einsehen: Einige Jahre lang sind wir auf äußere Quellen angewiesen, weil wir die aus dem plötzlichen Anwachsen unserer Tilgungsverpflichtungen entstehende Spannung nicht aus eigener Kraft überbrücken können. Die Einsicht dessen führt logischerweise dazu, dass wir uns im höchsten Maße darum bemühen müssen, wirtschaftspolitische Regelungsschritte zu tun zur Verbesserung des Mechanismus der Lenkung, welche auf überzeugende Weise und über konkret messbare Ergebnisse die schnelle Verbesserung des Gleichgewichts und die auf Festigung gerichteten Bestrebungen sichern. Hier ist von den beiden Seiten der gleichen Notwendigkeit die Rede: Nach außen muss man schnell die richtigen Absichten präsentieren (Dies ist sofortiges Interesse); nach innen hilft uns ihre Durchführung, unsere langfristigen Ziele zu verwirklichen (die Erreichung einer vernünftigen Wachstumsbahn, die Festigung der Kreditfähigkeit auf lange Sicht). In beschleunigtem Takt müsste man jene Widersprüche lösen, welche zwischen unseren erklärten Zielen und Bestrebungen bzw. unseren konkreten Maßnahmen und unserer Praxis bestehen. Unsere aktuelle wirtschaftsleitende Regulierung belastet übertrieben solche Elemente, welche alle ausländischen möglichen Kreditgeber für irrational halten - und das mit Recht. Vom Gesichtspunkt internationaler Kreditverhandlungen ist das Am-Leben-Halten der irrationalen Elemente der Wirtschaft ein solcher Ballast, den wir nicht ertragen können.

#### **h) Der stufenweise Abbau der Stützung der Verbraucherpreise**

Dazu, dass wir die Gleichgewichtsbestrebungen unserer Wirtschaftspolitik überzeugend gestalten, müsste man die durch den Haushalt erfolgende Neuverteilung wesentlich einschränken. Es ist an sich unvernünftig, dass verschiedenartige Stützungen von Verbraucherpreisen einen solchen Umfang annehmen, welcher ein Fünftel des Bruttoverbrauchs ausmacht. Die Verbraucherpreisstützung ist in den Augen eines jeden nüchternen Nationalökonomens ein den Verbrauch belebendes Mittel. So ist es auch. Wenn wir also in erster Linie jene Erzeugnisse in der Unterstützung der Verbraucherpreise bevorzugen, welche gleichzeitig auch unsere wichtigsten Exportartikel sind, oder welche wir im Grunde nur aus dem Import beschaffen können, so kann man Niemandem glaubhaft machen, dass wir uns ernsthaft um die Verbesserung der äußeren Gleichgewichtslage bemühen. Aus alledem folgt, dass man in möglichst schnellem Tempo den größeren Anteil der Stützungen der Verbraucherpreise abbauen müsste. Praktisch wären solche Schritte nötig, die die Preisstützung für Grundnahrungsmittel (Brot, Fleisch, Milch – und Milcherzeugnisse) einstellen, weiterhin sollte die heute bedeutende Unterstützung für Haushaltsenergie, Fernheizung aufhören. Diese Schritte wären verbunden mit einem wesentlichen Ansteigen des Niveaus der Verbraucherpreise, was das Realeinkommen verschiedener Klassen und Schichten verschlechtern würde. Die Schrittfolge müsste mit einer äußerst gründlichen politischen Vorbereitung verbunden sein.

Die gesellschaftliche Wirkung des Anstiegs der Verbraucherpreise hängt davon ab, wie es gelingt durch Kompensation der Preissteigerungen die Auswirkungen auf Nominallöhne und Einkommen zu planen. In diesem Zusammenhang muss man die politischen und wirtschaftlichen Interessen miteinander in Einklang bringen, weil sie aufeinanderstoßen können. Das politische Interesse erfordert, dass die auf die Person bezogene Kompensation groß sein soll, denn dies macht die Preiserhöhungen für die Massen erträglicher. Zugleich aber nivellieren umfassende oder annähernd völlige Kompensationen der Preiserhöhungen die Differenzierung des Nominallohnes nach der Leistung, obwohl dafür eine unerlässliche Notwendigkeit besteht, in erster Linie deshalb, damit wenigstens in den wichtigsten Zweigen der Wirtschaft für einen Antrieb gesorgt werden kann. Demzufolge muss man ganz gewiss jene Spannung übernehmen, dass die Kompensation nicht vollständig sei kann.

Heute kann man noch schwer beurteilen, ob in den kommenden Jahren und auf welche Weise die Spannungen kumulieren werden. In erster Linie muss man damit rechnen, dass der reale Wert der einzelnen Rente stark abnehmen wird, andererseits wird sich die Lage der Familien mit mehreren Kindern stark verschlechtern. Man muss auch damit rechnen, dass sich aus mehreren Gesichtspunkten der Kreis und die Anzahl der sich in nachteiliger Lage Befindlichen erweitern wird. Die Verteilung nach

geleisteter Arbeit und die Verstärkung der damit verbundenen Eigentumsdifferenzierung tragen ebenfalls zur Herausbildung der erwähnten Spannungen bei. Zwei einander widersprechende Forderungen müssen in Einklang gebracht werden: Die kräftige Einkommensdifferenzierung nach den Leistungen und hauptsächlich die Verbesserung der sozialen Lage derer die darauf angewiesen sind.

**i) Modifizierungen im Gebrauch der inneren Proportionen des Nationaleinkommens**

In den vergangenen Jahren, wie wir bereits mehrfach erwähnten, erreichten wir den Abbau der Außenhandelspassiva (Schulden) beziehungsweise das Zustandekommen eines Überschusses eigentlich durch das Zurückdrängen des inländischen Endverbrauches. Die auf die Bewahrung der Ergebnisse des Lebensniveaus gerichteten Bestrebungen wurden von den volkswirtschaftlichen Planungs- und Lenkungsorganen gleichmäßig in jene Richtung gelenkt, dass die notwendige Zurücknahme in erster Linie zu Lasten der Akkumulation und der Investitionen durchgeführt wurden. In der wirtschaftspolitischen Linienführung der folgenden Jahre muss man also von neuem die Aufmerksamkeit auf die Investitionen richten. Innerhalb des inländischen Endverbrauches vermindern wir möglichst schon jetzt nicht den Anteil der Investitionen, wenn sich aber im günstigen Falle die Möglichkeit eröffnet zur Steigerung des inländischen Endverbrauches, dann müssen daran im wachsenden Ausmaß die Investitionen teilhaben. Es ist nicht einfach die Rede davon, dass Volumen der Investitionen zu bewahren, sondern auch davon, dass wir die selektive Wirkung des Marktwerurteils im Investitionsprozess besser sichern, seine regulierende Rolle.

Im Zuge unserer auf die Rücknahme des Investitionsprozesses gerichteten Maßnahmen wurde das Abzapfen der Unternehmenseinkommen für den Schuldendienst gewissermaßen unsere ständige Methode. Das lähmt heute die Tätigkeit der Unternehmen, hemmen die Initiative, diese Situation brachte den zwischen den Regulatoren und den Maßnahmen lavierenden, manövrierenden Unternehmensleitertypus hervor. Diese pauschale Beschränkung der Investitionen versteifte die Erzeugungsstruktur, sie vereitelt die Erneuerung der Erzeugung, verbraucht die längerfristigen Reserven der Entwicklung.

Der bisherige und zu erwartende sich nach 1988 fortsetzende Verfall der produktiven Grundfonds wird die Erhöhungen der Investitionen erzwingen. Davon abhängig, ob die außerordentlich begrenzten Quellen Investition überhaupt möglich machen und falls ja, in welchem Umfang, müssen unbedingt jene Ausgaben, die dem Ersatz und zum kleineren Teil der Entwicklung dienen, Vorrang bekommen. Dazu wiederum, dass wir die Investitionen erleichtern, den Akkumulationsprozess neu beginnen, sind solche innere Regelungs- und institutionelle Veränderungen nötig, welche für die Verteilung der Investitionen die dem Markturteil gemäße harte Selektionen sichern.

Eine kompliziertere Frage ist die Handhabung des gesellschaftlichen gemeinsamen Verbrauchs. In dieser Hinsicht ist, abgesehen von einigen Prioritäten die strengste Sparsamkeit gerechtfertigt. Das Bildungs- und das Gesundheitswesen ausgenommen müsste man die institutionellen Ausgaben vermindern, was Quellen freimachen würde für die Ziele der Unternehmens-Investitionen.

In schnellerem Tempo und breiterem Wirkungskreis müsste man bei den Haushaltseinrichtungen unter anderem Elemente betrieblichen Wirtschaftens einführen, damit die Einrichtungen sich selbst Mittel verschaffen können. Die Preiseinnahme würde als erstes die wirtschaftlich begründete Erweiterung der Tätigkeit der Einrichtung decken, später würde sie es ermöglichen, die laufenden Haushaltsunterstützungen zu ersetzen.

Man müsste unsere ganze bisherige Sozialpolitik zu Ende denken. Als wir die heutige sozialpolitische Ordnung schufen und die sich darauf beziehenden Verpflichtungen übernahmen, war allgemeine Marktkonjunktur, und die ungarische Wirtschaft wuchs dynamisch. Nachdem die Umstände sich wesentlich verändert hatten, konnte man die damaligen Vorhaben nicht einfach weiter übernehmen. Dies ist für uns eine objektive Tatsache, ob wir dies zur Kenntnis nehmen oder nicht. Z.B. können wir nicht das Niveau der individuellen Renten und den realen Wert der Familienzuschläge bewahren, ohne dass wir dann nicht dazu gezwungen wären, deswegen laufend den Reallohn der vom Lohn und Gehalt Lebenden zu vermindern. In erster Linie hier müsste man eine sinnvolle Veränderung durchführen mit solchen Lösungen, welche vielleicht auch ohne Erhöhung der Altersgrenze durchführbar sind. Zum Beispiel ist vorstellbar, dass mit der über 55 bez. 60 Lebensjahren geleistete Dienstzeit die Rente um je einen Prozentpunkt pro Jahr wachsen kann. Der passive Lebensabschnitt würde sich so wesentlich verkürzen und dies erleichterte die Bewahrung des Realwertes der Renten.

## **5.2. Der Abschnitt zwischen 1987 und 1988 (3)**

1.)

Jener Gedanke beschäftigt mich: von welchen Motivationen ließen und lassen sich auch jetzt die Partei- und Staatsführung bei ihren Handlungen leiten. Ich denke so, die Partei und der Staat haben eine Art innerer Massenbasis, welche die Politik auch dann in Betracht zieht, wenn sie zufälligerweise die äußeren Impulse einschätzt, oder irgendeine ideologische Annäherung hinter der Politik aufstellt. Ich empfinde also die innere Motivation als allgemein und stark und denke, dass die äußeren, beziehungsweise die ideologischen Motivationen diesen untergeordnet wirken. Die „maßgebende öffentliche Meinung“ funktioniert dort, wo es in der Wirklichkeit keine Volksvertretung gibt, und nur jene Schicht kann jene Funktion ausfüllen, welche in breiter Bedeu-

tung die wirtschaftlichen und politischen Schlüsselpositionen in den Händen hält. Damit sage ich nichts Neues. Dies haben schon mehrere ausgesprochen und auch geschrieben. Jenö Fock hat bei mehreren Gelegenheiten dies als den Hauptmangel der Regierungsarbeit bezeichnet. Die Frage, ob wir mit dieser Machtstruktur brechen konnten, haben wir nicht gestellt. Haben wir überhaupt einen Versuch dazu unternommen, oder gab es überhaupt eine solche Absicht? Meine Antwort darauf ist negativ. Nicht zufällig versuche ich die Geschehnisse der 1987/88er Jahre zu überblicken, weil ich denke, dass man zum Zeitpunkt des Niederganges an die daraus folgenden Schlüssen für einen erneuten Anlauf zur Überwindung des Kapitalismus denken muss.

2.)

Der erste große Schritt der in den Jahren 1985/86 beginnenden neuen Reformwelle und die bisherigen Erfahrungen des Wirkens der Steuerreform gibt die Gelegenheit, daraus Lehren zu ziehen. Im Verlaufe der 1987 in Gang gekommenen Steuerreform begann bereits irgendwann im zweiten Vierteljahr von 1987 das Geplänkel zwischen der Regierung und der „maßgebenden“ öffentlichen Meinung. Jene begann mit der Vorführung, dass die Steuerreform mindestens die Hälfte der Betriebe und Genossenschaften in die Position des Verlierers treiben würde. Von der anderen Hälfte wird ein Viertel ihren alten Platz bewahren können. So wird es in dieser Sphäre ungefähr nur einem letzten Viertel gelingen, in eine bessere als die vorherige Lage zu gelangen. Im Zusammenhang mit der Einführung des Systems der Personeneinkommenssteuer gaben immer stärker solche Meinungen den Ton an, dass für die Einführung der Bruttolöhne bei den Unternehmen die finanzielle Deckung fehlen wird, es wurden Forderungen laut, dass man die zur Einführung der Bruttolöhne notwendige Lohnmasse bei den Unternehmen garantieren muss. Von der Jahresmitte an begann sich im Kreise der Planungs- und Finanzorgane die Befürchtung abzuzeichnen, dass das Steuersystem vom Beabsichtigten vermutlich stark abweichende Einkommensprozesse beziehungsweise Vermögensteilungsproportionen induziert. Immer begründeter erschien die Furcht, dass die vorhergesagten Wirkungen nicht eintreffen.

So flammte die Diskussion über die Subventionen und das Maß der Steuer wieder auf, war doch das außerordentliche Ungleichgewicht nicht zu übersehen. (Die Erfahreneren machten darauf aufmerksam, dass aus jeder „Umpreisung“-Neupreisbestimmung, die die ungarische Wirtschaftsgeschichte nach 1956 hervorbrachte, die Unternehmens- und Genossenschaftssphäre als absoluter Sieger das Feld behauptete im Gegensatz zur zentralen Absicht.) Inzwischen hielt die Finanzverwaltung an der ursprünglich verkündeten Steuerphilosophie fest, namentlich daran, dass man die Steuerlasten herabsetzen muss. Ich will betonen, dass diese Philosophie auf richtigen

Grundlagen beruhte, weil die Minderung der Steuersätze intensiv wirtschaftlich arbeitenden Unternehmen die Aussicht zu ihrer dynamischen Entwicklung eröffnete. Das Problem ist, dass sich der Subventionsinhalt der Einkommen kaum verringert. So geriet die Steuerphilosophie in Gegensatz zu den Zielen der nach Gleichgewicht strebenden Wirtschaftspolitik. Inmitten dieser heftigen Diskussionen geschah die unerwartete Wendung, das irgendwann Ende September/Anfang Oktober 1987 (also eigentlich noch bei Beginn der Planungsarbeiten) die Maße des Regelsystems endgültig wurden, so für die Planung zusammen die Grundlage bedeutend.

Der Volkswirtschaftsplan und das Staatsbudget für das Jahr 1988 wurde unter solchen Umständen (mit dem Wissen der Verfertiger und der Zustimmung) zu einem nicht gerade inhaltsreichen Papierstoß, an der Realisierung des Planes und des Budgets zweifelte eigentlich jeder. Wenn ich mich richtig erinnere, hat man die Zustimmung zum Plan schließlich damit begründet, dass der Plan und das Budget „sein müssen“, danach im Verlaufe der Durchführung werden wir dann sehen, was möglich ist, beziehungsweise was man tun muss.

3.)

Die Steuerreform und die Aufstellung des Jahresplanes für 1988 kamen zustande inmitten langer, mehrstufiger Verfahren, in deren Folge vorerst verschiedenartige Kompromisse entstehen, noch bevor man in der Lage ist, ihre gesamte Auswirkung auf die ungarische Wirtschaft zu überblicken. Im Laufe der Abstimmungen muss Einvernehmen erzielt werden, weil die Regierung zur Entscheidung über die Diskussionen nicht gerade die geeignetste Körperschaft ist. Übrigens ist es sehr schwer, mit der Meinung des Fachministers in Konflikt zu geraten, ist die Regierung doch nicht in der Lage, die Zweighaftung (des Ministers – E.Ko.) zu übernehmen. Den Fachminister aber leitet, befiehlt vielleicht sogar in der überwiegenden Zahl der Fälle die stärkste Interessengruppe der Unternehmen. Die Kraft dieser Interessengruppe nährt sich aus mehreren Faktoren: aus der Verflechtung mit dem Parteiapparat, aus RGW-Beziehungen usw. usw.

Letztendlich waren die zustande gekommenen Kompromisse einerseits außerordentlich erfolgreich. Die „maßgebende öffentliche Meinung“ formierte sich hinter der Regierung, als die eklatanteste Äußerung kann man die Stellungnahme der Ungarischen Handelskammer vom August einschätzen, ihre eindeutige und einheitliche Parteinahme für die Steuerreform. Die Unternehmen und Genossenschaften wussten damals schon, dass die Steuerreform für sie nicht eine solche Gefahr bedeutet, wie sie ursprünglich befürchtet hatten. Letztlich erwies sich auch die Furcht als unbegründet, dass die Sitzungsperiode des Parlaments im Dezember vielleicht mit der Ablehnung der Steuergesetze endet. Die Diskussion und die Zustimmung im Parlament verliefen ohne Hindernisse. Dass das Parlament aus Laien besteht, ist am allerwenigsten hierfür

die Erklärung. Der Dezembersieg der Regierung im Parlament beweist eher, dass die beiden großen Lobbys (die industriellen und landwirtschaftlichen) das Parlament fest in den Händen hielten, und dass die Übereinstimmung mit ihnen das ausdrückliche Kriterium für Handlungsfähigkeit der Regierung war (vorerst!).

4.)

Wenn wir uns einen Überblick verschaffen für die erwarteten Kennziffern der ungarischen Wirtschaft im Jahre 1988, kann man zu einigen wichtigen Schlussfolgerungen gelangen. Es lohnt, sich diesen Überblick im Spiegel der Ziele des Planes zu verschaffen, kann man so doch die von der Regierung verkündeten Vorhaben, Intentionen, ihre praktische Tätigkeit der Wirklichkeit gegenüberstellen. Als sicher erscheint: das auf die Minderung des Lebensstandards, die Einschränkung des Verbrauchs gerichtete Ziel wird in seiner Gesamtheit in Erfüllung gehen, wenn schon in anderer Struktur verglichen mit dem, was man ursprünglich formulierte. Die Inflation wird größer als die ursprünglich genehmigten 15 Prozent, und es kann auch ein um 2 Punkte größeres Wachstum der Nominalverdienste im Sektor der Unternehmen und Genossenschaften angenommen werden. Beim Lebensstandard dieser Schicht, beziehungsweise was ihren Verbrauch betrifft, ist also eine der Planung sehr nahe kommende Erfüllung zu erwarten. Zugleich entsteht eine beträchtlich schlechtere Lage bei jenen, die nicht im Unternehmens- oder Genossenschaftssektor arbeiten (also im Kreise der Arbeiter und Angestellten der sogenannten nicht produktiven Sphäre), beziehungsweise bei den Rentnern, wo die Nominaleinkommen nicht Schritt halten mit der Inflation. Einstweilen ist es nicht klar, aber wahrscheinlich, dass sich die Lage der Wohlhabenden weiter verbessert. (Das Zurückbleiben der Personensteuereinnahmen hinter dem Plan erzeugt in mir das unklare Gefühl, dass es nicht gelang, die unsichtbaren oder grauen Einkommen zu besteuern.)

Es ist offensichtlich, dass wir der Bevölkerung knallhart die zwangsläufigen wirtschaftlichen Lasten auferlegen, natürlich so, dass im Hintergrund der industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmensleitung (in den Arbeiter- und Angestelltenkollektiven) nicht eine allzu gespannte Lage entsteht. Man muss also einsehen, dass die industrielle und landwirtschaftliche Lobby innerhalb gewisser Grenzen eine Art Volksvertretung versieht, was ein Positivum ist. Andererseits ist es ein schweres Negativum, dass riesige Schichten ohne jede Vertretung einfach ausgeliefert bleiben.

Die Umrisse der Finanzplanung sind noch nicht exakt bestimmbar, aber jedenfalls werden sie wesentlich schlechter ausfallen als geplant. Als bestimmt nehme ich an, dass bei der etatmäßigen Erfüllung sich auch jene strukturelle Verzerrung durchsetzen wird, wie ich sie früher beim Wandel des Lebensstandards der Bevölkerung erwähnte. Das Lohnniveau der Werk tätigen der etatmäßigen Einrichtungen wird das Geplante nicht überschreiten, und dies bezieht sich ebenso auf die gesamten Ausgaben für das

Bildungs- und das Gesundheitswesen. Das den Plan überschreitende Haushaltsdefizit wird sich wahrscheinlich aus den Unterstützungsmehrbeträgen ergeben, welche den Profit nähren. Welchen Vergleich wir auch anstellen, die Lage in der Unternehmens- und genossenschaftlichen Sphäre wird vorteilhafter sein als ursprünglich vorgestellt. Dem wünsche ich keinen Kommentar hinzuzufügen. Schließlich werden all diese Prozesse sich im Wachstum der die Planung überschreitenden Nettoverschuldung zeigen.

5.)

Die Asymmetrie zeichnet sich ab in jener Beziehung, auf welche Art und Weise wir die Korrektur des Gleichgewichts unter den über Einkommen Verfügenden aufteilen. Bemerkenswert ist, dass der Etat beziehungsweise die Unternehmens- und Genossenschaftssphäre weitaus weniger die Lasten tragen als die Bevölkerung. Infolgedessen bildet die volkswirtschaftliche Umgebung keine gebührenden Beweggründe einerseits dafür, die Produktions - und Verwertungsstruktur zu verbessern, andererseits dafür, eine sinnvolle Finanzplanung zu verwirklichen.

Weil es eine Bedeutung hat, möchte ich zur Beweisführung des Gesagten noch einen Faktor hervorheben, nämlich dass heuer voraussichtlich das größte Vorratswachstum im Kreise der Unternehmen und Genossenschaften entsteht, während dies überhaupt nicht sichtbar ist in der Entwicklung der Liquiditätssituation der Unternehmen.

Man kann darüber nachsinnen, ob die erwähnte Asymmetrie sich auf bewusste politische Erwägungen gründet oder die Machtstruktur sie auf spontane Weise ins Leben ruft, beziehungsweise reproduziert.

Ich wurde wahrhaft alarmiert von der entstehenden Diskussion um das folgende Jahr, die Direktiven der Jahrespläne („A“ und „B“ - Variante) betreffend. Das dem Zentralkomitee unterbreitete Dokument, die Einführung durch den zuständigen ZK-Sekretär bedeutet in meiner Lesart die bewusste Annahme und Weiterführung der Asymmetrie. Das Wesentliche, was wirklich hinter der A-Variante (Liberalisierung und Deregulierung) steckt, sehe ich darin, dass der massive Abbau der Subventionen mit der Abwertung einhergeht. Und aus dem Abbau der Subventionen beziehungsweise aus der Abwertung ergibt sich eine die diesjährige ziemlich überschreitende, noch höhere Inflation. Natürlich - vereinfacht gesagt - bedeutet das soviel: die A-Variante wird den Unternehmen und Genossenschaften nicht aufgezwungen, bewahren wir doch so die Unveränderlichkeit der Bedingungen für das Funktionieren dieser Sphäre, solange die Verminderung des Lebensstandards dies aushält. Für mich war es überraschend, wie einheitlich das Zentralkomitee Stellung nahm für die A-Variante. Ich habe den Verdacht, dass die so monolithische Unterstützung für die A-Variante sich aus der gleichen Struktur nährt, wie sie schon die glatte Zustimmung des Parlaments zu den

Steuergesetzen zeigte. Offen formuliert: Das Zentralkomitee ist wahrscheinlich ebenso der Vertreter der Interessen der landwirtschaftlichen und industriellen Lobby wie das Parlament.

6.)

1988 an der Schwelle des letzten Vierteljahres befindet sich das Land schon in einem Zustand nahe am Bankrott. Immer weniger begründet erscheint die Entstehung einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz, welche vom Gesichtspunkt der internationalen Kreditfähigkeit unverzichtbar wäre; Schrecken erregende Zahlen gelangen in Umlauf über das für 1989 zu erwartende Defizit des Haushalts; der für 1989 vorgestellte „Preisplan“ zeichnet sich langsam ab, und alle Anzeichen deuten auf die Entwicklung einer Inflation noch höheren Ausmaßes als der diesjährigen, während nicht die kleinste Bewegung in Richtung struktureller Veränderung sichtbar ist; beziehungsweise - wie ich es sehe - das der unseren internationalen Kredit gefährdende äußere Effekt mit den aus den sich permanent verschlechternden Lebensumständen folgenden inneren wirtschaftlichen und politischen Wirkungen um die Wette läuft, was dann auch zu guter Letzt das den Zusammenbruch Auslösende wäre. Natürlich, beide verflechten und verstärken sich gegenseitig.

#### Schlussfolgerungen

1.

Das im Jahre 1987 im Zusammenhang mit der Steuerreform offenkundig mit der industriellen und genossenschaftlichen Lobby zustande gekommene Übereinkommen (das beinahe die Form eines Paktes annehmende Kompromiss-System) muss gekündigt werden. Den Unternehmen und Genossenschaften gegenüber ist der Zwang der strukturellen Umgestaltung zu verstärken. Dessen wirtschaftliches und politisches Risiko kann man übernehmen. Besser gesagt, man kann es nicht ausschlagen.

2.

Für 1989 muss ein 0“- Basis-Haushalt aufgestellt werden, wenigstens, was die Ausgabenseite betrifft. Als Prioritäten muss man eine gleichartige feste Reihenfolge ausgestalten, man muss jene Bedürfnisse bestimmen, welche man restlos befriedigen muss, die übrigen Ziele aber erhalten soviel Zuwendungen, wie es dafür eine Quelle gibt.

3.

Man muss aufhören mit der alle Grenzen überschreitenden niedrigen Bewertung der Arbeitskraft und mit den über das gedrückte Lohnniveau erfolgenden indirekten Un-

ternehmensunterstützungen. Heute reicht der Arbeitslohn nicht einmal zur Befriedigung der elementaren Bedürfnisse (beispielsweise bewohnbarer Wohnraum, Kindererziehung usw.), deshalb muss man auf vielerlei Haushaltsumwegen dazu Unterstützung gewähren. Inzwischen führt der hohe Profit der Unternehmen zur Behäbigkeit und Selbstgefälligkeit, andererseits nährt das hohe Haushaltsdefizit die klagende Demagogie.

4.

Solange es keine wirkliche Interessenvertretung gibt, weil nur die industrielle und landwirtschaftliche Lobby die Möglichkeit zur massiven Durchsetzung ihrer Interessen hat, muss ein bewusstes Gegengewicht gebildet werden. Ich denke in erster Linie von Seiten der Partei.

Die Wirkungen des Marktes, das Gewinninteresse (respektive die Kategorien der Warenproduktion im Sinne von Marx) konnten kaum ihre regulierenden Wirkungen entfalten, weil die Voraussetzung dafür in einer sozialistischen Gesellschaft nicht verwirklicht werden konnten. Die Teilnehmer des Marktes – abgesehen von unbedeutenden Ausnahmen – waren in einer Monopolstellung, der überwiegende Anteil der Preise war zentral oder über die RGW-Beziehungen reguliert, die Entwicklungs- und Investitionstätigkeit, die Steuer, die Abgaben, beziehungsweise das zentral vorgeschriebene Amortisationssystem (=Abschreibungen) hingen folglich von zentralen Beschlüssen ab. Die Ergebnisse des „imitierten“ (= nachgeahmten) Marktes konnten auch nur imitierte sein. Weder von einem realen Wettbewerb zwischen den Produzenten, noch von einem sogenannten „unvollkommenen Wettbewerb“(5) konnte hier die Rede sein. Andererseits dient der Kapitalismus mit einer Fülle von Beispielen der Erkenntnis, dass man sich keinen Illusionen hingeben kann im Zusammenhang mit einer „Gleichgewicht schaffenden“ Wirkung der Funktion des Wertgesetzes.

In den 1980-er Jahren nahm ich teil an einer Konferenz im Finanzministerium. Dort kam die Rede darauf, dass im Zuge der Neupreisbestimmung vom Volkseinkommen 10 Milliarden einfach verschwanden. Niemand konnte dafür eine vernünftige Erklärung geben, nicht das Preisamt ( Csikós-Nagy ), nicht das Finanzministerium, nicht das Landes-Plan-Amt. Aber jeder war sich darüber im Klaren, dass die Unternehmen und Genossenschaften sich dieses Geld „ eingesteckt“ hatten, damit es als Gewinnreserve diene. Schließlich einigte sich die Gesellschaft, dass man die verschwundene Summe durch die Korrektur der Basiszahl verschwinden lässt. Dazu ließ sich auch das Zentrale Statistische Amt ( Vera Nyitrai und Júlia Zala ) überreden. Als nun irgendein Chef fragte: Ist das dann so in Ordnung? Flüsterte ich halblaut zum neben mir sitzenden Attila Madarassy: „Ja, Genossen, ab jetzt ist es so gewesen!“

Die Reform der Wirtschaftslenkung, die Liquidierung der zentral gelenkten Planung beendete die zentrale Lohnregulierung. Dieser Schritt paarte sich – wie ich bereits weiter oben erwähnte – mit dem Auseinandergehen der Einkommensschere des Agrariums und der von Lohn und Gehalt Lebenden, war verbunden mit dem Entstehen ernster Lohnspannungen. Die Lage in der Gesellschaft erregte Diskussionen im Kreise der Partei- und Staatsorgane. Die Rede kam nicht nur auf die Spannungen, sondern auch auf einzelne Fragen des „sozialistischen Modells“ wie zum Beispiel den „Frigidaire-Sozialismus“, das „Arbeiter-Bauern-Bündnis“. Die Betrieblichen Wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaften (VGMK) überbrückten dann „in Augenblicken“ alle Spannungen. Ihre sprunghafte Vermehrung durch die in ihnen erzielbaren Einkommen bewirkte, dass die im sozialistischen Großbetrieb in der gesetzlichen Arbeitszeit geleistete Arbeit so an Wert verlor, dass in Wirklichkeit niemand mehr an ihr interessiert war.<sup>(6)</sup> Nach der Landwirtschaft erreichte der Prozess der Verkleinbürgerlichung die Industrie, genauer gesagt auch die Arbeiterklasse. Die vom Gehalt Lebenden (Ärzte, Lehrer, Beamte, öffentliche Angestellte usw.) und die Rentner wurden zu den tatsächlichen Verlierern der oftmals spontanen Einkommensprozesse. Diese wurden von Zeit zu Zeit durch die sogenannten zentralen Lohnmaßnahmen der Regierung gemildert.

Im Zuge der Ausarbeitung der Jahresvolkswirtschaftspläne musste ganz besondere Sorgfalt auf Maßnahmen zur Verbesserung des gesellschaftlichen Allgemeinbefindens gerichtet werden. Die wesentlichsten und wichtigsten unter ihnen waren zwischen 1960 und 1975 das erste und das auf dieses folgende zweite Wohnungsbauprogramm, im Rahmen dessen neue Wohnungen in Größenordnung von Millionen entstanden. Eine weitere solche Maßnahme war beispielsweise die Milderung der Regeln für Auslandsreisen, die neue Regel der Ausstattung mit ausländischen Valuten. Schon zur Zeit der Grósz-Regierung wurde, unter heftigem Protest der Nationalbank und des Finanzministeriums, die auf die einzelne Person bezogene Valutapauschale erlassen. Damals startete die Völkerwanderung zwecks Einkauf in das nahe Burgenland, als man nach dem Volksmund auch noch die tote Großmutter in den Trabant einpackte, um auch noch ihre Valuta zu erhalten. Wenn man jenes für diesen Zweck ausgegebene Geld für die Einfuhr langlebiger Artikel verwendet hätte, dann wären die Einnahmen des ungarischen Handels (und des Staates) davon gewachsen und die Handelsspanne wäre nicht in die Taschen der österreichischen Händler gewandert). Aber nicht einmal davon war die Rede, dass das halbe Europa über uns lacht.

### 5.3. Der Abschnitt zwischen 1988 und 1990

In der Periode zwischen 1988 und 1990 kann der aus den Verpflichtungen, Kredite zu tilgen, folgende äußere Druck nachlassen. Es können dann die Bedingungen dafür entstehen, dass mit der Beendigung der Periode der Konsolidierung wir eine neue Grundlage für wirtschaftliches Wachstum legen können. Dazu jedoch ist nicht nur der erfolgreiche Abschluss der Überlebensperiode zwischen 1984–1988 notwendig, sondern auch, dass die im erwähnten Zeitraum aufgenommenen Kredite verhältnismäßig günstige Bedingungen bezüglich ihrer Fälligkeit haben. Ihre Tilgungen sollten nicht die Tilgungsverpflichtungen im Zeitraum 1988–1990 erhöhen, damit sich der mit hohen Tilgungsverpflichtungen verbundene Abschnitt nicht fortsetzt.

Auch im Zeitabschnitt 1988 bis 1990 wird die Auslandsverschuldung das größte Problem sein, man nicht davon absehen können, dass man das wirtschaftliche Wachstum strengstens unterordnen muss unter die äußeren Gleichgewichtsanforderungen. Daraus folgt, dass wir mit Wachstum nur rechnen können, wenn wir unseren eigenwirtschaftlich erzeugbaren Export steigern können. Dies kann man durch Erhöhung der wirtschaftlichen Herstellung exportfähiger Erzeugnisse verwirklichen. Die Bedingungen wirtschaftlichen Wachstums zwischen 1988 und 1990 jetzt schon aufzuzeichnen, würde stark dem Wahrsagen ähneln. Oberflächlich können wir nur wissen, mit wie großer Unsicherheit man rechnen muss. Während des Herauskommens aus der Krise wird sich herausstellen, dass entwickelte kapitalistische Länder oder einzelne Entwicklungsländer mit welchen technischen und technologischen Neuerungen hervortreten, weshalb sich auf welchen Märkten und bei welchen Erzeugnissen die Konkurrenz verschärft, von welchen Märkten wir endgültig verdrängt werden können, aber auch, wo es Hoffnung darauf gibt, dass wir unsere Positionen halten oder ausbauen. Weil es heute außerordentlich schwer ist, die Veränderungen abzuschätzen, können wir nur danach streben, dass wir unsere auf sehr schwachen Füßen stehende Anpassungsfähigkeit irgendwie entwickeln.

Erstrangiges Mittel hierzu ist, dass wir unsere auf ein kritisches Niveau gesunkenen Devisenreserven auf eine entsprechende Größe auffüllen. Dies schüfe für uns von neuem Bedingungen für das Manövrieren, würde uns befähigen, dass die Wirtschaft kleinere und eventuell auch größere ungünstige Entwicklungen ohne besondere Störungen übersteht. Praktisch ist davon die Rede, dass unsere zwischen 1988 und 1990 vielleicht entstehenden Quellen in erster Linie zur Bildung von Reserven verwendet werden müssten. Aus alledem folgt letzten Endes, dass man in absehbarer nächster Zeit mit einer dynamischen Steigerung des inländischen Endverbrauches nicht rechnen kann.

Die schwerste, mit den meisten Erschütterungen verbundene Aufgabe ist die, dass wir die Erhöhung der wirklichen Wirtschaftlichkeit der Erzeugung erzwingen, die Strukturveränderung nach wirtschaftlichen Kriterien. Die Erfüllung dieser Aufgabe beansprucht im Verhältnis zu unseren bisherigen Methoden die radikalste Veränderung. Wir müssen damit brechen, dass wir die Lage der Unternehmen und Genossenschaften nivellieren, den gut arbeitenden nehmen wir ihre Entwicklungsmöglichkeit durch Entzug ihrer Einkünfte, die Schwachen aber halten wir mit Unterstützungen am Leben. Wir müssen den Unternehmen und Genossenschaften die Differenzierung ihres Einkommens gestatten auf der Grundlage der Effektivität ihrer Arbeit. Gänzlich müssen wir unsere Politik der Subventionierung überdenken und der betriebswirtschaftlichen Realität immer größeren Raum geben. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass dies vorübergehend Verluste verursachen kann. Groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass wir nicht fähig sind, das Zurückdrängen der unwirtschaftlichen Produktion in ebensolchem Tempo gleichzeitig durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Produktion zu ergänzen. Folglich müssen wir in einen Übergangszeitraum mit Produktionsausfällen rechnen.

Diese zerbrechliche Gleichgewichtslage können wir wegen der Verwundbarkeit der Wirtschaft bis 1988 kaum angehen (leider bedürfen wir auch des nicht wirtschaftlichen Exportes), aber in weniger zugespitzter Lage kann man vielleicht laufend eine Reserve dafür bilden, damit wir die Übergangsverluste, die Mehrkosten des Umbaus der Struktur übernehmen können. Wir müssen jene Aufgabe bewältigen können, dass wir Fabriken schließen, dass wir den vorübergehend arbeitslos werdenden in ihrer Lage helfen, ihr Auskommen sichern, solange sie keinen neuen Arbeitsplatz erhalten, bzw. ihnen Umschulung und Berufswechsel ermöglichen.

In der Periode zwischen 1988 bis 1990 erreichen wir im günstigen Falle jenen Tiefpunkt, nach welchem irgendein wirtschaftliches Wachstum in Gang kommen könnte und die Bedingungen dafür entstehen könnten, dass der inländische Endverbrauch beginnt sich laufend zu erhöhen. Nach diesem Tiefpunkt kann der Neubeginn der Modernisierung der Grundmittel an die Reihe kommen und die Erhöhung des Lebensniveaus in bescheidenem Maße. Im günstigsten Falle kann es zu folgendem kommen.

- Ein spürbares Exportwachstum begründet die Möglichkeit, den Schuldendienst nur zu einem kleineren Teil aus unseren eigenen Guthaben zu erfüllen.
- Die Ordnung der Wirtschaftslenkung schafft umfassend eine solche volkswirtschaftliche Zielstellung, welche die Zunahme der Wirtschaftlichkeit erzwingt, die Vergrößerung der Wirksamkeit der Erzeugung, des Absatzes und der Akkumulation.

- Die Einkommensverhältnisanteile und die Verbraucherpreisverhältnisse bringen eine rationale Verbraucherstruktur zustande, folglich sind Exportinteressen bzw. sich an das Gleichgewicht des Binnenmarktes knüpfende Interessen gut miteinander harmonisierbar.

Die Lösung der aufgezählten Bedingungen hängt teils von unseren Entschlüssen ab, teils können sie jedoch das Ergebnis von uns unabhängiger Prozesse sein. Wie sich auch die äußere Lage herausbilden wird, die von uns abhängenden Schritte müssen gegangen werden, weil es auch im Falle schlechter Entwicklungen leichter ist, die Belastungen zu ertragen, wenn in der Wirtschaft die Gesichtspunkte der Rationalität zur Geltung kommen. Die wirtschaftliche Rationalität ist unter allen Umständen der langfristig stabilisierende Faktor.

In der ersten Hälfte der 1980er Jahre geschah eine Episode ohne Folgen. Wir erhielten eine Einladung zu einer ganztägigen Beratung in ein kleineres Hotel. Als wir uns versammelten, sah ich Staatssekretäre und Ministerstellvertreter, mit ihren Abgesandten war die gesamte Regierung anwesend. Danach erschien Béla Nagy Csikós (10), der Präsident des Amtes für Preise. In seiner Eröffnung sagte er, dass er den Auftrag erhielt zur Ausarbeitung eines komplexen Planes, welcher geeignet ist, die wirtschaftlichen Spannungen zu lösen. Er entwarf eine Vorstellung, in der Preis-, Lohn- und Valuta-Reform vorkamen, ebenso trug er ein Investitionsprogramm in großen Linien vor. Schließlich fügte er hinzu, dass man die Finanzierung der Durchführung durch die ergänzende Aufnahme ausländischer Kredite lösen muss. Ich achtete nicht auf die ersten Wortmeldungen, ich versuchte auszudrücken, dass die ganze Vorstellung unfruchtbar ist, weil nicht finanzierbar. Ich erhielt das Wort und sagte meine Meinung. Darauf reagierte Csikó: zu dem von mir Gesagten sollten wir keine Diskussion eröffnen, lenken wir nicht die Aufmerksamkeit ab von den Sachen, die es wert sind. Da sprach Madarassy dazwischen: Es gibt kaum eine wichtigere Angelegenheit als das von Tenner Gesagte. Csikós ließ dies an seinem Ohr vorbeigehen. (In mir kochte der Zorn.) Nach dem Mittagessen, ich konnte vor Nervosität nicht essen, ging ich hinaus und rauchte eine Zigarette, als sich jemand bei mir unterhakte. Es war Csikós Nagy, er bat mich, ihm genau zu erklären, wovon ich in meiner Wortmeldung gesprochen hatte. Ich glaube, ich kann ziemlich genau wiedergeben, was ich damals sagte. Ungarns Schuldendienstverpflichtung (die gemeinsame Summe der für das betreffende Jahr fälligen Kredittilgung und Zinszahlung) belief sich damals auf 1,1 Milliarden Dollar. Diese Summe musste man auf jeden Fall aus ausländischen Krediten bedienen, weil, wenn man auch auf irgendeinen Überschuss über den Außenhandel und den Fremdenverkehr rechnen konnte, dieser im allgemeinen von unseren eignen Kreditgewährung gegenüber Entwicklungsländern und für unseren eigenen Verbrauch benötigt wurde. Ungarns Kreditaufnahmefähigkeit ist bei Berücksichtigung der Ausmaße des Landes und seiner wirtschaftlichen Lage natürlich begrenzt. Selbst im günstigen

Falle kann die Summe für einen Kredit nur 300 Millionen USD (ausnahmsweise und selten 400 Millionen) sein. Real können wir auch im allerbesten Falle nur damit rechnen, dass das Land aus solchen Quellen höchstens zu einem neuen Eine-Milliarden-Dollarkredit gelangen kann. Demgemäß sei jede solche Vorstellung, welche mit weiteren bedeutenden Quellen rechnet, unreal. Csikós Nagy war sichtbar betroffen, ich aber wunderte mich darüber, dass er, in der Sache sehr unbewandert, es wagte, sich in diese Unternehmung zu begeben, wie er sagte: „Ich bekam vom allerhöchsten Parteiorgan einen besonderen auf meinem Namen lautenden Auftrag.“ Die Nachmittagsdiskussion leitete Csikós Nagy so, als ob wir mittags nicht miteinander gesprochen hätten. Danach erfolgte keine Fortsetzung.

Eine andere Episode irgendwann um den September 1986. Lajos Faluvégi, stellvertretender Ministerpräsident, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, hielt eine Konferenz ab über den Jahresvolkswirtschaftsplan für 1987 zum Zwecke der Abstimmung unter den Staatssekretären. Er begrüßte kurz die Teilnehmer und übergab dann das Wort an den Staatssekretär des Planungsamtes, János Hoós und eröffnete sich. Hoós trug in einigen Sätzen die wichtigeren Planziele vor und eröffnete die Diskussion. Als Erster ergriff Attila Madarassy das Wort. Er legte die bei der Aufstellung des Staatshaushaltes verfolgten wichtigsten Grundsätze dar, Punkt für Punkt hob er die Widersprüche von Plan und Budget hervor. Zum Schluss schlug er vor, „die Konferenz möge Tenner anhören, der den Standpunkt der Ungarischen National Bank – MNB – hierzu sagen wird.“ Ich erhielt sofort das Wort, und in einem etwa zwanzig Minuten dauernden Vortrag begründete ich: Zwischen dem Plan und den tatsächlichen Möglichkeiten sind Entfernungen von solchen Ausmaßen, dass man das unterbreitete Material nicht als reale Verhandlungsgrundlage betrachten kann. Die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer begegnete jetzt erstmalig dem außenwirtschaftlichen finanziellen Ungleichgewicht unserer Lage ohne Kosmetik.

Die Diskussion, zu der beinahe jeder beitrug, dauerte bereits gut drei Stunden, als Hoós die Schlussfolgerungen zusammenfasste (bis heute erinnere ich mich daran):

„Nun, Genossen, wir wissen, was jetzt die vor uns stehende Aufgabe ist. Am Donnerstag ist die Sitzung der Regierung, folglich müssen die Mitglieder der Regierung am Mittwoch das Material erhalten. Deshalb muss bis heute Abend um Zehn alles abgeschlossen sein, damit das Drucken und Binden bis zum Morgen fertig wird, weil früh um Neun das Ganze im ATB-Sekretariat abgegeben werden muss. Ist alles klar Genossen? Hat jemand vielleicht eine Frage?“ Ich meldete mich und sagte das folgende: „Genosse Hoós! Ich kann nicht glauben, dass Du aus dreistündiger Diskussion nur die eine Frage mitgenommen hast, wann man das Material zum Drucken abgeben muss. Ich gebe bekannt, die MNB verbleibt bei ihrer Gegenmeinung, ihren Text übersende ich sofort.“ Als ich in die Bank zurückkehrte, diktierte ich sofort den Text der

Gegenmeinung der MNB in die Maschine und meldete mich bei Timár an. Die Sekretärin sagte, sie rufe zurück, weil der Chef gerade telefoniert. Eine Viertelstunde später konnte ich hineingehen. Timár empfing mich mürrisch: „Warum zum Teufel musstest Du mit Hoós aneinandergeraten?!“ Ich wollte antworten, aber Timár winkte ab „Antworte nicht, das war eine poetische Frage bzw. eine ernste Mahnung, verstehst Du?!“ „Ja ich verstehe.“ - antwortete ich. Timar las den Text. Er strich einen Satz, er werde ihn mündlich ausdrücken.

Letztlich noch eine dritte Episode. Im engen Kreis fand eine Diskussion über die Außenhandels-Gleichgewichtslage ihre Fortsetzung. Die Teilnehmer: Ákos Balassa (Hauptabteilungsleiter im Landesplanungsamt), Attila Madarassy, László Ballai (wirtschaftlicher Leiter der Parteizentrale), Miklós Németh (wirtschaftspolitischer Sekretär des ZK) und ich selbst. Nach langer Diskussion nahmen wir die von mir sehr ausführlich ausgeführte Lagebeurteilung an, namentlich, dass es nicht gestattet ist, einen Plan anzunehmen, welcher mit Steigerung der Verschuldung rechnet. Miklós Németh versprach, dass er diesen Standpunkt in der folgenden Sitzung des Politbüros vertreten würde. Schon am nächsten Tage erfuhr ich, dass Németh offen für die weitere Verschuldung eintrat, wobei ihm mehrere Teilnehmer widersprachen (Wer sie waren, ist mir unbekannt).

Inzwischen machte ich mit Schrecken die Erfahrung, dass in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Länder des RGW sich die Risse verbreiteten. Schon ab den 60-er und 70-er Jahren verbreiteten sich in Außenhandelskreisen Geschichten, dass die tschechoslowakischen Firmen auf den kapitalistischen Märkten hart mit den übrigen sozialistischen Ländern konkurrierten und zu keinerlei Zusammenarbeit bereit waren. Dies war für jeden unvorteilhaft, weil es die Preise drückte, was die sowieso ansteigende Notwendigkeit der Subventionen des Exports erhöhte.

Ab Anfang der 80er Jahre belastete einesteils den Warenaustausch mit der Sowjetunion, dass der für sie hergestellte Anteil unserer Exporterzeugnisse gemäß ihrem Wunsche zu wachsen begann, andererseits die Sowjetunion gegenüber Ungarn ständig wachsende Schulden anhäufte. Darauf war es nicht möglich so zu reagieren, dass wir unsere Lieferungen verminderten, wem sonst hätten wir sie verkaufen können?

Mit einigen südamerikanischen und afrikanischen Ländern nahm der Umsatz zwar zu, aber natürlich nur auf Kredit bei uns, denn wenn sie Geld hatten, kauften sie nicht von uns.

Parallel hierzu verringerte die Sowjetunion von Jahr zu Jahr die Erdölkontingente. Man musste zusehen, wie der sozialistische Internationalismus und die Solidarität, die Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern, zu einer leeren Losung wurden. Bei einer meiner Moskauer Verhandlungen sagte mein dortiger ungarischer Kol-

lege offen: „Sie sind nicht solidarisch mit uns, von uns fordern sie Hilfe, während bei Ihnen das Lebensniveau viel höher ist als bei uns, ganz zu schweigen von der Warenversorgung.“ In dieser Feststellung war Wahrheit, deshalb reagierte ich nicht, genauer gesagt, schweigend startete ich auf meine Papiere. Einmal auf der Sitzung der Wirtschaftskommission kam auch dieses Thema zur Sprache, aber Marjai war nicht bereit, eine Diskussion hierüber zu erlauben.

Die Lage war in Kreisen der Apparate nicht unbekannt. Ich wunderte mich deshalb auch nicht, dass Leiter hohen Ranges (ganz zu schweigen von Leitern niederen Ranges) recht oft, mal vorsichtiger, mal ganz offen nicht gerade schmeichelhafte Bemerkungen über die „Russen“ machten. Sicherlich beurteilte man auch in Moskau die Beziehungen nicht gerade ungetrübt. Dies führte ich darauf zurück, dass gerade in den kritischeren Tagen eine sowjetische Bank ihre Einlage von 400 Millionen Dollar aufkündigte.

Die Bank of China (die chinesische Außenhandelsbank), welcher wir unsere Liquiditätsschwierigkeiten signalisierten, eröffnete daraufhin unverzüglich mit einer großen Summe eine unbefristete Einlage in der Ungarischen Nationalbank (nicht ausgeschlossen ist, dass dieser letzte Strohalm das Land vor der Zahlungsunfähigkeit rettete.)

Unser Anschluss an den Internationalen Währungsfonds und an die Weltbank vollzog sich in zwei Stufen. Zuerst mussten die sich auf die ungarische Wirtschaft beziehenden Daten geklärt und entsprechend den internationalen Normen präsentiert werden. Danach begannen die Verhandlungen um die Bedingungen für den ersten jederzeit abrufbaren Kredit.

Gleichzeitig, als ob nichts geschehen wäre, wurden die Volkswirtschaftspläne verfertigt, die kaum etwas mit der wirklichen Lage zu tun hatten. Faluvégi, stellvertretender Ministerpräsident, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, erzwang auf seine außerordentlich machthaberische Weise diese Papierpläne. Die Gegner der Verschuldung aber drängte er schließlich aus den Entscheidungsmechanismen.

Ab Mitte der 80-er Jahre begann man, die vernünftige rationale Beweisführung lieber durch rhetorische Ausdrücke zu ersetzen. (Dafür gab es auch früher schon Beispiele, aber nicht so sehr auffallende.) Anlässlich der Erörterung eines Jahresplanes erklang eine Anweisung von Faluvégi, der Plan solle Ausbruchspunkte markieren. Als Hauptabteilungsleiter Balassa dies sagte, entstand - durch die Blume gesprochen - große Heiterkeit, als jemand unverblümt sagte „Bei uns wird der Wahnsinn ausbrechen.“ In der Wirklichkeit stellte sich nämlich nie heraus, was und wo die Punkte des Ausbruchs denn sind. Eine andere überall verbreitete Legende sprach davon, dass wir ausschließlich solche ausländischen Kredite aufnehmen, die der Finanzierung schnell-

len Ertrag bringender Investitionen dienen, welche die Exportkapazität des Landes in Richtung der kapitalistischen Länder erweitern. Dafür verkündete die MNB auch besondere Kreditkonstruktionen. Einige Dutzend solcher Kredite wurden besonderen Unternehmen auch zuerkannt. Über die Inanspruchnahme und die tatsächlichen Ergebnisse dieser Kredite standen, wenigstens bis 1988, keine interpretierbaren Informationen zur Verfügung. Großunternehmen erhielten größere Summen zur Exportförderung. Für diese Investitionen wurde keine Wirtschaftlichkeitsprüfung durchgeführt bzw. man unterdrückte bewusst die Aufnahme solcher Überprüfungen in das Programm. Das Argument war immer, dass die verwirklichte Investition immer nur der Teil eines größeren Programmes und folglich an sich selbst nicht prüfbar sei; mit einer abgeschlossenen Entwicklung hatte man es nie zu tun.

Der Anschluss an die internationalen Finanzorganisationen, eröffnete die Kreditmärkte für Ungarn von neuem, was zu erwarten war. Das Land nutzte die Möglichkeit, alle Kredite zu annehmbaren Bedingungen aufzunehmen. Die Kredite dienten überwiegend der Erfüllung des Schuldendienstes, bzw. sie finanzierten den gesellschaftlichen gemeinsamen Verbrauch. Wir tappten in die Schuldenfalle.

## **6. Die Umgestaltung des Bankensystems**

Bei Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds, zumindestens bei denen, an denen ich teilnahm, wurden keine Forderungen gestellt, die sich darauf bezogen, dass man in der Wirtschaftsordnung Veränderungen durchführen müsse. Später jedoch, als die Leitung des Landes, beiläufig die Wichtigkeit der Anpassung an internationale Trends erkannte, formte sie „von selbst“ das Steuersystem um, führte sie die Besteuerung des persönlichen Einkommens, die Einkommenssteuer ein. Die Maßnahmen hätten eine geradezu wirksamkeitssteigernde Wirkung haben können, dies hat sich jedoch aus anderen Gründen nicht realisiert, die schon früher erörtert wurden. Nicht von einem einzigen Mitglied der IMF-Delegationen hörte ich die mildeste Andeutung, dass sie unzufrieden wären mit unserem einstufigen Bankensystem. Die MNB trat immer für das finanzielle Gleichgewicht ein, die Kreditvergabe im Inland war bei ihr monopolisiert, und sie verkündete nicht nur strenge Kreditvergabekriterien, sondern setzte sie auch in der Praxis um.

Für Versuche der Lockerung gab es auch schon früher Anzeichen. Die Ungarische Nationalbank als Organ mit landesweiter Zuständigkeit stand unter der Aufsicht des Ministerrates. Die Aufsicht übte der Vorsitzende des Ministerrates aus. Faluvégi, später auch Hetényi versuchten mehrmals, das Aufsichtsrecht auf sie selbst sowie auf die übrigen Ministerratsmitglieder zu übertragen. Timár, welcher Mitglied des Zentralkomitees war, wehrte dieses Manöver erfolgreich ab. Doch dann fasste das Politbüro einen Beschluss für die Herausbildung eines zweistufigen Bankensystems gegen

den entschlossenen Protest der MNB. Mit der Leitung der Arbeit wurde Hetényi beauftragt. Die Hauptabteilungsleiter für Kredite der MNB, besonders die sich mit Kreditierungsaufgaben beschäftigenden Stellvertreter des Präsidenten, begrüßten begeistert jenen Beschluss, weil sie damit rechneten, dass sie die Generaldirektoren der neuen Banken würden, dass ihr Einkommen wachsen wird, und da sie über große Mittel verfügten, gelangten sie in den Kern der neuen Elite.

Die zerstörende Wirkung dieses Schrittes zeigte sich sofort nach der Gründung der „neuen“ Banken. Die Kreditexpansion setzte sich in Bewegung, die Verschuldung setzte sich fort. Sich beinahe jedem widersetzend kämpfte die Ungarische Nationalbank gegen das unverantwortliche Drucken und in Verkehr-Bringen neuen Geldes, solange, bis die Regierung die gesamte Leitung ablöste. Die Privatisierungswelle nach 1989 - und damit in engem Zusammenhang die von der Regierung Antall als unvermeidlich qualifizierte Bankenkonsolidierung - machten die jeder vernünftigen Erklärung entbehrende plötzliche Bereicherung einzelner Bankenleiter möglich. Anfang der neunziger Jahre erstellte man eine Übersicht über die eingefrorenen (nicht mehr zu bedienenden, also „faulen“) Kredite. Es stellte sich heraus, dass allein 40% von ihnen aus dem Zeitabschnitt vor dem Systemwechsel stammten, sie wurden überwiegend schon von den neuen Handelsbanken ausgereicht. (Der einstige MNB-Präsident Ferenc Bartha, früherer Sekretär des von Marjai geleiteten Wirtschaftskomitees, und Sándor Demjén, der Generaldirektor der neuerdings entstandenen Ungarischen Kreditbank, sind heute die Leiter der Tigránit Firma. Beide zählen heute zu den reichsten Menschen in Ungarn.

Währenddessen war die Umorganisation des Bankensystems im vollen Gange. Eines Tages rief Timárs Sekretärin an, dass mich der Chef um 7 Uhr erwartet. Timár war mürrisch und sichtlich nervös „Lies Dir das durch“ und drückte in meine Hand ein ganzes Papierbündel. Das erste Material war die Meldung des Hauptabteilungsleiters der Buchhaltung darüber, dass im abgelaufenen Vierteljahr die im sogenannten dealing-room durchgeführten Devisenkonversionen einen Verlust von 400 Millionen Dollar angehäuft hatten. Die ausführliche Meldung beinhaltete die Daten nach Transaktionen und Tagen gegliedert. Das andere Material beinhaltete die „Antwort“ des Leiters vom dealing-room. Das Wesentliche der Antwort war, der dealing-room registriert die Transaktionen anders als die Hauptbuchhaltung und aus jener Abweichung ergibt sich der Unterschied, in Wirklichkeit habe es keine Verluste gegeben. (Die Beweisführung erging sich in langen und verwickelten mathematischen Ausführungen.) Ich sagte Timár, dass nach meinem Gefühl die vorliegende Ableitung falsch sei, aber das Ganze genau durchrechnen müsse, damit ich eine konkrete Antwort geben kann. Timár bat, dass ich bis zum (nächsten) Morgen mit der Arbeit fertig sein soll, und er ordnete an, dass ich mit niemanden über die Sache sprechen darf.

An die genauen Einzelheiten erinnere ich mich nur schwer. An die den wesentlichen Teil betreffenden Momente erinnere ich mich jedoch. Zum Ersten war ein Verlust prinzipiell eigentlich unmöglich, weil es zwischen dem dealing-room und dem Leiter der englischen Firma einen gültigen Vertrag gab, nach welchem wir ihre Geschäftstätigkeit befolgen, in diesem Sinne teilen wir mit ihnen den Gewinn, einen eventuellen Verlust aber ersetzen uns die Engländer im vollen Umfang. Diese Vereinbarung kam zustande für ein Geschäftsvolumen von bestimmter Größe. Das Präsidium nahm diesen Plan an.

Die Antwort des Leiters vom dealing-room erlaubte außerordentlich interessante Feststellungen zu machen. Es stellte sich heraus, dass die Verluste verursachenden Geschäfte sich auf zwei Firmen zurückführen ließen, nur die mit diesen geschlossenen Geschäfte waren verlustreich. Und gleichzeitig stellte sich heraus, dass unter den anderen, das gleiche Geschäftsprinzip verfolgenden Geschäften nicht eines verlustreich war. Zeile für Zeile durchsuchte ich die Meldung der Hauptbuchhaltung und es gelang mir festzustellen, dass man die Verlustgeschäfte umgebucht hatte und zwar vom Konto der mit uns vertraglich verbundenen englischen Firma auf das Konto der Ungarischen Nationalbank (MNB). So wurde die englische Firma vom Ersatz des Verlustes befreit, den die MNB schlucken musste. Die Engländer aber bezeugten offen ihre Dankbarkeit für die ihnen erwiesene Freundlichkeit. Am anderen Morgen hörte Timár verzweifelt meinen Bericht. „Was soll ich tun?“ fragte er mich. Auf meinen Rat schrieb er auf das Material: „Genosse Fekete! Dies ist Dein Fachgebiet, befasse Dich damit. T.“ Die Geschichte hat keine Fortsetzung. Die Forderungen des IMF, ihre Ratschläge, so wie sie sie nannten, waren auf ihre Weise rational, weil sie im Grunde bankmäßig dachten: Sie wollten für die Rückzahlung ihrer Kredite sorgen, sie drangen auf die Steigerung der Wirksamkeit von Produktivität und Umsatz und wollten die Entstehung einer solchen Verbraucherstruktur erreichen, über welche der grundlegende Importanspruch vermindert werden kann beziehungsweise mehr Warenfonds für den Export zur Verfügung stehen. Hinter dem Spitzfindigkeitsausdruck stand die Überlegung, dass sich das Preisniveau für Haushaltsenergie erhöhen soll (um die Bevölkerung zur Energiesparsamkeit anzuspornen), und die Preise für die Grundnahrungsmittel wesentlich erhöht werden sollten.

Die Absichten des IMF kollidierten mit den sich auf das Lebensniveau beziehenden Grundsätzen der Partei. Kádár erklärte: „Ein solcher Plan, welcher nicht die Erhöhung des Lebensniveaus um mindestens fünf Prozent vorsieht, ist nicht annehmbar. Eine Lebensniveauerhöhung kleiner als fünf Prozent spüren die Massen nicht.“ Und er fügte hinzu: „, Wenn die Genossen einen solchen Plan nicht verfertigen können, dann werde ich jene finden, die dazu fähig sind.“ Er fand auch diese „Genossen“, diese fanden danach die Übrigen. János Fekete hatte es kapiert. Er suchte János Kádár auf

und bot ihm an, dass er die Finanzierung dieses Planes übernehmen wird. Die Verschuldung wurde fortgesetzt. Was darauffolgte, das ist schon jüngste Vergangenheit.

## 7. Schlussfolgerungen

Wenn die Diagnose gut ist, dann folgt daraus noch lange nicht die richtige Therapie. Ich fasse in diesem Kapitel die Gedanken zusammen, welche mich seit Jahrzehnten beschäftigen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Effektivität im vom Kapitalismus in den Sozialismus führenden Zeitalter des Übergangs.

1). Ich denke, dass die Marx'sche Reproduktionstheorie für das Zeitalter des Übergangs unbedingt gültig ist, ja dass man diese Theorie sogar als allgemeingültig betrachten kann. Diesen Gedanken führte ich in der mündlichen Verteidigung meiner Dissertation aus, und auf der Grundlage des marx'schen Zweisektorenmodells demonstrierte ich, dass neben der fortwährenden Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals und der fortwährenden Entwicklung technischer Verfahren auch ein solcher Weg des wirtschaftlichen Wachstums möglich ist, welcher im Einklang ist mit dem maximalen Verbrauch. Die Funktionsfähigkeit des Modells wurde von meinem Freund Péter Gerö auch mathematisch bewiesen. Das Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung, welches Stalin formulierte, gründet sich auf der Marx'schen Reproduktionstheorie und bedeutet in die Sprache der Praxis übersetzt, dass man am stärksten die der Herstellung von Produktionsmitteln dienende Herstellung von Produktionsinstrumenten steigern muss. Dem folgt die der Herstellung von Gebrauchsartikeln dienende Herstellung von Produktionsinstrumenten. Dritter in der Reihenfolge: Herstellung von Verbrauchsartikeln (Konsumgütern). Als man mit dieser natürlichen Reihenfolge – einem grundlegenden Lehrsatz der marx'schen Wirtschaftslehre – brach, zerbrach der revolutionäre Prozess, die Übergangswirtschaft geriet in den Zustand der Stagnation. Unter solchen Umständen wurde die Existenzberechtigung des sozialistisch genannten Systems mit einem Fragezeichen versehen, da seine grundlegenden Funktionen, effektiver als der Kapitalismus zu wirtschaften, nicht verwirklicht wurden. Und trotzdem war das sozialistische Lager, welches am Anfang der fünfziger Jahre ein Sechstel der Welt ausmachte, mit seiner die Technologie entwickelnden Fähigkeit auf gewissen Gebieten, was das erreichte Entwicklungsniveau betrifft, wettbewerbsfähig mit der kapitalistischen Welt. Jenes Sechstel zusammen war fähig zur Selbstversorgung, es hing nicht ab von der kapitalistischen Welt. Wenn der weitere Kampf um die technische Überlegenheit sich fortgesetzt hätte, nicht abgebrochen worden wäre, wäre es möglich gewesen, das Zurückbleiben im Lebensniveau aufzuholen.

2). Man muss sich darüber klar sein, dass es streng verboten ist, Kompromisse, welche vom Gesichtspunkt geschichtlicher Prozesse nur in je einem gegebenen Augenblick gültig sind, in den Rang der Theorie zu heben. Das wussten auch schon die alten Römer: „ Quidquid agis, prudenter agas et respice finem.“ (11) Dagegen machte ich die Erfahrung, dass immer dann, wenn wir mit einer Schwierigkeit konfrontiert wurden, die Lösungsvorschläge nur auf eine Überbrückung für kurze Zeit ausgerichtet waren, wenn sie aber zu einem Parteibeschluss erhoben wurden, dann wurde dieser automatisch zu einem unberührbaren Teil der Ideologie, er wurde ein Dogma. Dies lief so ab mit den Vorstellungen von Imre Nagy, aber hauptsächlich im Zusammenhang mit der von Rezsö Nyers vertretenen und durchgesetzten Wirtschaftsreform. Wer den Vorstellungen entgegentrat, der wurde abgelöst, in den Hintergrund verdrängt, mundtot gemacht. (Sie durften dann vielleicht noch in der dritten, vierten Reihe der Wirtschaftslenkung arbeiten, im geschlossenen Kreis konnten sie ihre Meinungen sagen, diskutieren. Mehr aber nicht.) Nicht einmal internationale Kritiken veranlasste die Leiter dazu, ihre getanen Schritte zu überdenken; immer reagierten sie „ pragmatisch“, sie verlangsamten eventuell die begonnenen Umgestaltungen. Als Folge dessen wurde die „Reform“ abgeschwächt. Am Ende kam eine solche Kombination zustande, welche alle nachteiligen Folgen beinhaltete, ohne dass auch nur irgendeiner der erwarteten Vorteilen sich entwickeln konnte. (12)

3). Die Schlüsselfrage der Wirtschaftspolitik des Übergangszeitalters ist die im weitesten Sinne aufgefasste Entwicklung. Die Herstellung eines modernen Erzeugnisses verlangt eine zeitgemäße Technologie für seine Erzeugung, eine ebensolche Arbeitsorganisation. Die gut organisierte Herstellung aber bestimmt die Aufgaben der Teilnehmer am Herstellungsprozess (Arbeiter, Technologen, Ingenieure, die Verwalter von Vorräten und Material). Die Disziplin der Arbeitsverrichtung, ihre Intensität und Qualität, das System der sich darauf beziehenden Anforderungen wird so zum alltäglichen Verhalten, die Hierarchie der gesellschaftlichen Tätigkeiten gemäß den Schwierigkeitsgraden herausbildend. Für die Verteilung gemäß der Menge und Qualität der geleisteten Arbeit, für die Differenzierung der Arbeitslöhne und Gehälter kann nur dies die Grundlage sein. Wer seine Arbeit nicht restlos vollbringt, der fällt in der Hierarchie zurück (sein Einkommen nimmt ab). Nur über das unausgesetzte Wachstum der Produktivität der Arbeit kann man den gewissermaßen ständigen Arbeitskräftemangel vermeiden. Das intensive wirtschaftliche Wachstum (deren grundlegende treibende Kraft das Wachstum der Produktivität ist) schafft die für die humane Handhabung der Arbeitslosigkeit des Übergangs notwendigen Quellen (Unterstützungen, Umschulungen, für die Mobilität notwendige Wohnungsreserve usw.). Im Gegensatz zu in diesem Zusammenhang allgemein verbreiteten Missverständnissen kann die Arbeitslosigkeit keine drohende Kraft im Übergangszeitalter sein. (Ich habe nie den juristischen Begriff „allgemeingefährliche Arbeitsscheu“ für vernünftig gehalten und

die Bestrafung der „Täter“.) Solange der Mensch Sklave der Arbeitsteilung ist, solange wird im Zusammenhang mit der Arbeit, mit den Umständen der Arbeitsverrichtung, mit der Honorierung der Arbeit Unzufriedenheit berechtigt sein. In vielerlei Hinsicht hängt es vom glücklichen Zufall ab, dass jemand zu einer Arbeit gemäß seinen Neigungen, gemäß seinen Fähigkeiten gelangt, so dass die Arbeit ihm Freude bereitet. Man muss ein solches System ins Leben rufen, welches die Mobilität der Arbeitskraft fördert, mit Umschulung, entwickelter Arbeitsvermittlung, die mit vertrauenswürdigen Informationen dem Arbeitnehmer hilft beim Finden des für ihn geeignetsten Arbeitsplatzes.

Die Wirtschaftspolitik der Kádár-Zeit begrenzte im Gegensatz dazu die Investitionen, hemmte das Wachstum der Produktivität, mit einem gedrückten Lohnniveau verhin-derte es die sich nach den Arbeitsleistungen richtende Arbeitslohndifferenzierung; das war schon schlimm genug, aber dadurch, dass sie die innerbetriebliche Arbeitslosigkeit schuf, griff sie die Arbeitsmoral an ihrer Wurzel an, erschwerte sie die elastische Anpassung.

## 8. Schlusswort

Wie können wir das Wesentliche, was zu sagen ist, zusammenfassen? Auf die 1956er Ereignisse folgte ein Zeitabschnitt der Konsolidierung, welcher oberflächlich bis zum Anfang der 1960er Jahre andauerte und sich eng mit dem Namen János Kádárs verband. Nach dem Abschluss dieser Periode war die Akzeptanz von János Kádár unbestritten, später sogar seine Volkstümlichkeit. Als Kádár gestorben war, zogen tagelang in langen Reihen vom Morgen bis zum Abend die Menschen an seiner Bahre vorbei und eine nach Hunderttausenden zählende Menge nahm teil an seiner Beerdigung. (Und zwar auf spontane Weise, ohne zentrale Organisation, ja: Die Partei, deren Führung damals schon eine immer offenere konterrevolutionäre Richtung verkörperte, bemühte sich, die Sympathie für Kádár, diese massenhafte und eigentlich unerwartete Offenbarung, zu verhindern.)

Im November 1956 war die Ablehnung Kádárs noch fast vollständig. Zur Zeit seines Todes lebte von ihm ein solches Bild in den Massen, dass er der größte ungarische Politiker des Jahrhunderts von Format war. Welcher Ursache verdankte er diese außergewöhnliche Beurteilung? Obwohl er in den Fiaskos der mit seinen Namen geschmückten Zeit wahrscheinlich keine größere Rolle hatte als sie die Umstände begründeten?

Kádár erkannte, dass die Massen sich die abgestandenen und gnadenlosen wirtschaftlichen und außerwirtschaftlichen Zwänge des Kapitalismus der Horthy-Zeit ebenso nicht zurückwünschten wie das Produktionsprinzip der Rákosi-Zeit, die zwangsweise

Zurücknahme des Verbrauchs verbunden mit gleichzeitiger Entwicklung im angespannten Tempo (was Enthaltbarkeit und strenge Disziplin forderte – zumindestens im Grundsatz, weil man in der Praxis die strengen Anforderungen verletzte, wo immer es nur möglich war.) Kádár hat genau beobachtet, dass das Volk doch „das goldene Eier legende Huhn“ essen wollte, und er bemühte sich, ihm diesen Wunsch zu erfüllen.

Zum Ende der 60er Jahre erreichte Kádár, dass man ihn international mehr oder weniger akzeptierte, zu Hause aber besetzte er das politische Zentrum. Dazu trugen sicher seine persönlichen Veranlagungen bei, seine puritanische Einfachheit, seine einfache Redeweise (die noch dazu charakteristisch war und man gut sympathisch nachahmen konnte.) Grundlegend jedoch bedeuteten solche politische Schritte einen Erfolg in der Volkstümlichkeit: Die Duldung nationalistischer Tendenzen, Haltungen wie die drei „t“, die Tolerierung des passiven Widerstandes („Wer nicht gegen uns ist, ist mit uns.“), die stille Abdrängen der Klassenanschauung in den Hintergrund (Beispielsweise die Abschaffung der Unterscheidung nach der Abstammung bei den Aufnahmen in die Universität, was oberflächlich den demokratischen Grundsatz der Gleichheit durchsetzte, aber praktisch die vermögendere Bewerber aus guten Verhältnissen, mit günstigeren Familienhintergrund bevorzugte).

Dies war eine zentristische Position, welche beginnend von der Wirtschaftspolitik über alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens die kleinbürgerliche Anschauung und Praxis stärkte. (Denken wir beispielsweise an die betrieblichen wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaften oder an die den Hauswirtschaften in der Landwirtschaft gewährten Vergünstigungen, die bei weiten nicht immer der sozialistischen Entwicklung dienten.)

Diese Politik vernachlässigte die Entwicklungen, sie lockerte die Leistungsanforderungen gegenüber den wirtschaftlichen Teilnehmern und führte schnurgerade zum Bankrott. Die von Kádár geführte Partei mit ihrer Mitgliedschaft von nahe einer Million war keine Vorhut, sondern die tägliche Bedienerin der Massenbedürfnisse. Eine richtige Deutung weder der Kádár-Zeit noch der allgemein über den Kapitalismus hinaus führenden Übergangszeit ist nicht möglich, ohne dass wir sie mit den Zeiten nach dem Fall, mit den Jahren des Systemwechsels vergleichen.

Nach dem Systemwechsel verschwanden mit der Privatisierung anderthalb Millionen Arbeitsplätze, die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung wurde arbeitslos, die Verelendung nahm massenhafte Ausmaße an, die gesellschaftlichen Spannungen verschärfte sich extrem. Der Kultur- und Bewusstseinsabbau, die Ausbreitung der braun gesprenkelten schwarzen Ideen von Hass, Gewalt und Grausamkeit mit allen ihren Begleiterscheinungen illustrieren genau, was für einen geschichtlichen Schlag der Systemwechsel der Entwicklung versetzt hat. Das in die Reihe der Halbkolonien

gestoßene Ungarn ist praktisch ohne Aussicht, dass es sich wieder erhebt und der Schuldenfalle entkommt. (Verglichen mit dem Schuldenstand der Kádár-Zeit wuchsen die Schulden des Landes auf das Fünffache.) Es bleibt die Perspektive des Vegetierens mit sehr knapp bemessener Sauerstoffzufuhr. Ihr entstammt die Sehnsucht und die Nostalgie nach der Kádár-Zeit.

György Tenner, Budapest, 2010

Anmerkungen:

1. Die „drei t“ (tiltani = verbieten, tümi = dulden, támogatni = unterstützen)
2. Die Kritik des Systems der zentralen Planungsanweisungen war durchaus keine neue Erscheinung. Bereits in der ersten Hälfte der 1950er Jahre veröffentlichte György Péter, der damalige Vorsitzende des KSH (Zentrales Amt für Statistik), einen Aufsehen erregenden Artikel, danach erschien der Artikel von János Kornai.
3. Den vollständigen Text enthält mein Buch „T. Gyuri története“ - „Die Geschichten von T. Gyuri“ (Budapest 2009 S 210)
4. Differenz
5. Joan Robinson „The economics of imperfect competition“ (Mc Millan, London 1933) (Die Wirtschaftslehre des unvollkommenen Wettbewerbs)
6. Ein bitterer Witz aus dieser Zeit: János Kádár fährt mit dem Auto auf der Váci út (Waitzener Straße). An einem Großbetrieb vorüberfahrend fragt Kádár den neben ihm sitzenden Wirtschaftssekretär des ZK, Ferenc Havasi: „Wieviele arbeiten in diesem Betrieb?“ Die Antwort von Havasi: „Ungefähr die , Genosse Kádár!“.
7. Damals fiel mir die Szene aus einem Roman ein, Soames, der Herr eines beträchtlichen Vermögens und eine Hauptgestalt aus dem Roman „Forsythe Saga“, trifft einen Menschen, welcher in äußerster Verzweiflung auf der Straße bettelt. Soames gibt ihm einige Penny, darauf bemerkt er dies: „Armer Teufel, er hätte seine Dinge besser regeln können“.
8. Auf der Titelseite des Witzblattes „Ludas Matyi“ erschien eine Karikatur, welche ein hübsches junges Mädchen zeigt, wie sie im Schaufenster des Geschäftes Preis-schilder ausbessert, wobei sie auf der Tafel mit der Aufschrift „Es lebe der 20. August!“ (Er war zu jener Zeit der dreifache ungarische Staatsfeiertag - Tag der Verfas-

sung - Tag des Staatsgründers Stephan - Tag des neuen Brotes – E.Ko.) die Zahl 20 in „23,50“ ändert. Das Blatt wurde eingestampft. Jahre später bemerkte der arme Arkus in einem Interview, dass ein kleines Wörtchen das Problem verursachte. Man dachte „dies ist ein guter Witz“. Wiederum dachten andere „das ist kein guter Witz“.

9. Erschien in meinem Buch „ T.Gyuri története“–T.Gyuri`sGeschichten. ( S.182 – 209, Budapest 2009.)

10. Vas Zoltán brachte im Jahre 1946 aus dem Kriegsverbrecher–Gefängnis seine Vorkriegswerke heraus: Aus dem Ungarischen übersetzte Titelangaben: Die Literatur der deutschen Verteidigungswirtschaft, Budapest 1939, Die drei Achilles-Fersen der sowjetischen Wirtschaft, Szeged 1941, Großraumwirtschaft Budapest 1942, Das Verhältnis von Rasse und Wirtschaft in der neuen deutschen wirtschaftstheoretischen Literatur Budapest 1940

11. „Was du auch tust, handle klug und beachte das Ziel.“

12. Noch am Anfang der sechziger Jahre sagte mir mein Freund Miklós Békés, einstiger Soldat der Roten Armee: „Rákosi`s größter Fehler war, dass er nicht nur ehrliche Kommunisten einsperrte, sondern auch dumme und unehrliche, welche jetzt unter Kádár als Märtyrer der Rákosi-Zeit frei mausen.“

## Interview mit Ervin Rozsnyai über die Lage in Ungarn<sup>2</sup>

*Können Sie uns bitte kurz die Karl Marx Gesellschaft, der Sie vorsitzen, vorstellen?*

E.R.: Die Karl Marx Gesellschaft wurde im Jahre 1989 gegründet. Sie hat über 1500 Mitglieder. Und sie gibt eine Zeitschrift mit dem Namen Dialektika heraus.

*Was ist das Ziel der Karl Marx Gesellschaft?*

E.R.: Die heutige Situation ist eine Tragödie. Alle beiden Parteien, die Ungarische Kommunistische Arbeiterpartei und die Arbeiterpartei 2006 sind Mitglieder der Europäischen Linken. Letzten Endes hilft die frühere Arbeiterpartei, heute die Ungarische Kommunistische Arbeiterpartei, den Rechten. Die Arbeiterpartei 2006 erkennt an, dass es in Ungarn eine faschistische Gefahr gibt, und sie zieht daraus die Schlussfolgerung, dass man mit der Ungarischen Sozialistischen Partei zusammenarbeiten muss.

In Ungarn gibt es sehr wenige gebildete Marxisten, die meisten von ihnen sind in der Karl Marx Gesellschaft zu finden. Die Karl Marx Gesellschaft hat in ihrem Programm festgehalten, dass in Ungarn eine Kommunistische Partei gebildet werden muss, und damit hat sie ihre Meinung über die bestehenden Parteien, die sich so nennen oder sich als solche betrachten, gesagt. Die Karl Marx Gesellschaft betrachtet es als ihre Aufgabe, mit wissenschaftlicher Arbeit für eine Kommunistische Partei ein Programm vorzubereiten. In unseren wissenschaftlichen Werkstätten ist diese Vorbereitungsarbeit für ein marxistisch-leninistisches Parteiprogramm begonnen wurden. Mit dieser Arbeit wollen wir natürlich auf alle Kommunisten und Sympathisanten einwirken. Besonders auf die Arbeiterpartei 2006, in welcher auch Mitglieder der Karl Marx Gesellschaft Mitglieder sind. Der zweite Vorsitzende der Karl Marx Gesellschaft, Ádám Wirth, ist der Hauptideologe der Arbeiterpartei 2006. Daraus folgt, dass es in der Karl Marx Gesellschaft harte politische und ideologische Diskussionen gibt. Diese harten Diskussionen drehen sich hauptsächlich um die Folgen des 20. Parteitages der KPdSU, um Chruschtschow etc. Die Diskussionen handeln hauptsächlich von der

---

<sup>22</sup> Dieses Interview wurde uns freundlicher Weise vom Genossen Eberhard Kornagel, aus dem Ungarischen ins Deutsche übersetzt, zugesandt. Leider ist nicht mehr zu eruieren, wer die Fragen gestellt hat, genauso wenig ist das Interview datierbar. Aus dem Text ergibt sich, dass es vor 2010 geführt worden sein muss. Wir halten es trotz dieser Unklarheiten für so interessant, dass wir es hier gern bringen. (Redaktion offen-siv)

Beurteilung der sozialistischen Vergangenheit und der sowjetischen Geschichte, insbesondere von der Rolle Stalins.

Wir haben zwei Jahren lang keine vernünftige Arbeit zustande bringen können, weil es ständige Diskussionen um den Sinn oder Unsinn der Europäischen Linken gegeben hat. Und in einer solchen Mikro-Umgebung konnte man feststellen, dass dieses Gebilde der Europäischen Linken praktisch diese kleine Gemeinschaft, wie sie die Karl Marx Gesellschaft ist, gespalten hat. Und in ganz Europa wird durch dieses Gebilde namens Europäische Linke die Arbeiterbewegung gespalten.

Sei es dieses Gebilde, seien es die verschiedenen Diskussionen: Vieles zeigt uns, dass die Auflösung der Arbeiterbewegung ihre wesentliche Ursache im 20. Parteitag der KPdSU hat. Man hat Stalin und die Sowjetunion regelrecht kriminalisiert. In Ungarn kann man sehr gut feststellen, wie der 20. Parteitag praktisch die ganze Arbeiterbewegung zerlegt, atomisiert hat. Das begrenzt die Möglichkeiten unserer Tätigkeit. Wir haben kein Geld, wir haben keine Infrastruktur, wir haben keinen Masseneinfluss. Man muss sehr überlegen, worauf verwenden wir die geringe Energie, die wir besitzen, wir haben ganz wenige Möglichkeiten. Man muss die Hauptthemen festlegen, auf die wir uns konzentrieren müssen. Wir versuchen, unsere Möglichkeiten darauf zu konzentrieren, dass wir in unserer Zeitung Dialektika Themen, wie die wirkliche Geschichte der Sowjetunion, die wirkliche Bedeutung Stalins u.ä. behandeln, dass wir diese Themen, welche die Arbeiterbewegung praktisch gespalten und atomisiert haben, erörtern und klären.

Um ein Beispiel zu geben: Bei den Russen gibt es eine starke wissenschaftliche Arbeit zur Klärung der sowjetischen Geschichte. Auch unter Marxisten ist die Meinung verbreitet, dass die anfänglichen Misserfolge der Roten Armee ihre Ursache haben darin, dass Stalin die Meldungen der Aufklärer nicht berücksichtigt hätte. Vor einigen Jahren erschien die Arbeit eines russischen Forschers, auf der Grundlage des Studiums von sowjetischen Militärarchiven, also Originaldokumenten. Und er kam zu dem Schluss, dass es einfach nicht wahr ist, dass man die Meldungen der Aufklärer nicht berücksichtigt hat. Er hat die Entscheidungsmöglichkeiten des sowjetischen Generalstabes verglichen angesichts der von der Wehrmacht betriebenen Desinformation und Propaganda und hat bewiesen, dass die Arbeitsweise des sowjetischen Generalstabes eigentlich die einzige Möglichkeit war, und darüber hat der russische Forscher einen interessanten Artikel geschrieben. Nun, diesen Artikel wollten wir in unserem Blatt in der Dialektika veröffentlichen und die Menschewiken in unserer Gesellschaft haben zwei Jahre lang die Veröffentlichung dieses Artikels verhindert.

Selbstverständlich geht es nicht darum, dass wir den Zeitabschnitt von Stalin nicht kritisch betrachten dürfen. Es geht nur darum, dass der 20. Parteitag diesen Zeitraum kriminalisiert hat, dass man die Umstände nicht beachtet hat, welche die Sowjetunion

zu Maßnahmen des Schutzes gezwungen haben, die sich aus der gesellschaftlichen Zurückgebliebenheit ergaben. Und man hat einfach die Ergebnisse des Sozialismus, welche bedeutend waren, verschwiegen. Die Bedeutung der Repressionen hat man in einem riesigen Ausmaß aufgebauscht, und man hat die Statistiken gefälscht. Jetzt sagen schon nicht kommunistische Historiker, dass Chruschtschow die Zahl derjenigen, die in Lagern gewesen sind, verdoppelt hat. Kurz zusammengefasst, wir müssen zurückgehen zur geschichtlichen Wahrheit, also müssen wir diese Sachen klären.

Im heutigen Ungarn ist die gesellschaftliche Bewusstheit sehr schwach. Deshalb wollen wir ein wenig die Glut des Feuers erhalten. Wir müssen viel mehr in zivilen Organisationen und Parteien arbeiten. So arbeiten unsere Mitglieder auch in der Gesellschaft ATTAC Ungarn, in ihrem Wissenschaftlichen Beirat. Wir haben z.B. das Forum der Fortschrittlichen Kräfte, wo wir uns mit Menschen unterschiedlicher Anschauungen über wichtige gesellschaftliche Fragen unterhalten. Die letzte Zusammenkunft war ein Gespräch antiliberaler Volkswirtschaftler miteinander. Wir arbeiten auch noch mit anderen zivilen Organisationen zusammen, leider mit geringer Kraft.

Wie Sie wissen, demonstrierten am 15. Februar 2003 weltweit über 12 Millionen Menschen gegen den Krieg im Irak und Afghanistan. In Ungarn nahmen an dieser Demonstration ca. 40.000 Leute teil. Diese Aktion war ein wichtiges Ereignis für die fortschrittlichen Kräfte in unserem Land. Wir mussten an zwei Fronten kämpfen. Zum einem eben gegen die Aggression im Irak und Afghanistan (dabei haben wir auf die gesellschaftlichen Wurzeln des Krieges verwiesen) und zum anderen mussten wir uns darauf konzentrieren, dass sich nicht die radikalen nationalistischen, faschistischen und antisemitischen Gruppen unter uns mischen. Trotzdem nahm an der Demonstration eine große Zahl von nationalistischen Kräften teil. Sie haben versucht die Führung, Leitung der Kundgebung in ihre Hände zu bekommen.

Die linke marxistische Bewegung in Ungarn ist sehr klein, es ist eigentlich nicht richtig von einer Bewegung zu sprechen. Weil die Zahl dieser Menschen so klein ist, nehmen sie an den Veranstaltungen der einen oder anderen Organisation teil, und es treffen sich immer wieder die Gleichen. Jetzt hat die Karl Marx Gesellschaft die Initiative ergriffen, um eine Ungarische Antifaschistische Liga zu gründen - in Zusammenarbeit mit dem linken Flügel der Sozialistischen Partei. Also wie gesagt: diese Bewegung erfasst eine kleine Zahl von Menschen, obwohl es eigentlich auch innerhalb der Rechten Antifaschisten gibt, denn nicht jeder Rechte ist ein Faschist. Und die Tragödie ist, dass es in Ungarn keine wirklich Kommunistische Partei gibt. Deshalb ist es auch sehr schwierig so eine breite Bewegung zu organisieren. Denn es existiert keine klare, weitsichtige Organisation.

In ihrer Mehrheit sind die jugendlichen Antifaschisten in der Regel Anarchisten. Es ist sehr, sehr schwer, sie mit dem Marxismus und der marxistischen Weltanschauung

vertraut zu machen. Weil die jungen Antifaschisten Anarchisten sind, isolieren sie sich von den anderen antifaschistischen Kräften in Ungarn.

Z.B.: an den jetzigen faschistischen Bestrebungen nahmen in jüngster Zeit auch Anarchisten teil. Sie sehen an diesen Demonstrationen gegen die Regierung nur den einen Aspekt (des Protestes gegen die Regierung), sie sehen nicht, dass es sich bei dieser Bewegung der Rechten um eine kapitalistische Bewegung handelt. Sie sind nicht bereit, diese Regierung gegenüber dem Faschismus zu verteidigen. Sie sehen nicht, dass der Faschismus die größere Gefahr ist.

*Inwiefern oder durch was drückt sich die Gefahr des Faschismus in Ungarn aus, was sind die Symptome?*

E.R.: Man müsste zuerst über die Ursachen sprechen. Es ist ganz sicher, dass die Konterrevolution, der Systemwechsel in Ungarn mit größeren Zerstörungen verbunden war als zur Zeit der Weltwirtschaftskrise 1929 - mit dem Unterschied, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen, die ihre Arbeit verloren haben, nicht wieder in Arbeit gekommen sind.

Am Ende der 80er Jahre war das Verhältnis zwischen den höheren Einkommen und den niedrigen Einkommen 1 zu 4. Zum Ende der 90er Jahre ist dieser Unterschied gestiegen auf 1 zu 8 bzw. 1 zu 10.

Etwa 800 000 Menschen arbeiten schwarz. Da die schwarze Wirtschaft etwa 20 bis 25% des BIP ausmacht, ist es auch schwer, die wirkliche Situation und ihre Tendenzen eindeutig zu fixieren. Wirtschaftlich aktiv sind ca. 4 Millionen Menschen. Es wird davon ausgegangen, dass in der schwarzen Wirtschaft ca. 2,5 Millionen Menschen arbeiten.

Um auf Ihre Frage bezüglich der Faschisierungstendenzen in Ungarn zurückzukommen: Also der erste Grund ist, dass sich die Lebensverhältnisse für die großen Massen verschlechtert haben. Ein zweiter Grund ist, dass ein großer Teil der sich bisher in staatlichem Besitz befindlichen Produktionsmittel von den ausländischen Unternehmen übernommen worden ist - durch Privatisierung. Heute befindet sich die überwiegende Mehrheit der Produktionsmittel in den Händen ausländischer Monopole. In Ungarn gibt es keine starke Kapitalistenklasse (Wir bedauern das nicht, aber der Status einer Halbkolonie ist auch nicht unser Ziel.) Sogar die Existenz einer schwachen ungarischen Kompradorenbourgeoisie ist unsicher und steht auf schwankendem Boden. Sie sind dem internationalen Großkapital ausgeliefert. Dieser Umstand ist einer der Ursachen für die große Fremdenfeindlichkeit im Land.

Diese beiden Tatsachen (die sich in einer aussichtslosen Lage befindliche Schicht der ungarischen Kleinkapitalisten und die Masse der zum Lumpenproletariat herunter

gedrückten Proletarier) bilden die Grundlage für den Populismus.. Auf diese beiden Schichten stützt sich die FIDESZ (die rechte Partei), was ihre Politik betrifft. Hier kann sie sich eine Massenbasis schaffen.

*Ist die FIDESZ eine faschistische Partei?*

E.R.: So viel ist sicher, die FIDESZ ist eine bis ins Mark reaktionäre Partei, deren Leiter Viktor Orbán in vielerlei Hinsicht die Methoden Berlusconis kopiert und seinen Ratschlägen folgt.

Vor einigen Jahren einverleibte sie sich ihren Koalitionspartner, die klerikale populistische „Kleine-Landwirte-Partei“ und die offen faschistische, antisemitische, aggressiv rassistische Partei „Ungarische Wahrheit und Leben“ (MIÉP). Offen oder im Hintergrund bleibend verbündet sie sich mit faschistischen, extrem nationalistischen Organisationen, von welchen ein Teil von ihr selbst gegründet wurde. Sie hat ein gutes Verhältnis zum Finanzkapital, gleichzeitig zieht sie mit hemmungsloser Demagogie das Kleinbürgertum und das Lumpenproletariat an. Ihre höchsten Leiter sind Faschisten oder sie stehen dem Faschismus nahe. Ein bedeutender Teil ihrer Mitglieder sind Faschisten (nicht alle). Was für eine Politik wird sie fortsetzen? Das hängt in erster Linie von den nationalen und internationalen Kräfteverhältnissen ab. Was ihre Losungen und ihre soziale Demagogie betrifft, erinnert sie ohne Zweifel an faschistische Parteien.

*Wie verhält sie sich zur Privatisierung?*

Die FIDESZ lehnt die Privatisierung nicht grundsätzlich ab. Auf der einen Seite dient sie der Privatisierung, während sie auf der anderen Seite in Worten gegen die Privatisierungsbeschlüsse von anderen Parteien protestiert. Sie nutzt also die Proteststimmung der Bevölkerung für ihre Parteipolitik. Als die FIDESZ an der Macht war, benutzte sie das Staatseigentum für ihre Interessen. Wenn sie sich mal konkret gegen eine bestimmte Privatisierung richtet, so handelt sie mit dem Hintergedanken, dass sie diese Mittel nicht mehr in die Hände bekommen wird, weil sie schon privatisiert sind!

Als die FIDESZ an der Regierung war<sup>3</sup>, wollte sie die Krankenhäuser privatisieren, und als sie in die Opposition geriet, hat sie eine Volksabstimmung gegen die privatisierten Krankenhäuser organisiert, und daran beteiligte sich auch die frühere Arbeiterpartei.

---

<sup>3</sup> Gemeint ist die Zeit von 1998 bis 2002. (Red. offen-siv)

Als die FIDESZ an der Regierung war, bekam sie von der Europäischen Kommission sogar eine Rüge, weil sie ausländischen Investoren übertriebene Vergünstigungen anbot, um deren Kapital hierher zu ziehen.

Die Massen betrachten dagegen die Privatisierung als die Machtergreifung des fremden Kapitals. Der einfache Arbeiter ist gegen die Privatisierung, weil er seine Arbeit verliert (die Beschäftigung ist stets zurückgegangen).

Die Arbeiter denken nicht, dass sie sich bei ihrem Protest auf die Linken stützen können. Weil es eine starke antikommunistische Stimmung gibt, denken sie gar nicht daran, sich an die Linke zu wenden. Es ist ein ständiger Prozess von antikommunistischer Gehirnwäsche der hier in Ungarn stattfindet.

*Anscheinend ist der Antikommunismus in Ungarn sehr stark. Warum ist das so ausgeprägt?*

In Ungarn gibt es eine ausreichend starke Partei, um den Antikommunismus zu verbreiten, und sie tut es auch. Auch die Nachfolgepartei der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, die Ungarische Sozialistische Partei, grenzt sich vom Kommunismus ab. Die Mehrzahl der Funktionäre dieser Partei, die Betriebsdirektoren, die Partei- und KISZ-Funktionäre u.ä. waren die größten Befürworter der Privatisierungen, sie wurden zu Kapitalisten.

Des weiteren ist es eine Tatsache, dass es auch vor dem Systemwechsel in Ungarn einen starken Antikommunismus gab. Ja, man kann sogar sagen, dass der Antikommunismus bei uns sich bis in das Jahr 1919 zurückverfolgen lässt. Die Sowjets, die Rote Armee, wurden nie wirklich als Befreier gesehen. Ein Grund dafür war sicherlich die Tatsache, dass Ungarn auf der Seite der Nazis gekämpft hatte. Dieser Umstand bewirkte bestimmte Ängste.

In unserem Land war die Demokratietradition schwach entwickelt, dagegen war der Einfluss der Kirche sehr stark. Es gab vor allem im ländlichen Gebiet halbfeudale Verhältnisse. Um ein Beispiel zu geben: Die Bodenreform wurde durch die Kommunisten bewerkstelligt. Doch bei den ersten Wahlen nach der Befreiung, im Jahre 1946 also, bekam die offen antikommunistische, antisowjetische reaktionäre Klein-Landwirte-Partei 57 % der Stimmen!

Die Bauern hatten Angst vor dem Kolchos-System, sie standen unter dem Einfluss der antikommunistischen Propaganda, z.B., dass mit dem Land auch die Frauen zum Gemeineigentum erklärt würden!

Teilweise fanden sogar Pogrome gegen die Kommunisten statt. Und heute werden diejenigen Personen, die diese Pogrome organisiert haben, zur Helden erklärt!

Ich kann mich nicht an eine Phase erinnern, wo die Stimmung gegen die Kommunisten jemals nicht zu spüren war. So gesehen waren die 1956er Ereignisse die offene Spitze des Eisbergs. Als am ersten Tag der Ereignisse ein Dutzend Sowjettanks zerstört wurden, kam es in den Straßen zur großen Jubelaktionen, man könnte denken, es fände eine Revolution statt! Erst nachdem Kádár das Geld, das für die Investitionen vorgesehen war, verteilt hatte, beruhigte sich die Situation – solange keine Schwierigkeiten in der Versorgung drohten. Das Land verschuldete sich und die schweren finanziellen Bedingungen des Internationalen Währungsfonds bereiteten den Systemwechsel vor.

*Wie sehen Sie die politische Zukunft ihres Landes?*

Ungarn ist heute Mitglied der EU. Die im Geiste von Maastricht aus Brüssel diktierten einschränkenden Maßnahmen, welche die Verminderung des außerordentlich hohen Haushaltsdefizites bezwecken, destabilisierten die politischen Verhältnisse, verursachten breite Empörung in der Bevölkerung. Die faschistischen Elemente nutzen dies aus, ohne Unterbrechung greifen sie die sozialistisch-liberale Regierungskoalition an<sup>4</sup>. Im Oktober entfesselten sie gefährlichen, vandalenartigen Aufruhr. Der Pöbel drang in das Gebäude des Fernsehens ein, schlug alles kurz und klein, zündete Autos auf den Straßen an. Obgleich heute die Lage ruhiger ist und der vorbereitete faschistische Putsch vereitelt wurde, können die Flammen in jedem Augenblick aufs Neue auflodern. Die Preiserhöhungen machen die Bevölkerung wütend, desgleichen die Krankenhausschließungen oder der jetzt einzuführende Visitepreis, in der Zukunft muss man für jede einzelne ärztliche Untersuchung zahlen, man denke nur daran, dass Diebstahl und Korruption unglaubliche Ausmaße erreicht haben, dass man allerneuesten Plänen gemäß den immer flegelhafter, anmaßender auftretenden Kirchen Vermögen zukommen lassen will. Ich weiß nicht was uns erwartet – ohne Partei sind wir ausgeliefert.

Ervin Rozsnyai

---

<sup>4</sup> Die sozialistisch-liberale Regierungskoalition wurde 2010 wieder von einer Regierung der FIDESZ abgelöst. (Red. offen-siv)

*Übersetzung aller Texte aus dem Ungarischen: Eberhard Kornagel.*

*Eberhard Kornagel:*

*„Ich danke meiner lieben Frau für ihre Geduld mit mir und ihre Hilfe  
bei der Übersetzung.“*

*10. Februar 2013*

---

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover  
Postvertriebsstück,  
DPAG, H 14360  
**Entgelt bezahlt**